



Soziale Nachhaltigkeit: Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit? Thomas Ritt(Hrsg.)

149

Informationen zur Umweltpolitik

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit auf die grammatikalisch weibliche Form bzw. die Kombination von männlicher und weiblicher Form verzichtet. Die Bearbeiter legen aber auf die Feststellung wert, dass in der gesamten Arbeit mit der männlichen Form Männer und Frauen gleichberechtigt gemeint sind.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.

© 2002, by Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, 1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22

Medieninhaber, Herausgeber, Vervielfältiger: Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1041 Wien. Die in den "Informationen zur Umweltpolitik" veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte wieder.

Vorwort

Thomas Ritt¹

AK Wien

Zahlreiche Staaten und Organisationen haben sich seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 zum Leitbild der Nachhaltigkeit bekannt. Der Begriff der Nachhaltigkeit umfasst dabei drei Dimensionen: ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit.

Seitdem sind eine ganze Reihe von Nachhaltigkeitsentwürfen, wie „Zukunftsfähiges Deutschland“, „Sustainable Netherlands“, „Towards Sustainable Europe“ oder der „Nationale Umweltplan“ für Österreich, entstanden. Allen ist gemein, dass sie fast ausschließlich umweltorientiert sind und die anderen Nachhaltigkeitsdimensionen kaum berücksichtigen. So spielen etwa soziale Fragestellungen, wie Verteilungswirkungen, Beschäftigung oder Qualität der Arbeit kaum eine Rolle.

Anlässlich der Folgekonferenz von Rio, die 2002 in Johannesburg stattfinden soll, werden nun neue Strategien entwickelt. Das eröffnet die Möglichkeit, erstmals alle Nachhaltigkeitsdimensionen zu berücksichtigen. Zur Klärung der Frage, inwieweit sich die Umweltpolitik auf dem Nachhaltigkeitspfad befindet, und wie insbesondere die soziale Dimension berücksichtigt wird, sollte das Symposium „Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit?“ beitragen. Es wurde von der Abteilung Sozialpolitik und der Abteilung Umwelt und Verkehr der Arbeiterkammer Wien am 31.10.2001 veranstaltet, und hat, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, eine ganze Reihe wichtiger Aspekte sozialer Nachhaltigkeit aufgezeigt.

Dieser Band der „Informationen zur Umweltpolitik“ enthält alle Beiträge dieses Symposiums; er soll einen Beitrag zur besseren Integration sozialer Fragestellungen und somit der sozialen Dimension in eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie leisten.

¹ Mag. Thomas Ritt ist Ökonom in der Abteilung Umwelt und Verkehr der Arbeiterkammer Wien. Arbeitsschwerpunkte: Umweltökonomie, Umweltpolitik, Nachhaltigkeit; Chefredakteur der Zeitschrift Wirtschaft und Umwelt.

Inhalt

1. Einleitung	
<i>Herbert Tumpel</i>	1
2. Social sustainability as part of the social agenda of the European Community	
<i>Michel Biart</i>	5
2.1 How to deal with social sustainability?	5
2.2 The EU context	6
2.3 Preparation of the EU sustainable development strategy.....	7
2.4 Göteborg and its follow-up	8
2.5 Employment and sustainable development.....	9
2.6 Questions	9
3. Konzepte sozialer Nachhaltigkeit im deutschen Diskurs	
<i>Sebastian Brandl</i>	11
3.1 Vorwort.....	11
3.2 Nachhaltige Entwicklung: Die ökologische, ökonomische und soziale Dimension menschlicher Bedürfnisbefriedigung	11
3.3 Soziale Nachhaltigkeit im deutschen Nachhaltigkeitsdiskurs	16
3.4 Arbeit und Nachhaltigkeit	19
3.5 Soziale Kriterien: Selbstbestimmte Lebensführung durch eigene Arbeit..	22
3.6 Handlungsfelder einer sozial-ökologischen Reformstrategie.....	25
3.7 Der Rat für Nachhaltige Entwicklung und die nationale Nachhaltigkeitsstrategie	27
3.8 Literatur.....	30
4. Linking the social and the environmental – some reflection on Dutch experiences	
<i>Kees Le Blansch</i>	33
4.1 Abstract.....	33
4.2 Introduction	33
4.3 Social aspects of sustainability – Dutch approaches.....	35
4.3.1 Linking where? Separate policies and/or integrated sustainability approaches	35
4.3.2 Local Agenda 21	36
4.3.3 The NSDO.....	36
4.3.4 Indicators of the social dimension	37
4.3.5 First conclusions.....	37
4.4 Policy case 1: urban renewal	37
4.5 Policy case 2: chemical substances policy renewal	40

4.6	Policy case 3: ‘citizen and environment’	42
4.7	Conclusions.....	45
4.8	References.....	46
4.8.1	References on LA 21, NSDO and the social side of sustainability.....	46
4.8.2	References on I(P)SV	46
4.8.3	References on SOMS	46
4.8.4	References on ‘citizen and environment’.....	46
5.	Nachhaltige Entwicklung und Zukunft der Arbeit	
	<i>Eckart Hildebrand</i>	47
5.1	Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit	47
5.2	Entwicklungstrends von Erwerbsarbeit.....	49
5.3	Schwerpunkt flexible Arbeitszeiten.....	54
5.4	Mischarbeit – zu einem erweiterten Arbeitsbegriff.....	57
5.5	Mischarbeitszeitmodelle	63
5.6	Literatur.....	65
6.	Nachhaltigkeit in der Sozialpolitik am Beispiel der Alterssicherung	
	<i>Josef Wöss</i>	67
6.1	Einleitung	67
6.2	Herausforderung 1 – Alterung der Bevölkerung.....	68
6.3	Herausforderung 2 – Steigende Kosten	72
6.4	Herausforderung 3 – „Flexibilisierung“ der Arbeit.....	75
6.5	Herausforderung 4 – „Individualisierung“ der Lebensformen	76
7.	Arbeitnehmerbeteiligung am Umweltschutz als ein Baustein sozialer Nachhaltigkeit	
	<i>Beate Littig</i>	79
7.1	Einleitung	79
7.2	Überlegungen zu einem Leitbild sozialer Nachhaltigkeit	79
7.3	ArbeitnehmerInnenbeteiligung am Umweltschutz	84
7.4	Resümee und Ausblick.....	89
7.5	Literatur.....	89
8.	Soziale Dimensionen beim Konsum: Der neue Waren- und Unternehmenstest	
	<i>Karl Kollmann</i>	91
8.1	Vorbemerkung.....	91
8.2	Moderner Konsumismus	91
8.3	Fragmentierungen	92
8.4	Veränderungen im Verbraucherverhalten	94
8.5	Marktprobleme	95
8.6	Bisherige Versuche	96
8.7	Was fortschrittliche Unternehmen wollen	98
8.8	Konvergenzen	100

8.9	Fazit	102
8.10	Anhang	103
8.10.1	Testkriterien des VKI im Bereich Unternehmenstest	103
9.	Persönliche Kompetenz als Aspekt der sozialen Dimension nachhaltiger Entwicklung	
	<i>Martina Schuster</i>	105
9.1	Zusammenfassung	105
9.2	Einleitung	105
9.3	Widerstand gegen die Hegemonie des Ökonomischen	106
9.4	Zunehmende Bedeutung der Individuen und des persönlichen Engagements	107
9.5	Mündige Menschen	108
9.6	Komplexitätsbewusstsein	109
9.6.1	These 1	109
9.6.2	These 2	110
9.6.3	These 3	110
9.7	Regionale Nachhaltigkeitsprojekte	110
9.8	Sozialkapital	112
9.9	Der /Die Lebensunternehmer /in	113
9.10	Empowerment – von Personen und Institutionen	114
10.	Das Reparatur- und Service-Zentrum R.U.S.Z, ein Praxisbeispiel für soziale Nachhaltigkeit	
	<i>Sepp Eisenriegler</i>	117
10.1	Das R.U.S.Z	117
10.2	Strategische Optionen	118
10.3	Ausbaustufe Reparaturnetzwerk Wien	118
10.4	Allgemeine Akzeptanz	119
10.5	Arbeitsmarktpolitische und sozialpädagogische Erfolge	119
10.6	Nachhaltigkeit erfüllt: das R.U.S.Z als Triple Dividend Betrieb	120
10.7	Andere erreichte Effekte	121
10.8	Internationale Vernetzung	121
10.9	Übertragbarkeit des Modells	122

1. Einleitung

Herbert Tumpel

Präsident der Bundesarbeitskammer

Obwohl die nachhaltige Entwicklung seit dem Beschluß des Amsterdamer Vertrages als Leitbild der Gemeinschaft (Europäischen Union) anzusehen ist, ist der Begriffsinhalt des Wortes „Nachhaltigkeit“ (auch vielen an der Nachhaltigkeitsdiskussion Beteiligten) nicht wirklich klar.

Obwohl das politische Leitbild „Nachhaltigkeit“ besonders intensiv im Kontext mit Umweltpolitik diskutiert wird, geht es weit über diesen Politikbereich hinaus:

Die am häufigsten zitierte Definition der nachhaltigen Entwicklung wurde von der Brundtland-Kommission aufgestellt. Das zentrale Element dieses Nachhaltigkeitsansatzes ist Verteilungsgerechtigkeit. Sie umschreibt Nachhaltigkeit als einen Entwicklungsprozeß, der einen Ausgleich in folgenden drei Relationen anstrebt:

- zwischen menschlichen Bedürfnissen und der Leistungsfähigkeit der Natur
- zwischen den Bedürfnissen der gegenwärtigen und der künftigen Generationen und
- zwischen den Bedürfnissen der Armen und der Reichen

Davon ausgehend leitet sich ein Gleichgewicht von Ökologie, Ökonomie und Sozialem ab, wobei beim Sozialen nicht (nur) die Einkommensverteilung im Mittelpunkt steht, sondern als zentraler Punkt die Vision eines menschenwürdigen Lebens. Damit sind auch Fragen der Verteilung gesellschaftlicher Belastungen, Rollenverteilungen, Verteilung von Arbeit und Arbeitslosigkeit oder Fragen der Chancengleichheit angesprochen.

Diese Gleichrangigkeit der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökonomie, Ökologie, Soziales – sind auch international Stand der Debatte - zumindest in den Vorworten vieler einschlägiger Arbeiten.

Auf umwelt- und wirtschaftspolitischer Ebene wurden in den vergangenen Jahren eine Reihe von umsetzungsorientierten Nachhaltigkeitskonzepten, unter anderem durch umweltorientierte Forschungsinstitutionen sowie durch die nationalen Umweltministerien, erarbeitet.

Ausgangspunkt im Sinne der Nachhaltigkeit sind hierbei die schon genannten Dimensionen: ökologische, ökonomische und soziale – Nachhaltigkeitskonzepte erheben im allgemeinen diesen Anspruch der Integration unterschiedlicher Politikbereiche.

Dieser Anspruch wird aber von vielen Nachhaltigkeitskonzepten nicht oder nur teilweise erfüllt. Eine Übersicht über verschiedene Konzepte zeigt, daß mit Nachhaltigkeit aus ökologi-

scher Sicht positive (solidarische, egalitäre) Gesellschaftsentwürfe verbunden werden. Viele der Konzepte ziehen ökologierelevante Rahmenbedingungen als Ausgangspunkt heran, ohne weiter auf die Integration anderer Politikbereiche einzugehen. Wo dies jedoch geschieht, bleiben die Vorstellungen entweder vage, oder es wird von einem „Automatismus“ ausgegangen, der bei Verfolgung ökologischer Leitlinien auch eine gerechtere Gesellschaft verspricht.

Es läßt sich daher über die Behandlung von arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fragen in den ausgewählten Nachhaltigkeitskonzepten feststellen, daß diese oftmals nicht den häufig geäußerten Vorstellungen von Nachhaltigkeit als Dreieck von Ökologie-Ökonomie-Soziales entspricht. Insbesondere der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Bereich kommt in vielen dieser Konzepte zu kurz. Dieser Eindruck ergibt sich aus der mehr oder weniger ausschließlichen Konzentration der untersuchten Konzepte auf ökologische Fragestellungen. Ökologie wird hierbei als zentrales Element verstanden, und es entsteht der Eindruck, als ob die Verfolgung ökologischer bereits die Grundlage einer sozial gerechten, lebenswerten und auch arbeitsmarktpolitisch heilen Welt verspräche.

Bei der Analyse von Nachhaltigkeitspolitiken ist also darauf zu achten, ob diese tatsächlich ökologisch, wirtschaftlich und sozial zukunftsfähig sind. Die EU hat sich im Bereich der sozialen Nachhaltigkeit auf drei Schwerpunktthemen konzentriert: Alterssicherung, Gesundheit und Armut und soziale Ausgrenzung. Auch für die österreichische Debatte sind diese drei Themen längerfristig zentral. Dabei geht es um ein Nachhaltigkeitskonzept, das wir als ArbeitnehmerInneninteressensvertretungen wie folgt skizzieren:

Die demographische Entwicklung der nächsten Jahrzehnte läßt unsere Gesellschaft ergrauen. Während heute die Gruppe der 15 bis unter 60jährigen bei 62% an der Gesamtbevölkerung liegt, sinkt ihr Anteil kontinuierlich ab. Dabei nimmt die Gruppe der über 54jährigen deutlich zu, noch stärker steigt die Gruppe der über 60jährigen Personen.

Diese Entwicklung hat bedeutsame Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Ausständig und von der AK schon seit Jahren eingefordert ist die Implementation einer alters- und alternsgerechten Arbeitswelt, die den Bedürfnissen und Fähigkeiten älterer ArbeitnehmerInnen angepasst ist.

Die Finanzierung von Alterssicherung und Gesundheitswesen muss auf die aus demographischen Gründen vorhersehbare höhere Inanspruchnahme vorbereitet werden. Dies heisst nicht, wie viele sofort meinen, Leistungskürzungen.

Der Sozialstaat österreichischen Typs hat eine Menge von Krisen überstanden und wie können ausführlich belegen, dass bei entsprechendem politischen Handeln sowohl Kranken- als auch Pensionsversicherung durchaus in der Lage sind der Herausforderung konstruktiv zu begegnen. Nachhaltig handelt in diesem Zusammenhang wer Beschäftigung schafft, Beschäftigung fördert, Einbeziehung in die Sozialversicherung fördert. Aus diesen Quellen fließen die Beiträge, die nach solidarischen Kriterien im Alter und bei Krankheit die soziale Absicherung finanzieren.

Unsere Stellungnahme zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zielt in die gleiche Richtung: wer Armut und soziale Ausgrenzung nachhaltig bekämpfen will, muss Inte-

grationschancen in den Arbeitsmarkt eröffnen. Erwerbsarbeit, zumindest ausreichend entlohnt und sozial abgesichert, ist die zentrale Möglichkeit und Chance der Armutsspirale zu entkommen. Davon leitet sich ab, dass all jene, die nicht erwerbsfähig sind, aus der solidarischen Gemeinschaft Unterstützung verlangen können.

Davon leitet sich weiters ab, dass all jene, die im Zugang zu Erwerbsarbeit Hilfe brauchen, diese über Aus- und Weiterbildung, über Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, über Anti-diskriminierungsmaßnahmen für ausgegrenzte Gruppen etc. beanspruchen können sollen.

Zu all diesen Themen denken wir und müssen wir über Legislaturperioden hinaus denken. Und unsere gesamte Gesellschaft muss dies erst besser lernen. Vielen an der Nachhaltigkeitsdiskussion Beteiligten fehlt noch immer das Verständnis für die Bedeutung der sozialen Nachhaltigkeit.

Diese Tagung, soll helfen die „soziale Lücke“ der Nachhaltigkeitsdiskussion zu füllen, und verschiedene – beileibe nicht alle – Aspekte sozialer Nachhaltigkeit von verschiedenen Positionen her zu beleuchten. Wir hoffen damit auch einige Impulse für die derzeit laufende Diskussion einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu geben.

2. Social sustainability as part of the social agenda of the European Community

Michel Biart¹

European Commission / DG Employment and Social affairs

2.1 How to deal with social sustainability?

To quote the 1987 Report of the World Commission on Environment and Development or Brundtland Report, sustainability is to be understood as a situation where it is possible to meet the needs of the current generation without compromising the ability of future generations to meet their own needs. This objective is at the basis of the Agenda 21 agreed at the UN Earth Summit of Rio (1992). It must be achieved via a three-dimensional approach linking the economic, social and environmental objectives of societies in a balanced way (OECD 2001).

Within the sustainability perspective, social concerns may appear as a constraint or a driver. The first point of view would be justified if a single minded pursuit of growth could yield to disparities threatening to ruin social cohesion and to deprive members of society of their ability to achieve common objectives. However, the link between growth and disparities is not established. Therefore, it is certainly as legitimate to consider social concerns as a driver rather than as a constraint. Along these lines, the interaction between economic and social policies will be stressed and it is legitimate to refer to social policy as a productive factor. One of the prime roles of society is indeed to promote the capability of individuals to produce and thereby to increase welfare.

Social sustainability is a long term issue, the analysis of which requires appropriate tools. The economic theory of capital has long been useful here. Human capital is a well established concept to handle knowledge and skills derived from education, training and experience, as part of the stock of resources available to society. Next to it, the concept of social capital is being increasingly used to extend the analysis to the networks, norms, values and understandings that facilitate co-operation within or among groups.

A final point to pay attention to is the confusion which may arise between desirability and sustainability. The Brundtlandt objective leads indeed easily to focusing on how to increase

¹ The author is principal administrator in the DG Employment and Social affairs of the European Commission and he belonged to its temporary task force on sustainable development. The views expressed here are personal.

welfare so that the various generations can meet their needs. This opens the way to discussions of the policies which may be desirable to optimise development. The sustainability approach is however less embracing. It aims to determine the minimal social requirements for long-term development (sometimes called critical social capital) and to identify the challenges to the very functioning of society in the long run.

2.2 The EU context

Within the European Union, the preparation of a sustainable development strategy took place in a favourable policy context. At its meeting of March 2000 in Lisbon, the European Council had agreed a socio-economic strategy which qualitative and quantitative aims and a timetable for their achievement. These aims are to be seen as ways of reaching the overall goal that the EU should become the most competitive and dynamic knowledge-based economy in the world capable of sustainable economic growth with more and better jobs and greater social cohesion.

It is normal to relate the Lisbon strategy to the mandate which had been given by the European Council in December 1999, in Helsinki, when it had invited the Commission to prepare a proposal for a long-term strategy dovetailing policies for economically, socially and ecologically sustainable development. The link was made clear in March 2001, in Stockholm when the European Council stated that Lisbon has successfully integrated economic and social matters... The sustainable development strategy, including the environmental dimension, will complete and build on the political commitment under the Lisbon strategy.

Social policy at EU and national level must be defined and carried out so as to contribute to the achievement of the above objectives. The European Council provided appropriate orientations at its Nice meeting of December 2000. In the European Social Agenda adopted at the time, it endorsed the qualification of social policy as a productive factor and it defined specific aims for this policy as regards the protection of individuals, the reduction of inequalities and social cohesion. The overall coherence of the approach derives from the recognition that economic growth and social cohesion are mutually reinforcing.

The new inflections to EU social policy which are noticeable in the European Social Agenda could already be traced in the Social Policy Agenda adopted in June 2000 by the European Commission, which had stressed that growth is essentially a means to achieving a better standard of living for all and had announced that the overall focus of Commission work in social matters would be the promotion of quality. The search for quality led to the adoption of the Communication on Employment and social policies: a framework for investing in quality (COM(2001)313), where quality in work is investigated as regards working conditions, health and safety, remuneration, gender equality, the balance between flexibility and job security, and social relations. The link between quality and sustainability is made clear notably through the reference in the Communication to the role of social investment with respect to productivity, living standards and growth. The communication contains wide ranging proposals for indicators as a tool for reviewing quality in employment and social policies.

indicators as a tool for reviewing quality in employment and social policies. These proposals are informing the ongoing work of Community institutions on quality.

2.3 Preparation of the EU sustainable development strategy

When the task force appointed to that effect started to prepare the EU strategy, it decided to focus its work on threats to sustainable development, according to three criteria:

1. Severity: Do current trends pose a significant threat to our quality of life or threaten to significantly reduce our stocks of social, environmental and economic assets? Are the costs of doing nothing likely to be high or unevenly distributed?
2. Time dimension and irreversibility: Is there a "slow burn" problem that worsens only gradually but that may be very costly or impossible to put right if action is left to a very late stage? Is there a significant inter-generational aspect?
3. European dimension: Is the problem identified common to a number of EU countries, or are there spillover effects between countries? Are policy responses likely to have implications going beyond national boundaries?

By applying these criteria, six themes were selected around which to build the strategy, namely:

1. Limit climate change and increase the use of clean energy,
2. Address threats to public health,
3. Manage natural resources more responsibly,
4. Improve the transport system and land-use management,
5. Combat poverty and social exclusion,
6. Deal with the economic and social implications of an ageing society.

At the same time, priority tasks were proposed to enhance the effectiveness of EU policies. They can be characterized as follows:

- Improve policy coherence
- Getting prices right to give signals to individuals and businesses
- Invest in science & technology for the future
- Improve communication and mobilise citizens and business
- Take enlargement and the global dimension into account

The above ideas were discussed with the European Parliament and the Economic and Social Committee. The latter organised with the Commission public hearings which enabled interested NGOs to contribute to the shaping of the EU sustainable development strategy.

The event proved interesting enough to lead the Commission to decide that stakeholder fora to be organised with the Economic and Social Committee would be held every other year to assess progress. The first one is expected to take place in the Autumn of 2002.

2.4 Göteborg and its follow-up

The Commission adopted its proposal for a sustainable development strategy COM(2001)264 on 15 May 2001. On this basis, the European Council defined in Göteborg, on June 15/16, priorities for each of the selected themes which could be considered as pertaining to the environmental area.

On climate change, the European Council committed itself to the implementation of the Kyoto protocol as a first step, and recalled objectives as regards the production of electricity from renewable sources. Concerning public health, it called for an EU chemicals policy by 2004, noted the Commission's intentions as regards infectious diseases and antibiotics, pressed for the constitution of the EU Food authority, and expressed interest in an early warning network. As regards sustainable transport, it advocated a shift from road to rail, water and public passenger transport, and pricing reflecting cost to society. With respect to natural resources, the European Council underlined the role that the Common Agricultural Policy and Fisheries Policy should play to promote sustainable development, it stressed the importance of an EU integrated product policy in order to reduce resource use and the environmental impact of waste, and it recalled the need of halting biodiversity decline.

As proposed by the Commission, the European Council related the environmental dimension of sustainable development to social and economic issues discussed in Lisbon and Stockholm. This implies decisive action to eradicate poverty, achieve full employment by 2010 (with interim objectives for 2005) and halve by the same date through lifelong learning the proportion of people with low education level. As regards active ageing, major efforts are called for to ensure the adequacy of pensions and care, sustainable social protection and a 50% employment rate among those aged 55-64.

Further progress is expected in the near future. First concrete indications on how to carry out sustainability impact assessments should be provided by the Commission to the European Council when it meets in Laeken, on December 14/15. At the same session, the European Council should receive a joint report of the Council and the Commission on social inclusion, and a report on indicators of quality in work.

Next spring, in Barcelona, the European Council should carry out with the help of the Commission's synthesis report a first evaluation of the implementation of the sustainable development strategy. It will also receive specific reports on how to increase labour force participation and promote active ageing, on pensions, health care and care for the elderly, and on how environmental technology can promote growth and employment. Finally, The UN Summit due to be held next September in Johannesburg should work out a "global deal" on sustainable development to which a Commission communication is due to contribute.

2.5 Employment and sustainable development

The EU sustainable development strategy incorporates the objective of full employment as a prerequisite to prevent social exclusion and to ensure the financial sustainability of the European social model, in view of demographic changes. This full employment objective is at the centre of the European employment strategy which is currently being evaluated. New developments are expected next year with a view to enhancing the creation of more and better jobs and to maximise synergies between the European employment strategy and the other aspects of the strategy launched in Lisbon and completed in Göteborg.

Before all, the European employment strategy aims to coordinate Member States' employment policies. It should, however, be completed by a coherent implementation of EU policies ensuring that their employment enhancing potential is exploited. Analyses are currently carried out to assess the potential of EU policies based respectively on regulations, financial support and co-operation, and to identify employment-related policy objectives when they are implicit. The emphasis is on the mechanisms through which policies tools are expected to operate and on the identification of those tools likely to yield the best results.

In this context, AK Wien carried out for the Commission a major piece of work on the employment potential of clean technologies and production methods, and on the jobs characteristics within the environmental sector. The study showed that environmentally friendly production methods have a limited effect on the number of jobs but enhance their quality. It indicated also that environmental jobs may need upgrading. These findings will be integrated in the report for the Barcelona European Council, which is due to deal i.a. with the competitiveness of eco-industries and the way R&D effort and training can boost it.

2.6 Questions

The European Union has now a sustainable development strategy which broadens and strengthens the strategy defined in Lisbon and which is about to contribute to a world-wide undertaking. However, the success of this effort is not guaranteed, but will depend on the answer given to a number of questions.

How to mobilise? Any ambitious enterprise may soon be turned into a bureaucratic exercise. What can be done to mobilise all those whose involvement is essential for the success of the undertaking: the EU institutions, national and local/regional authorities, companies which should develop a spirit of social responsibility, the social partners, non-governmental organisations, and of course households?

At which level carry out policies? The Göteborg European Council invited Member States to adopt national sustainable development strategies and consultation processes. How best to ensure synergies between national and EU strategies, including

the consultation mechanisms? How will these efforts contribute to and be influenced by the global deal looked for in Johannesburg?

How to combine coherence and specificity? The three dimensions of the sustainable development strategy are to be taken into account when major policy initiatives are prepared or reviewed. How to achieve that without any dilution of responsibilities? What is to be expected from the General Affairs Council, the Round Table due to advise the President of the Commission and the Stakeholder Forum as regards both the scope and the effectiveness of the strategy?

How to implement the strategy in accordance with the priorities defined in the Governance White Paper? The key objectives mentioned in the White Paper should inform the strategy. Openness must be at the basis of the relationship of the EU institutions with civil society. Participation of regional and local actors should help mobilise skills and practical experience. Appropriate accountability of policymakers and of those who advise them are due to contribute to restoring public confidence. Finally coherence and effectiveness must be aimed at when defining EU policy objectives and refocusing the roles and responsibilities of each institution.

How to ensure that the sustainability goal is at the root of the democratic process while preserving pluralism in our societies? As it means care for social cohesion and for the next generations, sustainable development must be central within the democratic perspective. At the same time, priority goals may differ between parties as well as preferences concerning means to use to achieve objectives. The political debate should notably focus on the elements to be considered when trading off is necessary, on possibilities of modifying these elements and on the decision process in those cases.

The orientation has been given. Concretisation at policy level is under way. The appropriation of the strategy by society is at stake.

3. Konzepte sozialer Nachhaltigkeit im deutschen Diskurs

Sebastian Brandl¹

Wissenschaftszentrum Berlin

3.1 Vorwort

Die folgende Darstellung des Diskurses um Arbeit und soziale Nachhaltigkeit in Deutschland mündet in den sozialen Nachhaltigkeitskriterien, welche durch das Projektteam am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) erarbeitet wurden. Diese Arbeit war eingebettet in das von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung geförderte Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“, an dem neben dem WZB das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie mitarbeiteten. Das Projekt fand im Frühjahr 2000 seinen Abschluss, die Ergebnisse wurden in einem gemeinsamen Projektabschlussbericht veröffentlicht (DIW/WI/WZB 2000).

Zum Schluss gehe ich auf die aktuelle Debatte in Deutschland ein. Die Bundesregierung hat den Rat für Nachhaltige Entwicklung berufen und angekündigt, im kommenden Frühjahr rechtzeitig vor der Rio-Nachfolgekonferenz im Herbst 2002 in Johannesburg eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie vorzulegen. Zugleich hat die Bundesregierung die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung unter dem Begriff der Zukunftsfähigkeit zum roten Faden ihres Handelns erklärt. Ob soziale und arbeitspolitische Aspekte in der Ausarbeitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie eine bedeutende oder gar gleichrangige Rolle einnehmen, ist aus heutiger Sicht jedoch skeptisch zu beurteilen.

3.2 Nachhaltige Entwicklung: Die ökologische, ökonomische und soziale Dimension menschlicher Bedürfnisbefriedigung

Das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung ist spätestens durch die Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio (UNCED) zu einem weltweit anerkannten Leitbild zukunftsfähiger Entwicklung geworden. Mit Nachhaltigkeit wird ein gemeinsamer Weg für die Lösung der Entwicklungsansprüche des Südens und der ökologischen Probleme

¹ Dipl. Sozök. Sebastian Brandl ist Diplom-Sozialökonom am Wissenschaftszentrum Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Nachhaltige Entwicklung/Soziale Nachhaltigkeit; Arbeit und Ökologie; Zukunft der Arbeit; Industrielle Beziehungen

me, vor allem verursacht durch die Länder des Nordens, verbunden. Unter diesem Dach wird seit längerem versucht, international konsensfähige Analysen und Handlungsvorschläge zu erarbeiten. Wie schwierig dies ist, zeigt die Ablehnung des Kyoto-Protokolls zur Stabilisierung des Weltklimas durch die Bush-Administration der USA.

Die am weitesten anerkannte Definition nachhaltiger Entwicklung stammt von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED), der Brundtlandkommission. Die Kommission definierte nachhaltige Entwicklung als eine Form der Entwicklung, die die Bedürfnisbefriedigung der jetzt lebenden Generation sichert, ohne den zukünftigen Generationen die Möglichkeiten zu nehmen, einen Lebensstil nach deren eigenen Bedürfnissen zu wählen (Hauff 1987: 46). Dieser Ansatz wird weltweit, alle Länder und alle Menschen bindend, verstanden. Danach lässt sich Nachhaltigkeit also durch folgende drei ethisch-normative Prinzipien beschreiben:

- Recht auf ein menschenwürdiges Leben für alle;²
- Gerechtigkeit zwischen den heute lebenden und gegenüber den zukünftigen Generationen (intragenerative und intergenerative Gerechtigkeit);
- ein anderer, ressourcenärmerer Wohlstand in den Industrieländern als Basis für Umverteilungspotentiale zwischen Nord und Süd und zur Sicherung der Bedürfnisse zukünftiger Generationen.

Mit der in der Rio-Konferenz verabschiedeten Agenda 21 (BMU o.J.) fand ein weiteres Prinzip allgemeine Zustimmung in der Nachhaltigkeitsdebatte. In der Agenda 21 wurde die Notwendigkeit der

Beteiligung aller gesellschaftlichen Akteursgruppen bei der Zielbestimmung und Umsetzung nachhaltiger Entwicklung eingefordert und Formen hierfür beschrieben.

Diese vier Prinzipien beschreiben ein Leitbild der Nachhaltigkeit, das richtungweisend für vielfältige Nachhaltigkeitspfade in Abhängigkeit von den regionalen Ausgangsbedingungen und Prioritätensetzungen sein soll. Aufgrund ihrer Implikationen sind diese abstrakten Normen jedoch nicht unumstritten. In unterschiedlicher Weise ist versucht worden, sie zu konkretisieren. Dies führte zu einer Vielzahl von Interpretationen und Konzepten. Dabei zeigte sich, dass diese Normen weder in sich noch untereinander widerspruchsfrei sind und dass sie sich nicht ohne Verluste operationalisieren lassen.³

So ist u.a. bisher nicht geklärt, was ein angemessenes Grundrecht auf Natur sein könnte.⁴ Opschoor legte bspw. bei der Entwicklung seines Umweltraumkonzepts – auf welchem die

² Dieses Recht schließt neben der Sicherung der Grundbedürfnisse ebenso die Möglichkeit für alle Menschen ein, ihre Wünsche nach einem besseren Leben zu befriedigen (Hauff 1987: 74).

³ Bereits früh entwickelte sich der Gegensatz von „weak“ und „strong sustainability“. Während die Vertreter des ersten Ansatzes (Pearce/Turner 1991) von der weitgehenden Substituierbarkeit der natürlichen Ressourcen ausgehen, sehen die Vertreter des zweiten Ansatzes (Daly 1991, 1996) dafür sehr enge Grenzen. Ein Überblick über die unterschiedlichen Definitionen nachhaltiger Entwicklung findet sich in DIW/WI/WZB (2000: 35ff.).

⁴ Ging die Brundtlandkommission vom Grundsatz der Gleichheit zwischen den Generationen aus, formulierte sie in Bezug auf die einzelnen Menschen schwächer: „Alle Menschen haben ein Grundrecht auf eine Umwelt, die ihrer Gesundheit und ihrem Wohlergehen angemessen ist“ (Hauff 1987: 387).

Wuppertalstudie Zukunftsfähiges Deutschland aufbaut (BUND/Misereor 1996: 26ff.) – den gleichen Anspruch auf Umweltnutzung für alle Menschen zu Grunde.⁵ Dieses gleiche Recht wird auf die Bevölkerung der Staaten hochgerechnet und dementsprechend werden stoffliche und energetische Reduktionsziele für die Industrieländer benannt.⁶ Anschließend ist zu klären, wie die ökonomischen und sozialen Nutzen der Naturnutzung in einem Land zu verteilen sind. Der Nachhaltigkeitsdiskurs ist somit auf die in der Gesellschaft vorhandene Ungleichverteilung von Macht und Ressourcen und die darauf aufbauenden unterschiedlichen Gerechtigkeitsvorstellungen zurückgeworfen.⁷ Je nach Sachverhalt, persönlicher Stellung oder politischer Überzeugung können unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen als Maßstab an Güterverteilung und Partizipationschancen angelegt werden. Huber (1995) nennt als mögliche die Bedürfnis-, Leistungs- und Besitzstandsgerechtigkeit. Entsprechend unterschiedliche Strategien lassen sich für den sozialen Ausgleich entwickeln (Heins 1998: 29f.). Eine allgemeine Regel hierfür wurde bisher auch im Nachhaltigkeitsdiskurs nicht gefunden. Die Umsetzung der Gerechtigkeitsnorm bleibt somit eines der zentralen, offenen sozialen Themen im Diskurs.

Herkunft und Definition des Begriffs nachhaltiger Entwicklung deuten bereits an, dass hierbei mehrere Dimensionen menschlicher Entwicklung angesprochen sind. Bereits in der von der UN-Vollversammlung für die Brundtlandkommission festgelegten Aufgabenstellung war enthalten, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Dimension der menschlichen Entwicklung gleichgewichtig zu berücksichtigen (UN 1983). Für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ impliziert „das Leitbild auf normativer Ebene die Forderung nach Respektierung ökonomischer, ökologischer und sozialer Ziele“ (Deutscher Bundestag 1998: 17). Bei diesem Ansatz handelt es sich um das so genannte „Drei-Säulen-Konzept“ oder „Drei-Perspektiven-Modell“ der Nachhaltigkeit.⁸

Nachhaltigkeitsforschung zielt somit auf eine integrative Perspektive.⁹ Hinter dem Integrationsansatz verbirgt sich die grundlegende politische und wissenschaftliche Herausforderung des Konzepts; dieser wird bisher jedoch höchstens annäherungsweise entsprochen (vgl. Jörissen et al. 2000). Entgegen dieser Perspektive war der Nachhaltigkeitsdiskurs in Deutschland zunächst einseitig ökologisch geprägt und erfuhr erst in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eine stärkere Hinwendung zu sozialen und ökonomischen Problemlagen (Weidner 1999). Diese Einseitigkeit führte dazu, dass primär ökologische Fragen und Zielsetzungen bearbeitet wurden; ökonomische und soziale hingegen kaum (Deutscher Bundestag 1998: 19).

⁵ Im Weiteren wurde dieser Grundsatz länderspezifisch, aufgrund unterschiedlicher Naturausstattung, relativiert.

⁶ Als Umweltziele werden die Reduktion des Primärenergieverbrauchs in Deutschland um mindestens die Hälfte und die Verringerung des Ressourcenverbrauchs um den Faktor 10 bis zum Jahr 2050 genannt (BUND/Misereor 1996: 80).

⁷ Ein Großteil der Kritik an der Wuppertalstudie ist darauf zurückzuführen, dass sie eben diese Fragen unzureichend bearbeitet (bspw. Altvater 1996).

⁸ Immer häufiger wird seine Erweiterung um eine institutionelle Dimension vorgeschlagen (UN 1995, Spangenberg et al. 2000), um die „Spielregeln der politischen Entscheidungsfindung“ (ebd.) aus dem Nachhaltigkeitsansatz nicht außen vor zu lassen.

⁹ In wissenschaftlicher Hinsicht drückt sich diese Integrationsverpflichtung in der Entwicklung und Anwendung eines inter- bis transdisziplinären Forschungsansatzes aus. Ein Überblick über den derzeitigen Forschungsstand findet sich bei Brand (2000).

Die ökologische Einseitigkeit geht auf das bis heute unaufgelöste Spannungsverhältnis zwischen der Annahme der Gleichwertigkeit oder Gleichrangigkeit der Dimensionen und ihrer Integration einerseits und der Priorisierung des Erhalts der Umwelt als Grundvoraussetzung menschlicher Entwicklung andererseits zurück. Mittlerweile wurde im Diskurs mit Hilfe des Leitplankenkonzepts die Formel entwickelt, dass ausgehend von einer prinzipiellen Gleichwertigkeit ökologische Ziele dann Priorität erhalten, wenn das Risiko besteht, „dass die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit erreicht oder überschritten werden können“, so die Berliner Enquete-Kommission (1999: 58) in ihrem Endbericht. Der eben eingerichtete Nachhaltigkeitsrat stimmt der Gleichrangigkeit der Säulen zu, formuliert aber, dass der Umwelt in dem Konzept die Rolle der treibenden Kraft zukommt (Hauff 2001).

Trotz der vielfältigen Zustimmung zum Dreisäulenkonzept und der Gleichrangigkeit der Dimensionen fällt der sozialen und der ökonomischen Dimension meistens doch eine nachgeordnete Optimierungs- und Absicherungsrolle zu. Abgesichert werden soll die soziale Akzeptanz ökologischer Strategien. In einem weiteren Verständnis soll ein friktionsloser ökologischer Strukturwandel durch soziale „Beleitpolitik“ ermöglicht werden. Darüber hinaus wird von vielen gesehen, dass technische Verbesserungen der stofflichen und energetischen Basis der Bedürfnisbefriedigung nicht ausreichen werden. Zur Ergänzung der Effizienzstrategie wird deshalb von vielen eine Suffizienzstrategie eingefordert. Unter Suffizienz werden neue, ressourcenarme Arbeits-, Lebens- und Konsumstile verstanden. Sachs (1994: 29) spricht von einer „klugen Beschränkung der Ziele“. Deutlich kommt dieser Ansatz im Leitbild „gut leben statt viel haben“ der Wuppertalstudie zum Ausdruck (BUND/Misereor 1996: 206ff.).¹⁰

Die ökologische Grundannahme der Notwendigkeit des dauerhaften Erhalts eines Grundbestands an Ressourcen findet sich bereits im Brundtlandbericht (Hauff 1987: 62).¹¹ Gegenüber einer daraus abgeleiteten Priorisierung der ökologischen Dimension ist jedoch zu betonen, dass die primäre Zielsetzung der Kommission nicht im Umweltschutz, sondern in der Sicherung menschlicher Entwicklungsfähigkeit und Bedürfnisbefriedigung lag (vgl. bspw. Vorholz 1994: 15). Folgerichtig gerät der Schutz der Umwelt nur als notwendige Rahmenbedingung für menschliche Entwicklung in das Blickfeld der Betrachtung (Brand 2000: 11).¹²

Auch wenn es auf den ersten Blick einleuchtend ist, wenn formuliert wird, dass die Natur jeder menschlichen Entwicklung vorgeht und daher der Ökologie eine prioritäre Rolle zufallen sollte, ist letztlich zwischen der Natur als solcher und der gesellschaftlichen Konstruktion und Beschreibung von Natur durch die ökologischen Wissenschaften zu unterscheiden. Die Naturwissenschaften sind nicht von menschlichem Denken, Vorstellungsvermögen, Wertur-

¹⁰ Suffizienz baut auf einem kritischen, reflektierten Konsumenten auf, der „zurückhaltend und selektiv kauft, mehr nach Qualität als nach Quantität sucht und auch über den eigenen Nutzen hinaus die Natur und das Gemeinwesen im Auge hat“ (ebd.: 209).

¹¹ Dem liegt die Ausgangsthese zugrunde, „dass ohne die Erhaltung der ökologischen Systeme jede ökonomische Entwicklung auf lange Sicht nicht aufrechterhaltbar sei“ (Kopfmüller 1994: 102).

¹² Diese Sichtweise kann im Spektrum der Nachhaltigkeits-Konzepte als „gemäßigt anthropozentrisch“ charakterisiert werden. Sie kann zwischen zwei gegensätzliche Perspektiven verortet werden (vgl. z. B. Birnbacher/Schicha 1996: 144f.): einer anthropozentrischen Position, wo der Mensch und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen, und einer biozentrischen Position, die jedem Lebewesen gleiche Rechte auf Lebensentfaltung und der Natur einen Eigenwert zumisst. Aufgrund der mangelnden Nachhaltigkeit beider Extrempositionen und ihrer Unvereinbarkeit verfolgen wir eine „gemäßigte Anthropozentrik“ (Knaus/Renn 1998: 33), die auf der Einzigartigkeit des Menschen (kognitiver und normativer Anthropozentrismus) und der Verpflichtung zur Erhaltung der Natur basiert. Dies ist inzwischen auch die gängige Position in der internationalen Diskussion.

teilen und Machtverhältnissen zu trennen. Eine Priorisierung der Ökologie käme somit einer Aushebelung gesellschaftlicher Interessenvermittlung gleich¹³ und könnte zu einer wissenschaftlich-technokratischen Steuerung am Rande der Belastungsgrenzen des Planeten führen (Sachs 1994). Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat dies bereits frühzeitig problematisiert, indem er anmerkte, dass die ökologischen (Natur-)Wissenschaften nicht die Problemlösung, sondern vielmehr nur Informationen liefern können, die gesellschaftlich bewertet werden müssen (SRU 1994: 21.*).

Sollen also alle die ökonomischen, ökologischen und sozialen Ziele respektiert werden, bedarf es einer anderen Problemsicht und eines anderen Verhältnisses der die drei Dimensionen repräsentierenden Wissenschaften und Politikbereiche. Sofern es richtig ist, dass es „Nachhaltigkeitsziele ... nur in dem Maße [gibt], wie sich politische Kräfte für deren Formulierung und Durchsetzung engagieren“ (Kurz 1996: 24), bedarf es also einer Formel für das Management von Zielkonflikten, die besonders für die gestaltungsmächtigen Akteursgruppen akzeptabel ist. Wenig realistisch ist es dabei anzunehmen, ein breiter Diskurs und „neu vernetzte Diskurs- und Handlungskoalitionen“ (Brand 2000: 20) könnten zustande kommen, wenn a priori und quasi ex cathedra eine Dimension den Status eines Primus inter Pares erhalte. Insofern impliziert das Drei-Säulen-Konzept die prinzipielle Gleichrangigkeit der Dimensionen und seine sie vertretenden Akteure. In diesem Gleichrangigkeitspostulat liegt eine fundamentale Diskursvoraussetzung. Es gilt im Sinne eines Gebotes, die Interessen und Argumente anderer Beteiligter solange als gleichrangig anzuerkennen, bis sie durch gute akzeptierte Argumente widerlegt sind oder bis begründet einer Dimension konsensual in einem Teilaspekt Vorrang eingeräumt wird. Nachhaltigkeit fungiert in diesem Verständnis als regulative Idee (IFOK 1997), die sicherstellt, dass die unterschiedlichen Dimensionen, Problemlösungsvorschläge, Interessen und Akteure Berücksichtigung finden können. Wobei anzumerken ist, dass das diskursive Zustandekommen von Zielen keinesfalls sicherstellt, dass diese auch nachhaltig sind.¹⁴

Aufgrund der verschiedenen Subsysteme und der beteiligten Akteure sind eindeutige Lösungen schwerlich zu erwarten. Vielmehr wird Nachhaltigkeit damit zu einer multifaktorellen Abstimmungsaufgabe zwischen den beteiligten Akteuren und Disziplinen auf der Suche nach adäquaten Lösungen. Je weniger dabei eindeutige und allgemein akzeptierte quantitative Vorgaben in den Vordergrund treten, desto mehr geht es um die Einrichtung eines kontinuierlichen gesellschaftlichen Such-, Lern- und Entdeckungsprozesses, wie es die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ formulierte (Deutscher Bundestag 1998: 71, 73).¹⁵

¹³ Auch die Bundestags-Enquetekommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ fordert, ökologische, ökonomische und soziale Ziele müssten eine Einheit bilden und weist die Priorisierung insbesondere von ökologischen Zielvorstellungen zurück (Deutscher Bundestag 1998: 34).

¹⁴ Die Unsicherheit bleibt also auch bei dieser Methode bestehen – ebenso wie bei den nach dem Stand der Wissenschaft objektiv zu ermittelnden ökologischen Belastungsgrenzen –, ab wann ökologische, soziale oder ökonomische Belastungen in Irreversibilitäten umschlagen.

¹⁵ Gegenüber einer (normativen) konkretisierten Zieldefinition tritt der Prozesscharakter in den Vordergrund. Der normative Aspekt wird auf die Definition wissenschaftlich abgesicherter und teils quantifizierbarer „Leitplanken“ beschränkt, innerhalb deren Korridor ein gesellschaftlicher Such-, Forschungs- und Lernprozess in Richtung Nachhaltigkeit stattfinden soll; zugleich bietet die „regulative Idee“ Orientierung für die laufende Überprüfung des Erreichten und der jeweiligen Zielvorgaben an (Homann 1996).

Das diskurs- und akteursorientierte Postulat findet seine Ergänzung in einer systemtheoretischen Betrachtung. Der Logik des Dreisäulenansatzes folgend, können Teilbereiche abgegrenzt, innerhalb dieser Problemlagen identifiziert und Lösungsstrategien entwickelt werden, die gemäß dem Integrationsgebot auf das gemeinsame Ziel des Erhalts der menschlichen Entwicklungsfähigkeit zurückgebunden werden müssen. Systemtheoretisch argumentiert geht es in diesem Verständnis um den gleichzeitigen Erhalt der Funktionsfähigkeit und der Störungsresistenz (resilience) von miteinander gekoppelten Subsystemen, wodurch das Gesamtsystem stabil zu halten ist.¹⁶

3.3 Soziale Nachhaltigkeit im deutschen Nachhaltigkeitsdiskurs

Ausgehend vom Brundtlandbericht kann Nachhaltigkeit mit der Sicherung der menschlichen Entwicklungsfähigkeit beschrieben werden, welche dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und der Wahrung von Gerechtigkeit verpflichtet ist. Auf der individuellen Ebene geht es um die Befriedigung der Grundbedürfnisse, aber auch um die Ermöglichung eines besseren Lebens.

Es stellt sich die Frage nach der Konkretisierung dieser Ziele in sozialer Hinsicht. Hierzu soll im Folgenden auf die beiden Berichte der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 12. und des 13. Deutschen Bundestages Bezug genommen werden. Die beiden Enquete-Kommissionen haben sich ausführlich mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung und seiner Operationalisierung beschäftigt. Sie geben in ihren Anschlussberichten von 1994 und 1998 den jeweiligen Stand der Debatte wieder. Insbesondere der Bericht von 1998 berücksichtigt umfassend die vielfältigen Diskussionsstränge des Nachhaltigkeitsdiskurses und die Positionen und Kapazitäten der zentralen Akteure (Weidner 1999: 15).

Bereits im Bericht der ersten Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ von 1994 mit dem Titel „Die Industriegesellschaft gestalten“ findet sich eine weitreichende Bestimmung sozialer Ziele. In der Annäherung der Kommission an diese Ziele spielt neben der intra- und intergenerativen Gerechtigkeit die Gewährleistung der sozialen Voraussetzungen für einen bruchlosen ökologischen Strukturwandel die wesentliche Rolle. Hierbei kann im Kommissionsbericht eine Unterscheidung zwischen Sozialverträglichkeit bzw. Akzeptanz einer ökologischen Modernisierung einerseits und der angemessenen Gestaltung der sozialen Folgen des Strukturwandels andererseits ausgemacht werden. Beide stehen unter der klaren ökologischen Prämisse notwendiger gravierender Veränderungen des Wirtschafts- und Lebensstils (Enquete-Kommission 1994: 60ff.).

An späterer Stelle entwickelt die Kommission auf dieser Grundlage für die Bewertung der Stoffpolitik drei soziale Zielebenen, die sie mit Schutz- und Gestaltungszielen sowie Bewertungskriterien versieht (ebd.: 495ff.):

¹⁶ Näheres hierzu findet sich für die Sozial- und Politikwissenschaften bei Luhmann (1988) und Willke (1989), für die Ökologie bei Odum (1973) und Cruse (1981) und für die Wirtschaftswissenschaften bei Daly (1996).

Im Schutz der menschlichen Gesundheit sieht die Kommission die wesentliche Voraussetzung für die weiteren sozialen Zielebenen. Sie lehnt sich dabei an die weite Definition von Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) an, wonach Gesundheit ein Zustand des vollständigen physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens ist. Zu den sozialen Voraussetzungen für psychische Gesundheit zählt die Kommission u.a. eine materielle Grundsicherung, d.h. die Verfügbarkeit von Wohnung und Einkommen, mit und ohne Arbeit, die Qualität der Arbeit und Möglichkeiten zur Entfaltung individueller Lebensentwürfe.

An diese erste, übergeordnete Zielebene schließt sich eine zweite an, die der Sicherung der sozialen Stabilität gewidmet ist. Soziale Stabilität ist nach der Kommission eng verbunden mit einer ausreichenden Verteilungsgerechtigkeit. Weiterhin zählen Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, Arbeit und Einkommen sowie soziale Sicherung und Partizipationsmöglichkeiten zu dieser Zielebene.

Die dritte Zielebene ist der Sicherung der Entwicklungs- und Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft gewidmet. Notwendige Elemente hierzu sind Innovationsfähigkeit und Wertewandel. Zu dieser Zielebene zählt die Kommission andere Wege zur Vollbeschäftigung als durch Wirtschaftswachstum, bspw. eine familiengerechte Neuverteilung der Arbeit. Beiden Geschlechtern soll die flexible Gestaltung der Erwerbsarbeit möglich werden, welche die Rücksichtnahme auf individuelle Biographie und partnerschaftliche bzw. familiäre Lebensplanung erlaubt.

Diesen Zielentwurf konkretisiert die Kommission nicht weiter. Lediglich werden für die ökologischen Ziele Managementregeln, die so genannten Stoffstromregeln, entwickelt.

Dieses Defizit griff die gleichnamige Enquete-Kommission des nachfolgenden Bundestages auf. Für sie reichen ökologisch orientierte grundlegende Regeln (Handlungsmaximen) für eine Operationalisierung des Leitbildes nicht aus. Sie entwickelt daher solche Regeln auch für die soziale und ökonomische Dimension. Wesentlich geht es ihr in ihrem Abschlussbericht „Konzept Nachhaltigkeit - Vom Leitbild zur Umsetzung“ von 1998 um die Erhaltung der ökonomischen und sozialen Stabilität von Entwicklungsprozessen und ihrer dynamischen und innovativen Funktionen. Für diese Enquete-Kommission ist die Möglichkeit einer Teiloptimierung einer Säule ausgeschlossen (Deutscher Bundestag 1998: 19).¹⁷ Auch werden ökologischen Regeln keine höhere Priorität eingeräumt, da auch sie im breiten öffentlichen Diskurs entwickelt wurden (ebd.: 34). Hinsichtlich der sozialen, aber auch der ökonomischen Ziele geht es der Kommission weniger um quantifizierte normative Zielsetzungen, als vielmehr um qualitative Zielvorstellungen. Allerdings entwickelt die Kommission keine eigene differenzierte Zielhierarchie. Sie stellt vielmehr eine Reihe von Zielen und Grundlagen nebeneinander (ebd.: 22ff.).¹⁸

¹⁷ So sieht sie bspw. in der Herstellung von Gerechtigkeit oder Chancengleichheit eine Voraussetzung für langfristige ökonomische Leistungsfähigkeit. In der Sicherung der materiellen Grundbedürfnisse der Menschen liegt für sie eine Grundvoraussetzung für das Erreichen ökologischer Ziele (ebd.).

¹⁸ Demnach sind soziale Stabilität, individuelle Freiheit sowie Solidarität zentrale soziale Ziele. Darüber hinaus geht es der Kommission um die Herstellung und Sicherung von Gesundheit und Erwerbsfähigkeit, ebenso um lebenslange Lernbereitschaft und Lernfähigkeit. Weiterhin werden Zugang zu Arbeit, aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand, gerechte Verteilung von Einkommen und Lebenschancen und die Erhaltung und Weiterentwicklung sozialer Sicherungssysteme u.a.m. als Voraussetzungen für den sozialen Frieden und eine zukunftsfähige Entwicklung genannt (ebd.).

Die sozialen Regeln der Kommission lauten (ebd.: 28):

1. Der soziale Rechtsstaat soll die Menschenwürde und die freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie Entfaltungschancen für heutige und zukünftige Generationen gewährleisten, um auf diese Weise den sozialen Frieden zu bewahren.
- 2a. Jedes Mitglied der Gesellschaft erhält Leistungen von der solidarischen Gesellschaft:
 1. entsprechend geleisteter Beiträge für die sozialen Sicherungssysteme,
 2. entsprechend Bedürftigkeit, wenn keine Ansprüche an die sozialen Sicherungssysteme bestehen.
- 2b. Jedes Mitglied der Gesellschaft muss entsprechend seiner Leistungsfähigkeit einen solidarischen Beitrag für die Gesellschaft leisten.
3. Die sozialen Sicherungssysteme können nur in dem Umfang wachsen, wie sie auf ein gestiegenes wirtschaftliches Leistungspotential zurückgehen.
4. Das in der Gesellschaft insgesamt und in den einzelnen Gliederungen vorhandene Leistungspotential soll für künftige Generationen zumindest erhalten werden.

Diese Regeln werden ausdrücklich als vorläufig und als Anregung für weitere gesellschaftliche Diskussionen verstanden. Dies trifft entsprechend auf die ökonomischen und ökologischen Regeln zu. Die Kommission hält den breiten politischen Diskurs zu deren Konkretisierung für notwendig.

Mit ihren sozialen Regeln stellt die Kommission nach eigenem Bekunden die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und der gesellschaftlichen bzw. staatlichen Leistungsfähigkeit, das Prinzip: „Die Starken helfen den Schwachen“ sowie die Vermeidung einer Überforderung und den Erhalt des Leistungspotentials von Einzelnen, von Gruppen und der sozialen Sicherungssysteme in den Mittelpunkt sozialer Nachhaltigkeit (ebd.). Diese sozialen und die hier nicht näher genannten ökonomischen Verhaltensprinzipien stellt die Kommission den von ihrer Vorgängerin entwickelten ökologischen Regeln zum dauerhaften Umgang mit natürlichen Ressourcen zur Seite. Sie sollen letztere im Sinne von Verhaltensweisen ergänzen und mit ihnen zusammen Grundlage einer integrativen Politik zur Sicherung einer zukunftsfähigen gesellschaftlichen Entwicklung sein. Anhand dieser Regeln sollen ökonomische, ökologische oder soziale Eingriffe beurteilt und Dysfunktionalitäten dargestellt werden können. Sie sollen damit den Blick für die Ursachen bestehender Probleme schärfen und zu deren Lösung Entscheidungshilfe leisten. Insbesondere sollen sie sicherstellen, dass von der traditionellen Optimierung von Teilbereichen zu einer integrativen Bearbeitung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Ziele übergegangen wird. Hierzu erachtet es die Kommission als erforderlich, die Wechselbeziehungen und Wechselwirkungen zwischen den drei Dimensionen und der Zielsetzungen näher zu ermitteln und zu beachten (ebd.: 28f.). Auftragsgemäß und in Anbetracht der Wissenslücken folgt die Kommission bei der Auswahl und Bearbeitung der Problemfelder hingegen ökologischen Überlegungen. Mit der Nennung der Lücken geht sie jedoch insofern weiter als viele andere Studien zum Thema, als sie diese transparent macht und Vorarbeiten für deren Schließung leistet (Weidner 1999: 15). Weiterhin liegt ein anzuerkennender Fortschritt im deutlichen Akzent auf dem gesellschaftlichen

Diskurs als Methode zur weiteren Bestimmung und Operationalisierung der vorgeschlagenen Regeln. Nachhaltigkeit wird von der Kommission damit als gesellschaftlicher Definitionsprozess ohne Vorabpriorisierungen verstanden. In Bezug auf die soziale Regeln geht die zweite Enquete-Kommission jedoch inhaltlich nicht wesentlich über ihre Vorgängerin hinaus. Ihre sozialen Regeln sind insbesondere auf das Verhältnis Sozialstaat-Individuum im Sinne von Leistung und Gegenleistung und von individuellen Entfaltungsmöglichkeiten eingegrenzt.

Diese knappe Darstellung der Bestimmung der sozialen Säule der Nachhaltigkeit zeigt ein relativ breites Spektrum sozialer Aspekte auf, welches zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat angeordnet ist. Unterschieden werden kann zwischen materiellen Grundnormen (Sicherung von Grundbedürfnissen und Gesundheitsschutz), systemischen Anforderungen (Stabilität, Entwicklungs- und Leistungsfähigkeit) und persönlichen Entwicklungsbedürfnissen (individuelle Entfaltung/gutes Leben/Lebenszufriedenheit). Man kann die sozialen Definitionen auch anders unterscheiden: Während ein Strang der Debatte auf die Sicherung der menschlichen Grundbedürfnisse unter Einhaltung von ökologischen und sozialen Leitplanken¹⁹ abzielt, Nachhaltigkeit damit negativ beschreibt, versucht eine anderer Strang Nachhaltigkeit durch die Bestimmung von dem, was gutes Leben im Sinne nachhaltiger Lebensqualität ausmacht, inhaltlich zu fassen.

3.4 Arbeit und Nachhaltigkeit

Welche Rolle nimmt Arbeit für die menschliche Entwicklungsfähigkeit ein? Diese Frage wird in den beiden Enqueteberichten wie auch in den meisten anderen Studien zu Nachhaltigkeit zumeist höchst selektiv bearbeitet, zuvorderst wird auf die Arbeitsplatzwirkung von Umweltschutzmaßnahmen rekurriert (Weidner 1999).²⁰

Ein erster Zugang zum Zusammenhang von Arbeit und Nachhaltigkeit ist historischer Art: Menschliche Arbeit ist die Antriebsfeder für den Stoffwechsel zwischen dem Menschen und der Natur. Wesentlich dabei ist, darauf hat schon Marx hingewiesen, dass der Mensch durch diesen Stoffwechsel nicht nur die ihm äußerliche Natur sondern „zugleich seine eigne Natur“ (MEW 1972, 23. Bd.: 192) verändert. Arbeit hat also eine doppelte Wirkung: Sie verändert Natur und bildet Gesellschaft heraus. Weil die Art und Weise der Naturaneignung durch das Individuum von der konkreten Gesellschaftsform abhängt, sind verschiedene historische Formen des gesellschaftlichen Naturverhältnisses zu unterscheiden (MEW 1962: 42, Bd.:

19 „Leitplanken“ werden im Zusammenhang mit einem prozeduralen Nachhaltigkeitsbegriff eingeführt. Sie sollen „als singuläre Negativabgrenzung die Entstehung allgemein abgelehnter Gefahren in einer Gesellschaft eingrenzen“ (Klemmer et al. 1998: 46). Mit Leitplanken werden in ökologischer Hinsicht unabhängig von Kosten/Nutzen-Erwägungen jene Elemente des natürlichen Kapitalstocks definiert, die für zukünftige Generationen aufrechterhalten werden müssen. Dies führt zur Bestimmung von Schwellenwerten, bei deren Überschreitung es zu nichtnachhaltigen Entwicklungen kommt. Solche Leitplankenkonzepte werden bspw. unter den Stichworten „critical loads“, „critical levels“, „safe minimum standards“ (Gerken/Renner 1996: 26ff. bzw. Rennings/Hohmeyer 1997: 47) oder auch in Form „variabler Leitplanken“ bei Klemmer (Klemmer 1998: 16f.; Blazejczak/Krähmer 1997) diskutiert (siehe auch Hinterberger 1998).

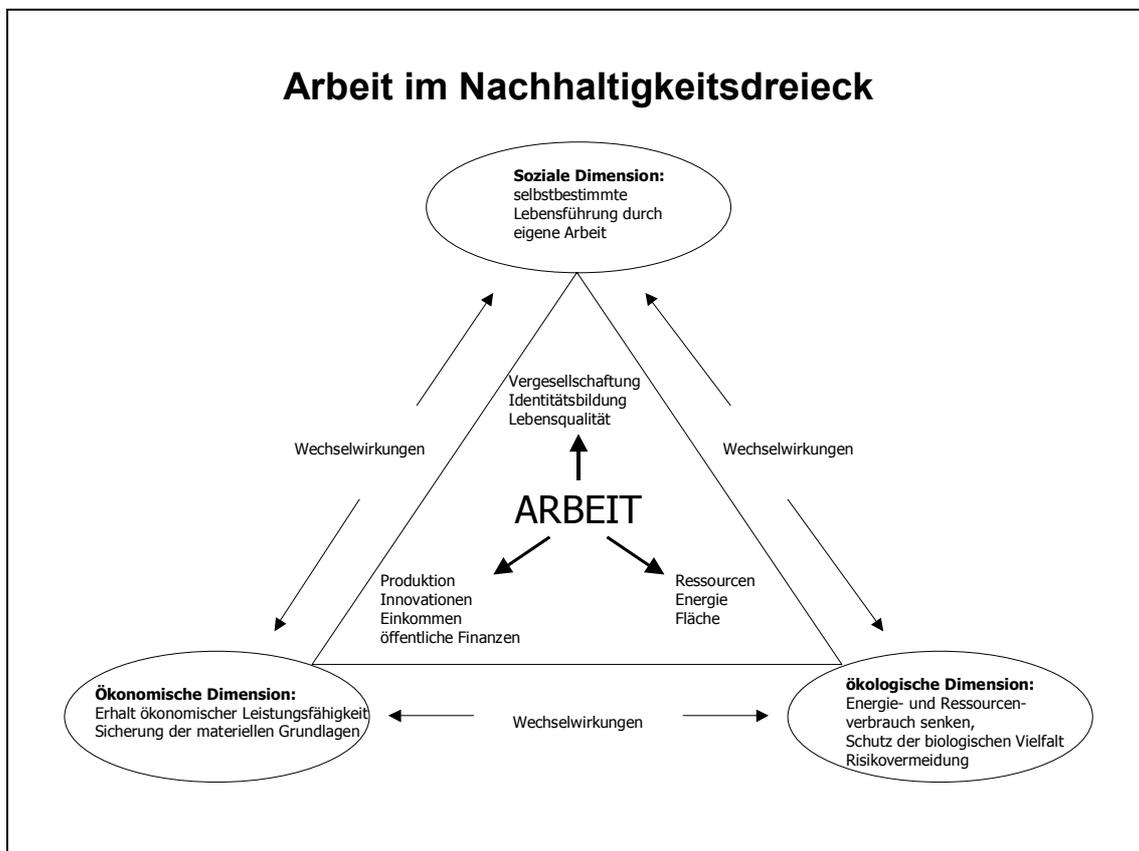
20 Hervorzuhebende Ausnahmen sind die IFOK-Diskursstudie zu Nachhaltigkeit (IFOK 1997) und der Bericht der Zukunftskommission der Friedrich Ebert Stiftung (FES 1998). In beiden Studien werden Arbeitsaspekte zentral behandelt, allerdings ohne zu einer umfassenden konzeptionellen und noch weniger zu einer empirisch abgesicherten Betrachtung des Zusammenhangs von Arbeit und Nachhaltigkeit zu kommen.

23). In der gesellschaftlichen Arbeitsteilung liegt wiederum ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung des Produktionsprozesses.

Die Vergesellschaftung des Menschen ist Ergebnis seiner arbeitsteiligen Auseinandersetzung mit der Natur. Zugleich liegt in darin die Quelle der heute wahrgenommenen Naturzerstörung. Menschliche Arbeit nimmt damit den dialektischen Charakter des notwendig Schöpferischen sowie des Natur Verändernden, Gestaltenden und Zerstörenden ein. In der konkreten Ausgestaltung der Arbeit bzw. Arbeitsteilung liegt somit ein wesentliches Moment der Umsteuerung auf Nachhaltigkeit.

Rückt man Arbeit in das Zentrum des Nachhaltigkeitsdreiecks, stellt man das Auseinanderfallen verschiedener Aspekte fest. Mit dem Schaubild 1 habe ich andeutungsweise versucht darzustellen, welche Arbeitsaspekte welcher Säule im Projektverbund „Arbeit und Ökologie zuzuordnen sind.

Schaubild 1:



In der gesellschaftlichen Debatte werden informelle Arbeitsformen weitgehend ausblendet. Erwerbsarbeit ist die dominante, den gesellschaftlichen Diskurs durchweg bestimmende Arbeitsform. Doch auch diese Arbeitsform wird durch die gesellschaftliche Ausdifferenzierung und wissenschaftliche Arbeitsteilung „zerlegt“. Wissenschaftlich und politisch werden immer nur bestimmte Aspekte von Arbeit in den Vordergrund gerückt. Zwischen den Wissenschaftsdisziplinen ist jedoch eine klare Trennung oder Alleinzuständigkeit für bestimmte

Aspekte nicht gegeben. Vielmehr kommt es zu Überschneidungen, sprachlichen und begrifflichen Inkompatibilitäten und zu widersprüchlichen Beurteilungen. Arbeitslosigkeit oder Einkommensarmut wird bspw. von den verschiedenen Disziplinen sehr unterschiedlich bewertet. Während die Ökonomen eine Zunahme von Einkommensarmut mittels ihrer quantitativen Methoden nicht feststellen können – das bestehende Sozialsystem hätte dies verhindert (Krause/Wagner 1998) –, kommen qualitative, lebensweltliche Betrachtungen zu davon abweichenden Ergebnissen (Barufke 2001).

Wissenschaftlich werden der ökonomischen Säule vor allem Makrothemen zugeordnet: Bestimmend ist der ökonomische Output bzw. seine Steigerungsraten und in dem Zusammenhang die Entwicklung von Produktivität sowie der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Relevante Arbeitsaspekte sind hierbei die Zahl der Arbeitsplätze und der Arbeitslosen, die Entwicklung der Arbeitszeit, Bevölkerungs- und Erwerbsquotenentwicklung, Qualifikationsniveau, Einkommen und Konsumneigung, Steuern und öffentliche Finanzen und somit die Finanzierung des Sozialstaates durch Beiträge aus dem Arbeitseinkommen. Zugleich finden sich hier auch betriebswirtschaftliche Mikrothemen: der Produktivitätseffekt der Organisation von Arbeit (Flexibilisierung der Arbeitszeit), Einkommen als Kostenaspekte, Fachkräftebedarfe u.v.a.m.

Die ökologische Säule betrachtet zuvorderst die Stoffwechselprobleme des gesamten Industriesystems (industrieller Metabolismus) oder einzelner Produktionszweige oder Produkte (bestimmte Schadstoffe, Stoff- und Energieströme). Auch geht es um die Art und Weise der Güternutzung und ihrer Folgen (Verkehr, Raumstruktur, Landwirtschaft). Das Konsumverhalten und der ressourcenintensive Lebensstil in den Industrieländern werden dabei als wesentliche Probleme benannt. Die ökologischen Folgen bestimmter Arbeitsformen werden selten oder nur einseitig angesprochen. Es fehlen weitgehend über Vermutungen und Zuschreibungen hinausgehende empirische Untersuchungen darüber, ob bspw. informelle Arbeitsformen ressourcenschonender, sozial integrierender und ökonomisch effizienter sind als Erwerbsarbeit.

Einige Arbeitsaspekte, die in die soziale Säule der Nachhaltigkeit fallen, wurden bereits im Abschnitt zu sozialer Nachhaltigkeit angesprochen. An dieser Stelle will ich nun darauf eingehen, warum wir die qualitativen arbeitspolitischen Aspekte in das Zentrum sozialer Nachhaltigkeit rücken. Unser soziales Nachhaltigkeitskonzept richtet sich am normativen sozialphilosophischen Konzept des „guten Lebens“ aus (im Sinne von nachhaltiger Lebensqualität; vgl. Noll 2000). Damit folgen wir dem Ansatz der Brundtlandkommission nach der Befriedigung der Wünsche nach einem besseren Leben. Die wichtigsten Grundlagen des „guten Lebens“ sind in unserem Verständnis die individuellen und gesellschaftlichen Leistungen eigener Arbeit in ihren verschiedensten Formen. Diese Konzentration hat mehrere Ausgangspunkte:

Der erste liegt in der den obigen Ausführungen folgenden Grundthese, dass die Bedürfnisbefriedigung der Menschen zentral über Arbeit verläuft und dass Arbeit weiterhin den zentralen Reproduktionsmechanismus unserer Gesellschaft darstellt. Das bezieht sich einmal auf Arbeit als sozialen Prozess möglichst sinnvoller und befriedigender Tätigkeit der Menschen, in dem direkt Ressourcen verbraucht und Produkte hergestellt werden; zum anderen auf die

Resultate gesellschaftlicher Arbeit, die die konsumtiven Grundbedürfnisse aller Menschen abdecken (wie Wohnen, Ernährung, Gesundheitspflege, Bildung etc.). In der Ausprägung von Arbeit ist das gesellschaftliche Naturverhältnis der jeweiligen Gesellschaftsformation eingeschrieben, d.h. in unserem Fall der hoch entwickelten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft.

Diese Zentralität von Arbeit, von Erwerbsarbeit, gilt auf der gesellschaftlichen Ebene, wo sie von der Ökonomie in Form von Beschäftigung, Einkommen, Arbeitszeiten und Produktivität eingebracht wird und von der Soziologie mit Konzepten von Modernisierung, Gerechtigkeit und Gleichheit, Integration und Ausgrenzung analysiert wird. Die Zentralität von Arbeit gilt auch auf der individuellen Ebene der alltäglichen Lebensführung. Die konkrete Form der Arbeitstätigkeit selbst prägt einen Großteil der aktiven Zeit der Menschen, ihrer Identität, ihrer sozialen Integration und sozialen Sicherheit. Die Arbeit steht im Zentrum eines kulturellen Ganzen, das Arbeitsform, Freizeit und Konsum miteinander verbindet. Damit liegt der zweite Ausgangspunkt in der von uns vertretenen Grundthese der Reintegration von Arbeit und Leben. Sie ist doppelt begründet: einmal über die Entgrenzungsprozesse der Erwerbsarbeit selbst (und ihrer nicht intendierten Folgen) und zum anderen über den umfassenden Anspruch des Nachhaltigkeitskonzepts, das auf den Beitrag aller Formen der Arbeit zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft verweist. Durch die Einbeziehung informeller Arbeiten als produktive und wertvolle gesellschaftliche Arbeit wird die Dualisierung der Arbeit konzeptionell aufgehoben und zur Umwelt und sozialen Welt in eine neue Beziehung gesetzt. Die Frage nach dem „Ende der Arbeitsgesellschaft“ bekommt damit eine ganz andere Bedeutung.

Dieses Verständnis geht weit über die direkten Synergien zwischen Arbeit und Umwelt hinaus, die von der Seite der ökologischen Nachhaltigkeit in den Vordergrund gerückt werden: Beschäftigung durch Umweltschutz (Mensch als Verursacher) und Gesundheitsschutz durch Umweltschutz (Mensch als Ressource). Unsere umfassendere Fragestellung scheint auch in dem folgenden Zitat von Biesecker/Winterfeld (1998: 43) durch: „Die entscheidende Frage ist somit nicht die nach dem Arbeitsplatzbeschaffungspotential des Umweltschutzes, sondern die danach, welche Arbeit die Regenerationsfähigkeit der Natur – einschließlich der menschlichen – ebenso unterstützt und stärkt wie die Regenerationsfähigkeit der Gesellschaft bzw. der sozialen Gemeinschaft.“ Dieses weite Verständnis hat unsere Herangehensweise an soziale Nachhaltigkeit geprägt und uns zur Entwicklung von Kriterien sozialer Nachhaltigkeit geführt, die ich im nächsten Kapitel vorstelle.

3.5 Soziale Kriterien: Selbstbestimmte Lebensführung durch eigene Arbeit

Die Konkretisierung des Leitbildes sozialer Nachhaltigkeit kann nicht allein aus dem Nachhaltigkeitskonzept und seinen oben erwähnten Grundnormen heraus erfolgen. Wir haben daher korrespondierende Leitbilder als weitere Quellen einbezogen. Solche Leitbilder sind:

Religionen (z.B. Erklärung zum Weltethos des Parlaments der Weltreligionen, vgl. Küng 1996);

allgemeine Menschenrechte (z.B. UNO 1948);

Wohstandsmodelle, Sozialstaat (Recht auf Arbeit, Bekämpfung der Armut, Schutz vor Risiken, Förderung der Chancengleichheit; vgl. Die Gruppe von Lissabon 1997: 67) und entsprechende Konzepte von Lebensqualität (Noll 2000);

Modelle der Zivilgesellschaft (gesellschaftliche Dialoge und dezentrale Netzwerke);

Entwürfe zur Zukunft der Arbeit (z.B. Arendt 1981; Gorz 1989).

Im Zuge des Wertewandels und der Individualisierung der Lebensführung sowie der Schwächung traditioneller Normen und Vertretungsinstitutionen ist im Diskurs um diese Leitbilder eine Verschiebung von Schutzrechten zu Gestaltungsrechten festzustellen. Diese Quellen bilden den normativen Ausgangspunkt. Da wir die sozialen Implikationen der Entwicklungsdynamiken und Gestaltungsmöglichkeiten von Arbeit in den Mittelpunkt sozialer Nachhaltigkeit gerückt haben, lag der empirische Ausgangspunkt für die Entwicklung der Kriterien sozialer Nachhaltigkeit in unserem in den Querschnittsanalysen entfalteten „erweiterten Arbeitsbegriff“, der auf vier Elementen aufbaut:

- der Ausdifferenzierung der Erwerbsarbeit,
- der Entgrenzung der Erwerbsarbeit in Richtung „informeller“ Arbeitsformen,
- den Wechselwirkungen zwischen Arbeit und Leben und
- den Wechselwirkungen zwischen Arbeit und Umwelt.

Soziale Nachhaltigkeitskriterien (DIW/WI/WZB 2000: 72f.)

Die wichtigste Grundlage und Teil einer selbstbestimmten Lebensführung ist eigene Arbeit in verschiedenen Formen, die mit verschiedenen Einkommensarten und Fähigkeiten verbunden ist – d.h. Erwerbsarbeit bzw. eine Kombination aus Erwerbsarbeit, Versorgungs-, Gemeinschafts- und Eigenarbeit bzw. eine gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit außerhalb der Erwerbsarbeit.

Selbstbestimmte Lebensführung erfordert die umweltgerechte Befriedigung materieller Grundbedürfnisse in den Bereichen Wohnen, Nahrung, Kleidung, Mobilität und Information sowie die Sicherung physischer und psychischer Gesundheit und die Möglichkeit lebenslanger Lernprozesse. Darüber hinaus bedeutet selbstbestimmte Lebensführung persönliche Entfaltung und aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Insoweit die eigenaktive Versorgung für eine selbstbestimmte Lebensführung nicht ausreichend ist, wird sie durch ein gesellschaftliches Sicherungssystem ergänzt (soziale Gerechtigkeit).

Aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Bürgergesellschaft) setzt die Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur und von Beteiligungsrechten durch einen aktiven und aktivierenden Staat und intermediäre Organisationen voraus; individuell und gleichermaßen für alle sozialen Gruppen und beide Geschlechter (Chancengleichheit). Aktive Teilhabe erfordert eine politische Kultur, in der Individualität und Solidarität zusammengehen, indem die Entwicklungsfähigkeit der Individuen und die Verantwortungsfähigkeit gegenüber der Gemeinschaft gefördert und gefordert werden.

Aktive Teilhabe ermöglicht soziale Innovationen für nachhaltige Lebensqualität in Arbeit und Leben. Sie beinhaltet Möglichkeiten zur Gestaltung aller Formen der Arbeit, ihrer Kombination und ihrer Übergänge mit dem Ziel des Wohlbefindens in der Arbeit, der Selbstverwirklichung, der sozialen Sicherheit und der individuellen Optionalität, des sozialen Zusammenhalts und der gesellschaftlichen Substanzerhaltung.

Lernprozesse in Richtung einer nachhaltigen Gesellschaft erfordern die demokratische Förderung der sozialen Akzeptanz und der sozialen Verträglichkeit von Nachhaltigkeitsstrategien, auch wenn letztere materielle Einschränkungen durch die Begrenzung und Umverteilung der Nutzung gesellschaftlicher und natürlicher Ressourcen im Interesse internationaler und intergenerationeller Gerechtigkeit erfordern.

Neben diesen sozialen Kriterien wurden im Projektverbund von den beiden anderen beteiligten Instituten ökonomische und ökologische Nachhaltigkeitskriterien ebenfalls aus der jeweiligen Fachperspektive heraus entwickelt. Unabhängig von einem einheitlichen inhaltlichen Verständnis darüber, welche Eigenschaften eines wie auch immer abgegrenzten Systems langfristig erhalten werden sollen, kann damit die Gleichwertigkeit der Ziele konkretisiert werden. Dazu müssen die aus unterschiedlichen Fachperspektiven formulierten Nachhaltigkeitskriterien weder überschneidungsfrei noch notwendigerweise konsistent miteinander sein. Um Synergien und Konflikte zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitszielen zu identifizieren, stellt dies keinen Mangel dar. Vielmehr spiegeln sich im Verhältnis der Nachhaltigkeitskriterien bestehende gesellschaftliche Spannungsverhältnisse in Bezug auf Nachhaltigkeit wider, wodurch sie Ansatzpunkte für eine Einbindung von Erkenntnissen der verschiedenen Wissensbereiche in die jeweils anderen bieten.

Mit den Nachhaltigkeitskriterien in den drei Säulen werden die eingangs genannten abstrakten Normen der Nachhaltigkeit konkretisiert. Dieser Konkretisierungsschritt stellt somit ein eigenständiges Ergebnis im Diskurs um die Präzisierung einer nachhaltigen Entwicklung dar. Projektintern dienten die Kriterien als Grundlage für die Integrationsschritte, z.B. bei der Bewertung der aus Szenarien und Querschnittsanalysen hervorgegangenen disziplinären Strategievorschläge.

3.6 Handlungsfelder einer sozial-ökologischen Reformstrategie

Wir haben, anknüpfend an diese Kriterien sozialer Nachhaltigkeit und unter Bezugnahme auf die Ergebnisse der arbeitspolitischen Querschnittsanalysen, Strategievorschläge zur Gestaltung nachhaltiger Arbeit ausgearbeitet. Zugleich wurden von den die beiden anderen Säulen vertretenden Instituten ebenso disziplinär abgeleitete ökologische und ökonomische Strategievorschläge entwickelt. Daran anschließend haben wir diese bewusst einseitigen Strategievorschläge abgeglichen und daraus fünf eng verknüpfte Handlungsfelder gebildet (siehe Schaubild 2). Diese stellen übereinstimmend zentrale Felder einer sozial-ökologischen Reformstrategie dar. Durch die gegenseitige Bewertung wurden gemeinsame Strategieelemente in diesen fünf Handlungsfeldern identifiziert und Differenzen präzisiert. Das resultierende Set von Strategien stellt einen Politikvorschlag dar, dem begründet eine Übereinstimmung mit ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitskriterien zugesprochen werden kann („Korridor“). Dieser Strategievorschlag stellt erstmals arbeitspolitische Fragen in den Mittelpunkt der Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung. Das Verbundprojekt zeigt damit den bisher vernachlässigten Stellenwert der Gestaltung von Arbeit und Sozialem im Nachhaltigkeitsdreieck auf.

Schaubild 2:



Quelle: DIW/WI/WZB 2000: 562

Exemplarisch werden im Folgenden die ökologisch, ökonomisch und sozial positiv bewerteten Strategievorschläge der Handlungsfelder „Soziale Gestaltung des Strukturwandels“ und „Arbeitszeiten“ vorgestellt.²¹

Die übereinstimmend positiv bewerteten Strategievorschläge im Handlungsfeld „Soziale Gestaltung des Strukturwandels“ lauten:

- Ausbau der Qualifizierung der Beschäftigten:
- Verbesserung von Schlüsselqualifikationen,
- Ausbildung fachlicher und sozialer Kompetenzen;
- verbesserte Bereitstellung von Übergangshilfen für die vom Strukturwandel negativ betroffenen Beschäftigten (Qualifizierung; Existenzgründungen; Mobilitätshilfen etc.);
- eine erweiterte Absicherung gesellschaftlich anerkannter Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit (Erziehung, Pflege, freiwilliges Engagement);
- Verbesserung geschlechtsspezifischer Zugangschancen zu Erwerbsarbeit und ebenso zu Versorgungstätigkeiten;
- Stabilisierung des sozialen Sicherungssystems:
 - gegenüber demographischen Veränderungen (flexibler Ruhestand) und
 - gegenüber möglichen Veränderungen der Arbeitswelt (Ausweitung der Versicherungspflicht auf alle Beschäftigten einschließlich der Selbständigen).

Im Handlungsfeld „Arbeitszeiten“ liegt der gemeinsame Kern darin, dass eine weitere Verringerung der durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeit in flexiblen Formen für möglich und sinnvoll erachtet wird. Eine solche Strategie ist mehrfach positiv:

- Arbeitszeitverringerung leistet einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit.
- Sie eröffnet zeitliche Freiräume für Qualifizierung, wovon eine Verbesserung der Beschäftigungschancen ausgeht.
- Sie erweitert als Voraussetzung für den Wandel der Lebens- und Konsumstile die Wahlmöglichkeiten zwischen Einkommen und Freizeit.
- Eine mit dieser Verringerung der Erwerbsarbeitszeit einhergehende weitere Ausdifferenzierung von Arbeitszeitmustern eröffnet Spielräume für bedürfnisorientierte Erwerbsarbeitszeiten und für flexible betriebliche Arbeitszeitkonzepte. Sie ermöglicht daher eine Verbindung ökonomischer und sozialer Ziele.

²¹ Zu den anderen Handlungsfeldern und für weitere Details sei auf HBS (2000) verwiesen.

Zu betonen ist, dass die vorgestellten Kriterien sozialer Nachhaltigkeit, aber auch die eben skizzierten Handlungsfelder eine erste Annäherung an eine Gestaltung von Arbeit im Sinne nachhaltiger Entwicklung darstellen. Viele Fragen mussten offen bleiben, z.B. bezüglich der Umsetzung einzelner Elemente. Auch wurden Strategievorschläge gemacht, über die kein Einvernehmen erzielt werden konnte. Diese sind aber nicht gänzlich zu verwerfen. Allein schon deshalb nicht, weil eine vollständige wissenschaftliche Integration von Kriterien und Vorschlägen aufgrund der Ausdifferenzierung der Disziplinen nicht herzustellen war. Die unterschiedlich eingeschätzten und bewerteten Strategieelemente öffnen jedoch einem politischen Abwägungs- und Aushandlungsprozess den Raum für Kompromisse und Konsens. Dieser Klärungsprozess kann offene Fragen wiederum an die Wissenschaft rücküberweisen.

Die bundesdeutschen Gewerkschaften haben die Projektergebnisse aufgegriffen. Sie sehen darin eine wissenschaftliche Grundlage für ihren Beitrag für eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Allerdings müssen wir feststellen, dass sich unser Ansatz und unsere Ergebnisse bisher höchstens rudimentär in der Arbeit des Rates für Nachhaltige Entwicklung widerspiegeln, in dem auch die Gewerkschaften vertreten sind.

3.7 Der Rat für Nachhaltige Entwicklung und die nationale Nachhaltigkeitsstrategie

Die Bundesregierung hat beschlossen, in Vorbereitung der Rio-Nachfolgekonferenz 2002 in Johannesburg eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten. In der Verknüpfung und Integration von umwelt-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Zielen bzw. der Integration dieser Politikbereiche sieht die Bundesregierung eine wesentliche Bedingung erfolgreicher zukunfts zugewandter Politik (Bundesregierung 2000).

Die Bundesregierung hat zwei organisatorische Voraussetzungen für die Erarbeitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie geschaffen. Zum einen wurde ein Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung eingerichtet – das so genannte „Green Cabinet“ –, zum anderen wurde im Frühjahr 2001 der Rat für Nachhaltige Entwicklung berufen. Mit der Einsetzung des Rates ist die Bundesregierung einem Vorschlag der letzten Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ von 1998 gefolgt. Der Nachhaltigkeitsrat setzt sich aus Vertretern von Wirtschaft, Kommunen, Verbrauchern, Gewerkschaften, Kirchen, Wissenschaft und Umweltverbänden zusammen. Die Bundesregierung legt großen Wert darauf, dass der Rat kein zweiter Umweltsachverständigenrat wird, sondern dass er alle drei Dimensionen einbezieht.

Der Rat hat die Aufgabe, den vordringlichen Handlungsbedarf in drei vom Green Cabinet beschlossenen Feldern zu benennen und Lösungsvorschläge zu entwickeln. Darüber hinaus wird ihm insbesondere für den gesellschaftlichen Dialog um Nachhaltigkeit eine besondere Bedeutung beigemessen (Schröder 2001). Zudem ist er angehalten, eigene Ideen für die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung zu erarbeiten.

Ende September begann der Nachhaltigkeitsrat mit dem gesellschaftlichen Dialog und stellte die Zwischenergebnisse seiner ersten Arbeitsphase vor. Bisher hat sich der Rat mit den vom

Green Cabinet beschlossenen Handlungsfeldern und Pilotprojekten auseinandergesetzt. Die Erfahrungen mit diesen Pilotprojekten sollen in die Nachhaltigkeitsstrategie einfließen. Die Stichwörter der Pilotprojekte lauten: Offshore-Windparks, virtuelle Kraftwerke (Vernetzung der Brennstoffzelle), multifunktionale Landwirtschaft und regionaler Bahnverkehr. Mit diesen Projekten sollen erste Erfahrungen gesammelt werden. Mit ihnen soll in den Handlungsfeldern „Klimaschutz und Energiepolitik“, „Umweltverträgliche Mobilität“ sowie „Umwelt, Ernährung und Gesundheit“ eine nachhaltige Entwicklung begrifflich rasch anschaulich und verdeutlicht werden (Bundesregierung 2001). Zu diesen drei Themenfeldern will der Rat die Themenfelder „Bekämpfung der Armut“ (internationale Dimension) und „Zersiedlung des Raumes“ hinzunehmen. In der öffentlichen Veranstaltung Ende September 2001 wurden als nächste Schritte des Rates angekündigt, quantifizierbare Ziele in den fünf Feldern zu erstellen, eine Projektplattform in Internet mit Best-practice-Beispielen einzurichten und weitere Pilotprojekte vorzuschlagen (Hauff 2001).

Im Rahmen dieser Tagung referierte Staatsminister Bury (2001), der dem Green Cabinet vorsteht, den Weg zu einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung bis Johannesburg 2002. Ihm zufolge versteht die Bundesregierung unter Nachhaltigkeit nicht nur Umweltschutz, sondern auch die Wahrung sozialen Zusammenhalts unter den Bedingungen eines beschleunigten Strukturwandels, der sozial und ökologisch gestaltet werden soll. Das Green Cabinet geht nicht mehr vom Drei-Säulen-Modell aus, weil dieses altes sektorales Denken widerspiegeln würde. Hingegen werden vier inhaltliche Kriterien zu Grunde gelegt, in denen sich nach Bury bereits erste Erfolge der Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung zeigen. Diese Kriterien lauten:

Generationengerechtigkeit: Diese soll durch die laufende Haushaltssanierung, durch die Rentenreform und durch mehr Ressourcenschutz erreicht werden.

Lebensqualität: Hierzu ist eine ausreichende Zahl an Arbeitsplätzen notwendig, ferner neue umweltschonende Produkte, gesunde Ernährung und eine umweltschonende Landwirtschaft ebenso wie eine intakte natürliche Umwelt.

Sozialer Zusammenhalt: Teilhabe und Solidarität sollen gefördert werden, es soll durch den Strukturwandel zu keiner Spaltung in Verlierer und Gewinner kommen.

Internationale Verantwortung: Insbesondere seien Armut und Ausgrenzung zu bekämpfen, hierzu sind die klassische Entwicklungspolitik und ihre Ziele (z.B. das 0,7%-BSP-Ziel) zu überdenken.

Der Weg zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die die Bundesregierung im Frühjahr 2002 beschließen will, wird von drei parallelen Schritten gekennzeichnet:

Zur Zeit wird das Leitbild erarbeitet. Die dafür vom unabhängigen Nachhaltigkeitsrat erarbeiteten Vorschläge fließen dem Green Cabinet zu. Das Green Cabinet wird diese Vorschläge bei seinen eigenen Überlegungen berücksichtigen und für die Bundesregierung eine Beschlussvorlage unterbreiten.

Zum zweiten geht es darum, Schwerpunkte zu bestimmen. Die ersten drei wurden wie erwähnt bereits vom Green Cabinet benannt (Klimaschutz und Energie, Mobilität, multifunktio-

nale Landwirtschaft und Ernährung). Der Nachhaltigkeitsrat will zwei weitere hinzufügen (internationale Dimension und Zersiedlungsproblematik).

Parallel zu diesen beiden Linien wurde begonnen, die ebenfalls schon erwähnten Pilotprojekte in Angriff zu nehmen.

Laut Bury soll nach dem Strategieentwurf auch ein Umsetzungskonzept entwickelt werden. Insbesondere sollen Einzelschritte und -ziele zugespitzt und ggf. quantifiziert werden, damit Erfolge messbar und kommunizierbar werden.

Was wir von der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie bezüglich sozialer und arbeitspolitischer Gesichtspunkte erwarten können, ist soweit abzusehen eher kritisch einzuschätzen. Die ausgewählten Modellprojekte und Themenfelder folgen deutlich umweltpolitischen Problemstellungen. Zudem lassen sie eine Vorliebe für technische Lösungen erkennen. Auch wenn die Arbeitsplatzdimension darin eine gewisse Rolle spielen soll, entspricht dies nicht dem dreidimensionalen, integrativen Ansatz der Nachhaltigkeit. Darüber hinaus reflektieren die Pilotprojekte und die der Nachhaltigkeitspolitik zugerechneten Felder wie das der Rentenreform unzureichend die sich abzeichnenden qualitativen Veränderungen am Arbeitsmarkt. Die Umsetzung von Nachhaltigkeitsmerkmalen wie das der Geschlechtergerechtigkeit ist ebenfalls kaum zu erkennen. Dennoch bieten die von Staatsminister Bury beschriebenen vier Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung ein breites Einfallstor für soziale und arbeitspolitische Fragen. Hier lässt sich eine deutliche Öffnung des bisher weitgehend ökologisch dominierten Nachhaltigkeitsdiskurses für soziale und arbeitspolitische Fragen erkennen, allerdings ohne dass die Themenfelder und ihre sozialen, ökonomischen und ökologischen Implikationen integrativ behandelt würden. Zudem ist der Zielkatalog des Green Cabinets zu konkretisieren. Es liegt nun neben den Beiträgen aus dem öffentlichen Diskurs insbesondere an den Gewerkschaften und den anderen sozialen Akteuren im Nachhaltigkeitsrat, den über Fragen der Arbeitsplätze und der Finanzierbarkeit sozialer Sicherungssysteme hinausgehenden qualitativen sozialen und arbeitspolitischen Zukunftsfragen mehr Gewicht in der nationalen Strategieentwicklung zu verschaffen.

Weitere Informationen zum Thema unter:

<http://www.wz-berlin.de/aoe/>

<http://www.a-und-oe.de>

<http://www.nachhaltigkeitsrat.de>

<http://www.dialog-nachhaltigkeit.de>

3.8 Literatur

- Altwater, E. (1996): Der ‚Traum vom Umweltraum. Zur Studie des Wuppertal Instituts über ein „zukunftsfähiges Deutschland“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 01/1996, S. 82-91
- Arendt, H. (1981): Vita activa. Oder vom tätigen Leben. München [1960, 2. Auflage]
- Barufke, G. (2001): Neue Armut und ökologische Verhaltensmöglichkeiten. WZB-discussion paper P 01-503. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- Berliner Enquete-Kommission „Zukunftsfähiges Berlin“ des Abgeordnetenhauses von Berlin (1999): Zukunftsfähiges Berlin. Berlin
- Biesecker, A.; Winterfeld, U. v. (1998): Vergessene Arbeitswirklichkeiten. In: Bierter, W.; Winterfeld, U. v. (Hg.): Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit? Berlin, Basel, Boston, S. 32-51
- Birnbacher, D.; Schicha, C. (1996): Vorsorge statt Nachhaltigkeit – Ethische Grundlagen der Zukunftsverantwortung. In: H.G. Kastenholz/K.-H. Wolff (Hg.), Nachhaltige Entwicklung. Berlin u. a. S. 141-156
- Blazejczak, J.; Krähmer, D. (1997): Mit Markt zur Nachhaltigkeit? Möglichkeiten und Grenzen einer Bestimmung von Nachhaltigkeitszielen durch marktwirtschaftliche Mechanismen. In: Mez, L.; Weidner, H. (Hg.), Umweltpolitik und Staatsversagen – Perspektiven und Grenzen einer Umweltpolitikanalyse. Festschrift für Martin Jänicke. Berlin. S. 223-230
- BMU (o.J.) (Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Agenda 21 – Dokumente. In der Reihe Umweltpolitik. Bonn
- Brand, K.-W. (2000): Nachhaltigkeitsforschung – Besonderheiten, Probleme und Erfordernisse eines neuen Forschungstypus. In ders. (Hg.): Nachhaltige Entwicklung und Transdisziplinarität. Berlin. S. 9-28
- BUND; Misereor (Hg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung. Eine Studie des Wuppertal Instituts. Basel u. a.
- Bundesregierung (2000): Bundeskabinett beschließt Strategie für Nachhaltige Entwicklung. abzurufen unter: http://www.bundesregierung.de/dokumente/Artikel/ix_14797_1640.htm
- Bundesregierung (2001): Nachhaltige Entwicklung: Bundesregierung beschließt Pilotprojekte. Pressemitteilung Nr. 270/01 des Bundespresseamts. abzurufen unter: http://www.bundesregierung.de/dokumente/Pressemitteilungen/ix_46096_6261.htm
- Bury, H. M. (2001): Die politischen Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und der Weg bis Johannesburg 2002. Vortrag im Rahmen der Konferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung „Nachhaltige Entwicklung: Vom Schlagwort zur politischen Strategie“. 28.09.2001. Katholische Akademie Berlin
- Cruse, H. (1981): Biologische Kybernetik. Einführung in die lineare und nichtlineare Systemtheorie. Weinheim
- Daly, H.E. (1991): Steady State Economics. Washington, DC [2. Auflage]
- Daly, H.E. (1996): Beyond Growth. The Economics of Sustainable Development. Boston
- Deutscher Bundestag (Hg.) (1997): Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“. Zwischenbericht – Konzept Nachhaltigkeit. Fundamente für die Gesellschaft von morgen. Zur Sache 1/97. Bonn
- Deutscher Bundestag (Hg.) (1998): Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Endbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestages. Drucksache 13/11200. Bonn

- Die Gruppe von Lissabon (1997): Grenzen des Wettbewerbs – Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit. München
- DIW; WI; WZB (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) (2000): Verbundprojekt Arbeit und Ökologie. Projektabschlussbericht. Hg. v.d. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf
- Enquete-Kommission (1994): Die Industriegesellschaft gestalten. Bericht der Enquete-Kommission des 12. Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt. Bonn
- FES (Friedrich-Ebert-Stiftung) (1998): Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg. Endbericht der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn
- Gerken, L.; Renner, A. (1996): Nachhaltigkeit durch Wettbewerb. Walter-Eucken-Institut. Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 32. Tübingen
- Goetz, A. (1989): Kritik der ökonomischen Vernunft. Berlin
- Hauff, V. (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Darmstadt
- Hauff, V. (2001): Nachhaltige Entwicklung – Herausforderung für die Politik. Vortrag im Rahmen der Konferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung „Nachhaltige Entwicklung: Vom Schlagwort zur politischen Strategie“. 28.09.2001. Katholische Akademie Berlin
- HBS (Hans-Böckler-Stiftung) (Hg.) (2000): Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie. Düsseldorf
- Heins, B. (1998): Soziale Nachhaltigkeit. Berlin
- Hinterberger, F. (1998): Leitplanken, Präferenzen und Wettbewerb – Grundlagen einer ökonomischen Theorie ökologischer Politik. In: A. Renner; F. Hinterberger (Hg.): Zukunftsfähigkeit und Neoliberalismus. Baden-Baden. S. 73-92
- Homann, K. (1996): Sustainability: Politikvorgabe oder regulative Idee? In L. Gerken (Hg.): Ordnungspolitische Grundfragen einer Politik der Nachhaltigkeit. Baden-Baden. S. 33-47
- Huber, J. (1995): Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik. Berlin
- IFOK (Hg.) (1997) – Institut für Organisationskommunikation: Bausteine für ein zukunftsfähiges Deutschland. Diskursprojekt im Auftrag von VCI und IG Chemie-Papier-Keramik. Wiesbaden
- Jörissen, J.; Kneer, G.; Rink, D. (2000): Synopse zur Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit in konzeptionellen Studien und nationalen Plänen. UFZ-Diskussionspapiere, Abt. für Ökonomische und Soziologische Umweltforschung, Nr. 3/2000. Halle
- Klemmer, P. (1998): Mit mehr Markt zur Nachhaltigkeit. In: Ökologisches Wirtschaften, H. 6/98, S. 16-17
- Klemmer, P.; Becker-Soest, D.; Wink, R. (1998): Leitstrahlen, Leitbilder und Leitplanken – die drei großen „L“ der Nachhaltigkeitspolitik. In: A. Renner; F. Hinterberger (Hg.): Zukunftsfähigkeit und Neoliberalismus. Baden-Baden. S. 45-71
- Knaus, A.; Renn, O. (1998): Den Gipfel vor Augen. Unterwegs in eine nachhaltige Zukunft. Marburg
- Kopfmüller, J. (1994): Das Leitbild einer global zukunftsfähigen Entwicklung. Arbeitsbereich Nr. 10/1994 des Kernforschungszentrums Karlsruhe
- Krause, P.; Wagner, G. (1998): Einkommensverteilung. In: Wege zur Nachhaltigkeit – Ökonomische Problemlagen und Optionen. Zwischenbericht des DIW zum Forschungsprojekt „Arbeit und Ökologie“ der Hans-Böckler-Stiftung im Projektverbund mit dem WI und dem WZB. Berlin
- Küng, H. (1996): Das eine Ethos in der einen Welt – Ethische Begründung einer nachhaltigen Entwicklung. In: H.G. Kastenholz; K.-H. Wolff (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Berlin. S. 235-253

- Luhmann, N. (1988): Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a. M.
- MEW (1962): Marx, K.; Engels, F. Werke. 42. Bd. Berlin
- MEW (1972): Marx, K.; Engels, F. Werke. 23. Bd. Berlin
- Noll, H.-H. (2000): Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte. WZB discussion paper P 00-505. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- Odum, E.P. (1973): Fundamentals of Ecology. Boston [3. Auflage]
- OECD (1999): Conference Materials. Towards Sustainable Development Indicators to Measure Progress. Rome, Dec. 15th-17th
- Pearce, D.; Turner, K. (1991): Economics of Natural Resources and the Environment. Baltimore
- Rennings, K.; Hohmeyer, O. (1997): Zur Verbindung von Indikatoren starker und schwacher Nachhaltigkeit: Das Beispiel Klimaänderung. In: K. Rennings; O. Hohmeyer (Hg.): Nachhaltigkeit. ZEW-Wirtschaftsanalysen. Bd. 8. Baden-Baden. S. 39-70
- Sachs, W. (1994): Nachhaltige Entwicklung. Zur politischen Anatomie eines Schlagwortes. In: Entwicklungspolitik – Internationale Arbeitsteilung. Heft 32. Hg. vom DGB-Bildungswerk e.V. Düsseldorf
- Schröder, G. (2001): Rede von Bundeskanzler Schröder anlässlich der konstituierenden Sitzung des Rates für Nachhaltige Entwicklung am 04.04.2001. abzurufen unter: http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/ix_35589_6080.htm
- Spangenberg, J.H.; Pfahl, S.; Deller, K. (2000): Indicators for Institutional Sustainability – Lessons from an Analysis of Agenda 21. In: I.G. Malkina-Pykh et al. (Hg.): Indices and Indicators of Sustainable Development. Proceedings of the INDEX 99 Conference, July 11th-16th. St. Petersburg. Oxford
- SRU (1994): Rat von Sachverständigen für Umweltfragen. Umweltgutachten 1994. Für eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung. Stuttgart
- UN (1983): Resolutions of the 38th General Assembly. No. 38/141. welcomed the establishment of the Commission, made a number of suggestions for its work and provided for the final report to be submitted to the 1987 42nd General Assembly. United Nations. New York
- UN (1995): Report of the Secretary-General. Commission on Sustainable Development. 3rd session 1995. Item 3(b) of the provisional agenda. Chapter 40: Information for Decision Making and Earthwatch. E/CN.17/1995. Work Program on Indicators of Sustainable Development. UN/E/CN.17/1995/18. United Nations. New York
- UNO (1948): Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. New York
- Vorholz, F. (1994): Die Last der Hedonisten. In: Die Zeit. 22.07.1994. S. 15f.
- Weidner, H. (1999): Der Diskurs zur Zukunft der Arbeit in Deutschland. unveröffentlichtes Manuskript. Berlin
- Willke, H. (1989): Systemtheorie entwickelter Gesellschaften. Weinheim

4. Linking the social and the environmental – some reflection on Dutch experiences

Kees Le Blansch¹

QA+, Den Haag

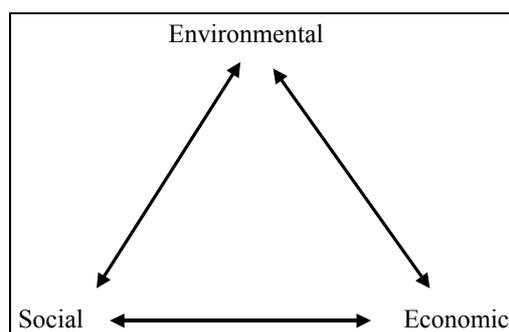
4.1 Abstract

In this article the author examines some Dutch experiences with linking social and environmental interests. Several experiences have come about within the framework of sustainability approaches. A brief look at them already shows the complexity of processes that try to establish such links, and the apparent need for clear concepts and senses of direction. Next, three Dutch policy initiatives are examined where social and environmental targets were aimed for simultaneously: urban renewal, chemical substances policy and 'citizen and environment'. In all three cases it is shown that (1) the origin of these initiatives lies in practical problems of policymaking; (2) new concepts are crucial to achieve a new sense of direction; and (3) new ways of sharing responsibilities are required between the state, the market and civil society.

4.2 Introduction

In this article I will discuss some Dutch experiences with linking the social and the environmental. This is a relevant discussion from several angles. Firstly, with the introduction of the sustainability concept, it became broadly accepted that environmental and social issues – together with economic issues - are connected, often present two (or three) sides of the same coin, and need to be reconciled one way or the other (see figure 1).

¹ Dr. Kees Le Blansch ist ein Direktor der QA+ (Questions Answers and More) Forschungs- und Beratungsgruppe in Den Haag, und Innovationsforscher. Arbeitsschwerpunkte: Umwelt-, Industrie-, Technik-, und Sozialinnovationen, umwelt- industrielle Beziehungen.

Figure 1: the three pillars of sustainability and their links

Secondly, it proves that the link between the social and the environmental is so far the most new, and perhaps also the most problematic of the three to optimise. The oldest link of the three is of course the one between the social and the economic pillar – often referred to as ‘the social issue’. Much of the political history of the last centuries has revolved around this issue. Also the reconciliation of economic and environmental interests has been attempted for a couple of decennia yet. Particularly from the 70’s onwards most countries in the world have established environmental policies that were largely aiming for this goal. The link between the social and the environmental however, has largely remained undeveloped area.

Thirdly, it appears that a serious part of the newer societal problems exactly concern this link. Many of the issues related to global warming, to migration, settlement patterns and spatial planning, to global health risks and to biodiversity touch simultaneously on social and environmental issues, both where the problems themselves and where the measures to solve these problems are concerned (the latter influencing e.g. consumption patterns).

I will discuss some Dutch experiences with these links from a rather particular viewpoint, mainly based on my own experiences with consulting Dutch Ministries and carrying out research projects for them. I certainly do not pretend to present the full picture of Dutch experiences, nor is it fully authorised through thorough research. Here and there my description may even become somewhat impressionistic, where I want to give some extra detail in order to make the point that I want to make as clearly as possible. This point comes basically down to it that, in order to optimise the link between the social and the environmental, new concepts will be needed, as well as new ways of sharing responsibilities.

I should say that the particularity of this account also leads to a rather ‘national’ focus on the topic, whereas I would agree with anyone who would say that the link between the social and the environmental is most of all relevant on an international level (the poorer countries), or on a European level, or in any case in an other country than mine. I am afraid, however, that my expertise does not lie in that field. And I still hope that in Dutch experiences some lessons are found that are also worthwhile for a non-Dutch audience.

I will start with a small ‘tour de horizon’ along Dutch approaches to – in so many words – ‘social aspects of sustainability’. Although I do believe that the experiences in these areas are already indicative, I will turn most of my attention to three specific areas where the reconciliation of the link between the social and the environmental is aimed for: urban renewal,

chemicals and ‘citizen and the environment’. I will finalise my contribution with a short résumé of the lessons that can be drawn from these experiences.

4.3 Social aspects of sustainability – Dutch approaches

4.3.1 Linking where? Separate policies and/or integrated sustainability approaches ...

In the Netherlands, attempts to link the social and the environmental have been made from different policy angles, like in agricultural policy (example: biological farming is promoted a.o. in order to soften the farmers’ hardship) or development aid policy (example: to combat desertification as a combined environmental and social disaster).

By far the most attempts have been made, however, from the environmental side (even desertification is addressed first of all by the Ministry for Environment). Next to a number of more earthly and pragmatic reasons (which I will deal with below), an important factor behind this is the latent conception of environment as a facet interest, intersecting all other societal interests (instead of a sectoral or a subsystem interest).

Also, the concept of ‘sustainability’ is first and foremost approached in the Netherlands from the environmental point of view. Only in a limited number of other policy fields the term ‘sustainability’ is used at all. Again, farming and development aid can serve as non-environmental examples. There should be no mistake, however, about the meaning of Dutch references to ‘sustainable energy’, ‘sustainable technology’ or ‘sustainable building’. This mainly denotes clean energy, technology or building – in environmental terms.

As compared to other countries, the Netherlands was late to address the concept of sustainability – also where the environmental policy field is concerned. For a long time the Dutch interest in sustainability was limited to a part of the environmental movement, academic debate and some forerunner municipalities. Only in the year 2000 a project on national level was started to develop a ‘National Strategy on Sustainable Development’ (NSDO), as the Dutch contribution to the 2002 Johannesburg CSD convention. Some years before that, the Ministry for the Environment (and the only one of Dutch Ministries that I know of that embarked upon a project like that) had started a – mainly conceptual – exploration of the social aspects of sustainability.

Apart from the purpose of demonstrating the somewhat marginal place of ‘sustainability’ in Dutch political and policy debate (let alone the place of ‘the social side of sustainability’), I have also introduced these policy initiatives in order to briefly assess some results and experiences. And that is what I will start with below.

4.3.2 Local Agenda 21

As hinted at above, some municipalities were among the forerunners that tried to practically deal with LA 21. These municipalities were gently stimulated by Dutch government to adopt a Local Agenda 21, as it was designated one of the 'development options' local administration was to work on in order to receive its working budget. I was involved in one of the projects that were set up to evaluate the progress of these municipalities. I will not go into the detail of the project or its findings, but will mainly hint at some of the conclusions that are relevant to the point that I am trying to make here.

Firstly, although the impulse for LA 21 had been given from the environmental side (both from national and municipal level), on the practical content level of the activities that were developed a strong bias was noted towards livelihood issues. Also, it showed that in almost all municipalities a distinction existed between the serious policy issues and the 'life world' LA 21 issues (often looked at as 'the small and highly visible things that make daily life nice'). This distinction sometimes even developed into a competition. Thirdly, the concepts of LA 21 and of 'sustainability' often proved to be way too intricate, as well as way too unappealing to stimulate serious participation.

4.3.3 The NSDO

The project team that was commissioned to develop a 'National Strategy on Sustainable Development' (NSDO), chose to define 'sustainability' not just as consisting of the three pillars that I depicted in Figure 1, but also resting on cultural and ethnical diversity as well as on proper administration. As part of this project, and in praise of the bottom-up approach to sustainability (and probably also perforce), an inventory was made of Dutch initiatives that specifically and practically address some or many of these issues. Again, I will only cite selectively from the results of the analysis that was made on the basis of this inventory.

Firstly, it is found that the concept of sustainability is either felt to be unclear or is completely ignored by the people involved in the 'sustainable' initiatives. Mostly they appear to be 'simply' thinking out of solutions to concrete problems, or they use 'sustainable' as a buzzword. As could already be expected from this, it also shows that in many initiatives personal interests precede and generate a broader involvement. The connection to personally experienced practical problems and solutions is therefore crucial for successful initiatives. Thirdly, it is found that the initiatives are typically local in character. The ideas and concepts may be applied on a wider scale, but the personal involvement and the scale on which the people who are involved think, do not allow for a simple up scaling. Fourthly, it is found that the largest number of initiatives originate from the grassroots of civil society. Organisations, a/o. interest representatives, clearly operate reactive, whereas the number of initiatives of market parties is very limited.

4.3.4 Indicators of the social dimension

To end this small first tour I will now turn to the conceptual work that has been carried out at the Ministry of the Environment with respect to the social dimension of sustainability. The basic job that was carried out, concerned the development of a set of indicators for the social dimension of sustainability. In doing so, it was the intention to get a step further than placing social next to environmental indicators, but to look at interaction effects between the two as well. One of the outcomes of the project, however, was that these interaction effects of the social and the environmental are so ambiguous, that the resulting indicators more or less lack an unequivocal normative direction. For instance: level of education is highly environmentally relevant, but in two directions: it strengthens the sensitivity for environmental issues, and it increases a personal economic development potential, resulting in higher consumption and a consequential higher environmental impact of daily activities.

4.3.5 First conclusions

What the general description and the previous examples show, is the high level of fragmentation of 'sustainable' initiatives vis-à-vis the lack of unifying potential of the sustainability and the LA 21 concepts. Many of these initiatives aim to connect the social and the environmental, as well as the local and the global – and many of them fail to do so in the end. There is a lack of connection to larger scale activities for a serious connection between personal and societal motives to further develop. And there is a lack of integrating concepts that are both concrete and broad enough to mobilise and to mould into a bigger whole. Moreover, the conceptual work that was carried out shows the complexity of the development of such concepts.

On the other hand there appear to be several initiatives from the environmental side to promote a linkage of the social and the environmental. So far, conceptual and policy initiatives of a generic nature are failing (like LA 21, that is de-linked from the environment at local level). We will now turn to some concrete examples of more specific environmental policy initiatives where a linkage between the environmental and the social is aimed for. We will look at the background, the nature and the effects of these policies, and to the reasons for the results that are or are not achieved.

4.4 Policy case 1: urban renewal

The first example I want to discuss is the integrated approach that has been developed in the Netherlands in the last decennia towards the organisation and content of urban renewal (concerning the physical surroundings of city life). Urban renewal as such has always been a responsibility of local administration in the Netherlands. However, many aspects that determine 'local quality' have been regulated from a central level. This holds first and foremost for several measures to environmental problems like noise or soil pollution, but also for some

other policy fields like nature protection, stimulation of local economic activities, building norms or agricultural measures. It was found, however, that this parochial approach led to sub-optimal solutions and formed a barrier to achieving local 'quality'.

Several experiments were carried out, like the development of a 'territorial approach' ('gebiedsgerichte benadering'), the 'city and environment'-experiment (where an integrated consideration of sound reduction and other measures was attempted for (and allowing to exceed sound norms in special occasions) and 'MIG' (aiming for a complete decentralisation of sound policies). Besides, a new practice had grown, known as the 'Big Cities Policy' (Grote Steden Beleid). Building on the principles and experiences of all this, an overall new approach towards urban renewal was developed, the Investment Budget Urban Renewal (Investeringsbudget Stedelijke Vernieuwing; ISV).

Three keywords describe what ISV aims for:

Tailor-made solutions; which measures constitute a quality improvement depends on local conditions and preferences;

Integrated approaches; overall consideration must be taken of what problems need to be addressed and what opportunities should be seized

Interaction; local communities decide together on what they feel is an improvement of local quality.

In order to make such an approach towards urban renewal possible, all sectoral policies' budgets are lifted and put together in one large budget. And instead of putting the use of this budget to strict criteria, a list of 'achievement fields' is formulated (see the text box on this page). This list is meant to function as a list of points to consider. Local authorities are to account for the way they operate in these 'achievement fields' in their development plans; they are not told what to do here.

Text box 1: ISV achievement fields

Future oriented

Horizontal integration (policy fields)

Vertical integration (scale levels)

Opportunities and development potentials

Private investments

Priorities, phasing and territorial approach

Physical condition for economic strengthening

Supply of varied living environments

Quality of livelihood

Sustainability

Careful use of space

Reinforcement of stakeholders' involvement with daily living environment

The ISV started around 1998, in which the plans made by the big cities were brought into the ISV scheme, and in which the medium-sized cities were asked to develop their own development plans in order to get their urban renewal budgets approved.

Soon after the start, it started to look like the (somewhat parochial) fears and worries of environmental policy makers became true. The development plans that were submitted mostly paid lip service to sustainability and the environment, and appeared to be most of all variations on existing plans, aiming at a quick solution of social and housing needs (here we recognize a similar local focus on social needs that was also encountered in LA 21). Signals were received that local environmental departments were stuck in their parochial view on their own role and on their own perception of environmental requirements as constraints, whereas spatial planning and economic departments were pro-active and goals oriented in developing their plans.

In order to develop remedying strategies that would not simultaneously sacrifice the innovative nature of the ISV, two guiding documents were developed, based on views and experiences of forerunner cities and the environmental inspectorate.

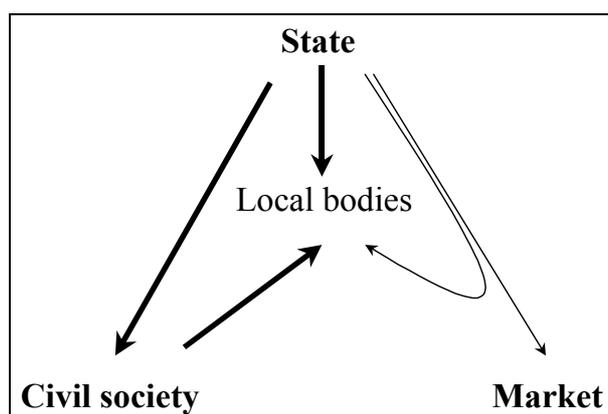
The one document aims at promoting the integration of environmental and other local issues in urban renewal by means of inspiring examples – concerning a suburban quarter, a city centre, an industrial area and a village. It is attempted to demonstrate that environmental issues do not necessarily impose constraints but may also be functional to urban quality and may offer opportunities. Besides, it is shown that effective integration of all quality issues

requires the involvement of the environmental department from the earliest stage of the urban renewal process onwards.

The other document concerns the conceptual requirements for an integration of environmental, social and economic quality aspects of both an objective and a subjective nature into an urban renewal planning process. Concepts of 'physical' quality and of 'users' quality are introduced and connected to each other. Where the physical quality can be made relative to certain 'area types', the 'user quality' is related to the area's 'identity'. An area's identity is of a largely social and historical nature, and can only be understood from the point of view of those involved in the area – the inhabitants and the users. Therefore, urban renewal can only result in improved quality if it takes their views on board – or even, as a starting point. An interactive process must be developed, in which local subjective and objective problems and opportunities are identified and translated into tailor-made measures. These measures are carried out within the ISV budget. Besides, it is admitted that some measures may be required that fall outside of the ISV, either because they are not of a physical nature or because they have to be carried out by the inhabitants and users themselves, when taking responsibility for their own living environment.

Summarising, I want to point at some important characteristics of this policy case. (1) The reason for this development lies in the recognition that present environmental and other sectoral policies are no longer effective in themselves, nor in improving local quality. (2) In order to bring the innovation about, several shifts in responsibilities are brought about: between central and local government, between sectors and departments, but also between public authorities, market players and civil society (inhabitants) (see also Figure 2 below). (3) New concepts are introduced in order to connect the different interests and to inspire them by a common sense of direction.

Figure 2: shift of responsibilities I(P)SV



4.5 Policy case 2: chemical substances policy renewal

In 1999 a comprehensive chemicals policy renewal process was started for a number of reasons, amongst which the facts that European chemicals policy was also being reviewed

comprehensively, and that present chemicals policies are considered to be highly ineffective: far too little is known of the dangers and risks of the chemicals that are used, therefore the societal risks are not under control, and there is no sense of safety among the population. The ineffectiveness is attributed to the circumstance that too heavy responsibilities for the allowance of substances lies with the authorities, who are in no way able to cope with them.

In order to find alternative solutions for dealing with chemicals, a broad consultative process was carried out. Authorities from different departments, business representatives from different branches and major companies (particularly those from the chemical branches), environmental and consumer organisations, trade unions; many different parties discussed in several rounds about different aspects of chemicals policy. A new approach was to be developed that would have to be integral by nature (hence the involvement of the Ministries for the environment, for water quality, for social affairs (working conditions), for public health, for economic affairs, et cetera), that would have to distribute responsibilities in a just and feasible way, that would have to lead to more and better knowledge and effective risk management, and that would have to restore public confidence in chemicals safety.

The resulting approach is characterised by the following principles:

- Business has prime responsibility
- Precautionary principle, through:
 - quick scans
 - priorities to categories of concern
 - measures conditional to concern categories
- Integral approach (public health and environment)
- Responsibilities in and through products chains
- Public right to know

So, instead of the authorities' responsibility to allow substances on the market, it will now be the companies themselves that are held responsible for knowing what they put on the market. In order to make this responsibility transparent, a system has been developed that defines in what way this knowledge must be generated and assessed, and what the consequences of this knowledge must be for specific categories of substances and their applications. Moreover, the new responsibilities overarch the domain of the individual firm. Companies that bring chemicals on the market must also assume responsibility for the (well-informed) way in which these chemicals are applied by their customers, and must inform their own suppliers of the applications and experiences in their own organisation. Finally, public confidence must be restored through the enforcement of a public right to know concerning relevant substance characteristics and risks.

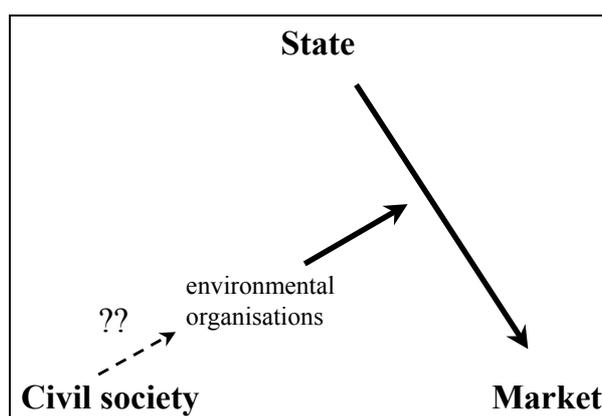
So, what we see at the SOMS project is an attempt to improve social and environmental health and safety through a thorough re-division of roles and responsibilities and a more

transparent organization of the process and of information flows. The role of the authorities is restricted to process enforcement and (co-) management of high and very high risks, in combination with traditional tasks of checking permits and enforcing specific laws. Simultaneously, the transparency and public right-to-know elements are introduced to allow citizens and the environmental movement to take up an own role in following up on incidents or making their own enquiries.

It is the latter element, however, where there is some reason to believe the SOMS project has a lacking element. When we take a closer look at the way in which SOMS tries to deal with the societal perception of risks, we can see two mechanisms. The one is a procedure for expert risk assessment, and the other one is a public information and control function that is mainly functional for environmental organizations and for people who follow up on incidents. However, there is a serious case to be made that incidents in themselves – either through systems failures or as a consequence of mobilization activities of environmental organizations – are a cause for a lack of public sense of safety. Given the typical strategies of environmental organizations for mobilization and for using limited resources to pick up particular eye-catching issues, a too strong reliance on these organizations for dealing with perceived risks may turn out to be counter-productive. Moreover, in times of incidents expert risk assessment is always easily discredited. The value of experts lies in their intangible authority, whereas incidents are convincing because of their presumed physical realness.

So, what we see is a new system that is highly sophisticated in its re-division of roles and responsibilities, but that lacks a suitable connection to civil society for dealing pro-actively with perceived risks (see also Figure 3).

Figure 3: shift of responsibilities SOMS



4.6 Policy case 3: ‘citizen and environment’

The third example concerns the project ‘citizen and environment’. This project was first developed in 1997 at the Ministry for the environment as part of the preparations for a new National Environmental Policy Plan (NEPP 3). At the time it was believed by some that there were reasons for trying to gain a better understanding of the relations between environmental poli-

cy and citizens. In the years that followed the project was further developed and gained more and more recognition. It became clear that there was a rather widespread feeling (even wider than the Ministry for the environment) that the societal sense of urgency for environmental problems was fading, that political support for new and further-going environmental measures was questionable, and that, partly as a consequence, policy effectiveness was reducing. At the same time it was felt that at the present time environmental problems had a rather complex and global appearance, but are quite intrusive in everyday life when it comes to their consequences and to the consequences of possible measures that policy makers might want to take (think of private energy use, travelling modes, use of space, consumption patterns). Several explanations connected were given for the problems of getting measures accepted, implemented and effective. Environmental policies and policy makers are too dominantly technocratic in their orientation (jumping from environmental problem definition to technical solution plus instruments) and consequently policies are not geared to the way they interfere with everyday life.

A new policy strategy was developed (called ‘citizen and environment’), based on a number of leading principles:

- Understand and respect people’s driving forces, rather than disqualifying them or imposing values;
- Intervene where the citizen expects government to do so; do not intervene where the citizen does not expect government to do so;
- Seek a proper division of roles;
- Do not make the environment an absolute, but reconcile with other interests and values.

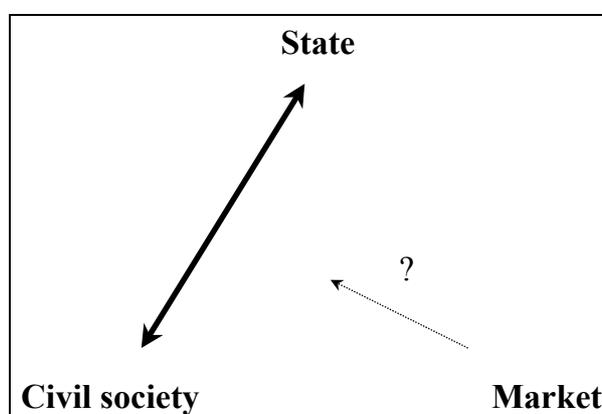
The strategy basically consists of three elements: agenda selection, division of roles and shaping of actual policies. As to the agenda selection (what issues are at stake), it is clear that a stronger orientation on citizens’ driving forces may lead to other prioritization of issues and other definition of issues. Instead of an environmental problem definition a societal problem definition is leading. So, instead of ‘how to prevent food packaging waste’ the question becomes: ‘how to keep food fresh and edible with less throwaway packaging’. And instead of ‘how to reduce car traffic’ the question becomes how to effect optimal access and satisfaction of transport needs at the lowest environmental and energy cost.’ Dependent on the motives people have and the problems they recognize, different problem definitions may come up and different problems may present themselves as being in a ‘recognized’ stage.

Once a problem is recognized, this doesn’t have to imply that it is up to the authorities to solve this problem. It may well be that civil society (or the market, though this is somewhat of an underdeveloped element in the strategy) is well able to solve the problem itself. It is assumed that there is most of all a role for government in case a social dilemma’s occurs or the issue and/or the solving of the issue is irrelevant to citizens (like for instance in case of whether clothes are produced from biologically or otherwise produced cotton – there is no difference to the clothes. Here it is up to government either to regulate ‘on behalf of us all’ (like football players who all agree they need a referee), or to create an ‘un-noticed environmentally

friendly life world'. In other cases, the environmental issue is relevant to citizens without presenting them a dilemma. So, the issue can in principle be solved in accordance with citizens' motives, although possible the functional relevance of the environment (like clean swimming water) or the parallel relevance (biological food may also be more tasty or healthy) may need more stressing. Policy measures can be of help in effecting such added stress. Besides, in all cases attention is called for to the information function, either as part of the agenda formation process, the accountability of public bodies for the role they are assuming, or the enabling of citizens to take a role themselves.

Figure 4 below shows the reconsideration of the division of responsibilities, mainly between the state and civil society.

Figure 4: Shift of responsibilities citizen and environment



So far, interestingly enough, experiences with the implementation of the policy strategy point at relatively easy and good results in cases where the potential of the approach is relatively low – and vice versa. In the policy domain of 'sustainable consumption' there is considerable interest and enthusiasm for the new approach. However, there is little difference to the approach that was already followed in this domain. On the other hand, there was practically no enthusiasm for the strategy among policy makers who deal with (a/o. household) waste management, although the policies themselves require serious reconsideration and it is apparent that present approaches are ineffective. However, a history of many years of ineffective moralising approaches towards citizens and households ('in Clean Street the inhabitants are nice and responsible people, who only use tiny tiny garbage bags', an advertisement read), has left policy makers with a rather inimical view of citizens.

Another interesting example concerns the policy domain of 'sustainable energy supply', where it appeared rather evident that the 'citizen and environment strategy' has a high potential, largely because of the dominantly technocratic – and hence not mobilising and realistic – orientation of policy makers in this domain. However, it is precisely because of this technological fix that initial barriers to the policy strategy existed. However, with the introduction of a new leading policy concept in NEPP 4 called 'transitions', it slowly became apparent that

technological innovation, life world changes and changing market relations are dependent variables in trying to bring about a shift towards cleaner energy.

4.7 Conclusions

To round up these examples, three general conclusions can be drawn.

There are a number of serious attempts to develop innovative ways to link the social and the environmental in the Netherlands. The background of these initiatives lies first of all in practical problems with solving policy problems (with a perceived lack of efficiency and effectiveness of the policies).

Lack of effectiveness of environmental policy:

- Urban (environmental) quality?
- Risk management? Sense of safety?
- Environment in every day life?

Lack of legitimacy:

- Lost sense of urgency
- conflicts between national/regional/local
- lack of political support

One common element of these attempts is that they seek to develop new division of roles and responsibilities between the state, the market and civil society. Sometimes this search is incomplete, which shows in the outcomes.

Another common element is that the actual linking of the social and the environmental requires the development of new, unifying and mobilising (i.e. positive) concepts on a medium level of aggregation – not too general (because of lack of recognition) and not too specific (because of lack of unifying effect).

Think of concepts like:

- Achievement fields
- Physical and user quality
- Area type and identity
- Stressing functionality and opportunity – inspiration
- Parallel, functional and ‘on behalf of all of us’ approaches
- Transitions

4.8 References

4.8.1 References on LA 21, NSDO and the social side of sustainability

LA 21 als kwaliteitswaarborg voor lokale duurzaamheidszorg. B&A Groep, 1999.

Er broeit iets duurzaam in de Nederlandse samenleving – een analyse van Duurzame ontwikkeling als maatschappelijk fenomeen. Plunk & Novak, 2001 (+ bijbehorend document met projectbeschrijvingen)

Een longlist van sociale factoren en indicatoren in relatie tot milieu. CSTM, 2000.

Sociale ontwikkelingen en de milieukwaliteit. EIM, 2000.

4.8.2 References on I(P)SV

Handreiking Milieu in het Investeringsbudget Stedelijke Vernieuwing. B&A Groep, 1999.

Op weg naar omgevingskwaliteit in stedelijke vernieuwing. QA+, 2000.

4.8.3 References on SOMS

Strategiedocument Omgaan met Stoffen (SOMS); TK 2000-2001, 27 646, nr. 2.

4.8.4 References on ‘citizen and environment’

Een herijking van de rol van de burger in het milieubeleid. B&A Groep, 1999.

Burger en milieu. B&A Groep/QA+, 2000

Rapportage NMP4 werkgroep burger en milieu. Ministerie VROM, 2001.

5. Nachhaltige Entwicklung und Zukunft der Arbeit

Eckart Hildebrand¹

Wissenschaftszentrum Berlin

In einem transziplinären Forschungsprojekt „Arbeit & Ökologie“, haben wir versucht, das Konzept einer gleichrangigen Einbeziehung der ökonomischen, der ökologischen und der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit zu präzisieren und zu Strategievorschlägen in Handlungsfeldern zu operationalisieren. Dabei wurde ein besonderes Gewicht auf die Ausfüllung der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit gelegt, und hierauf bezieht sich die folgende Präsentation (Hans-Böckler-Stiftung 2000). Im Mittelpunkt werden Überlegungen zu flexiblen Arbeitsmustern auf Grundlage eines erweiterten Arbeitsbegriffs stehen, die gleichzeitig in der Lage sind, Beziehungen zum Konzept der Nachhaltigkeit herzustellen.

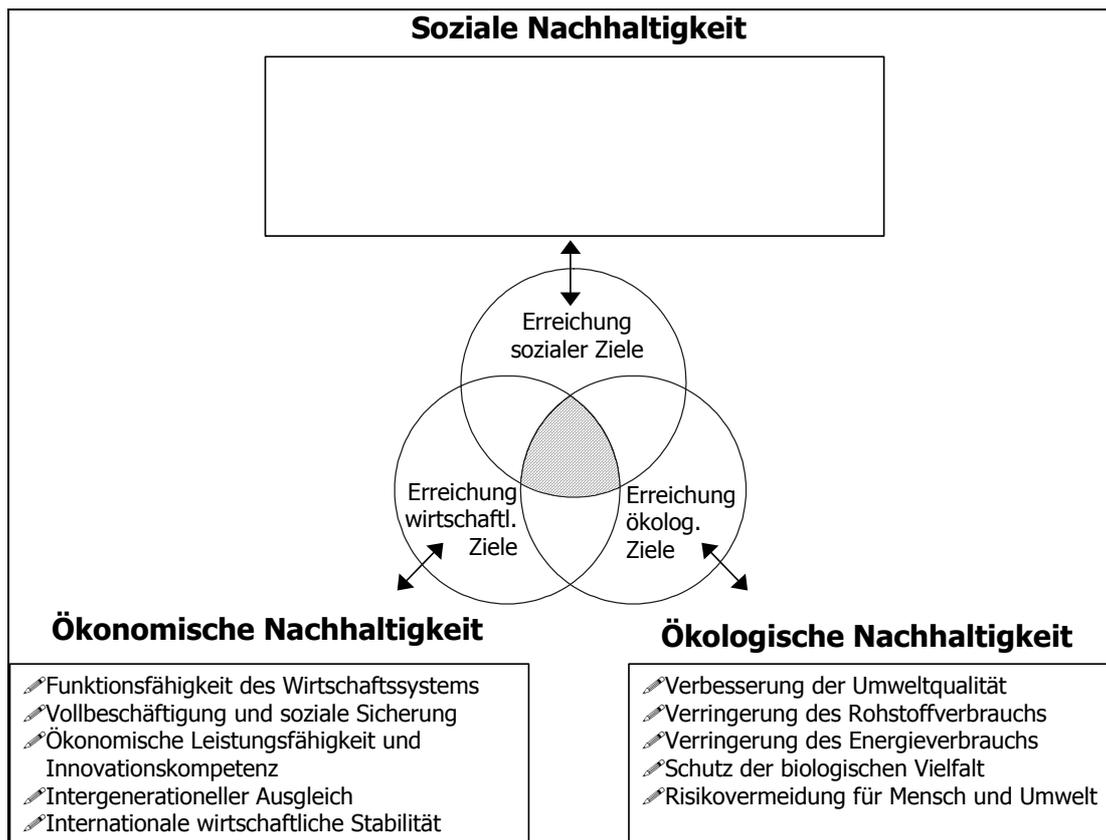
5.1 Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit

Das Konzept der Nachhaltigkeit hat sich aus zwei Strömungen entwickelt, zum einen aus der Verschärfung der Entwicklungsprobleme insbesondere in der Dritten Welt, zum anderen aus dem Offensichtlichwerden der Umweltrisiken hoch entwickelter industrieller Produktions- und Lebensweisen. In den westlichen Industrieländern hat die Auseinandersetzung mit den ökologischen Folgen unter der Überschrift „Ökologische Modernisierung“ große Bedeutung gewonnen und hat die verschiedenen gesellschaftlichen Politikbereiche unter großen Reformdruck gesetzt. Dies galt in erster Linie für die Wirtschaft, die frühzeitig auf die staatliche Ordnungspolitik reagierte, die sich in der ersten Phase auf nachsorgenden Umweltschutz durch die Vorgabe von Grenzwerten konzentrierte. Das Wechselverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie rückte ins Zentrum, die Unternehmen betonten die Bedeutung ökonomischer Instrumente und deren weltweite Verallgemeinerung, um nicht durch die Integration des Umweltschutzes Konkurrenz Nachteile zu erleiden. Es wurde nach Strategien gesucht, durch Umweltschutz Kosten zu verringern, Konkurrenzvorteile bei den Kunden und neue Märkte zu erschließen sowie auch indirekte Rationalisierungs- und Qualitätseffekte zu erzielen. Mit der Verschärfung der internationalen Konkurrenzsituation und zugleich wachsenden Problemen, die Wohlstandsstandards in den westlichen Industrieländern zu gewährleisten (Massen- und Dauerarbeitslosigkeit, Umbau sozialer Sicherungs- und Versorgungssysteme) gewann die

¹ Prof. Dr. Eckart Hildebrandt ist Arbeitssoziologe am Wissenschaftszentrum Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Arbeit und Ökologie, Umwelt und Beschäftigung, neue Arbeitsformen und ökologische Lebensführung, Koordinator für das Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“.

ökonomische Dimension das Übergewicht und begrenzte die Radikalität ökologischer Forderungen. Bei dieser Entwicklung hatten die sozialen Aspekte im Hintergrund gestanden. Schon die nachhaltige Umweltpolitik hatte argumentiert, dass zukünftiges Leben grundsätzlich davon abhängt, den Bestand an Ressourcen und die Artenvielfalt zu erhalten, selbst wenn damit erhebliche Einschränkungen für die gegenwärtig lebenden Generationen verbunden sind. In der zweiten Phase, der Verknüpfung von Ökologie und Ökonomie, wurde die Abhängigkeit des Sozialen eher verstärkt, indem die Sicherung sozialer Standards von der Gewährleistung und Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft abhängig gemacht wurde. Unter diesen Bedingungen forderte die Wirtschaft einen grundlegenden Umbau des traditionellen Wohlstandsmodells, eine stärkere Individualisierung, Flexibilisierung und Eigenverantwortlichkeit der Arbeitnehmer. Die Akteure in den ökonomischen und ökologischen Politikfeldern waren sich faktisch darin einig, dass das alte Modell der industriellen Beziehungen und ihr Leitbild der „Normalarbeit“ überholt sei und daher auch in einer gemeinsamen Perspektive der Nachhaltigkeit keinen Platz habe.

Abb. 1: Das Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit



Wir müssen also davon ausgehen, dass in den umweltpolitisch geprägten Nachhaltigkeitsdiskursen auf der internationalen, nationalen und lokalen Ebene die soziale Dimension konzeptionell und praktisch bisher marginal und unscharf geblieben ist. Auf der anderen Seite war das Konzept der Nachhaltigkeit in der Definition des Brundtland-Reports und in den Beschlüssen des Rio-Gipfels ein ganz deutlich sozial geprägtes Leitbild. Es orientiert auf die

Entwicklungsmöglichkeiten der Menschheit und gibt dafür fünf soziale Grundnormen vor, die weitgehend unumstritten sind:

- das Recht auf ein menschenwürdiges Leben für alle,
- die soziale Gerechtigkeit zwischen den gegenwärtig Lebenden und den zukünftigen Generationen (intergenerativ),
- die soziale Gerechtigkeit innerhalb der gegenwärtig lebenden Menschen (intragenerativ),
- die Abstimmung zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen sowie
- die Beteiligung aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen an der Strategiefindung und -realisierung.

Die Probleme treten sofort auf, wenn versucht wird, diese grundsätzlichen Normen zu präzisieren und zu operationalisieren. Soziale Leitbilder sind je nach kultureller Zugehörigkeit, nach sozialer Lage, nach Bildungsstand und gesellschaftspolitischer Orientierung extrem vielfältig – und alle diese Zugänge haben ein Recht, im Nachhaltigkeitsdiskurs gehört zu werden. Wichtige Quellen für soziale Leitbilder der Nachhaltigkeit sind unter anderem

- die Weltreligionen,
- die Menschenrechte (UN, ILO),
- die verschiedenen Philosophien des „guten Lebens“ seit der Antike,
- Wohlstandsmodelle, Sozialstaatskonzepte und entsprechende Ansprüche an Lebensqualität,
- Modelle von Zivilgesellschaft und schließlich
- Entwürfe zur Zukunft der Arbeit.

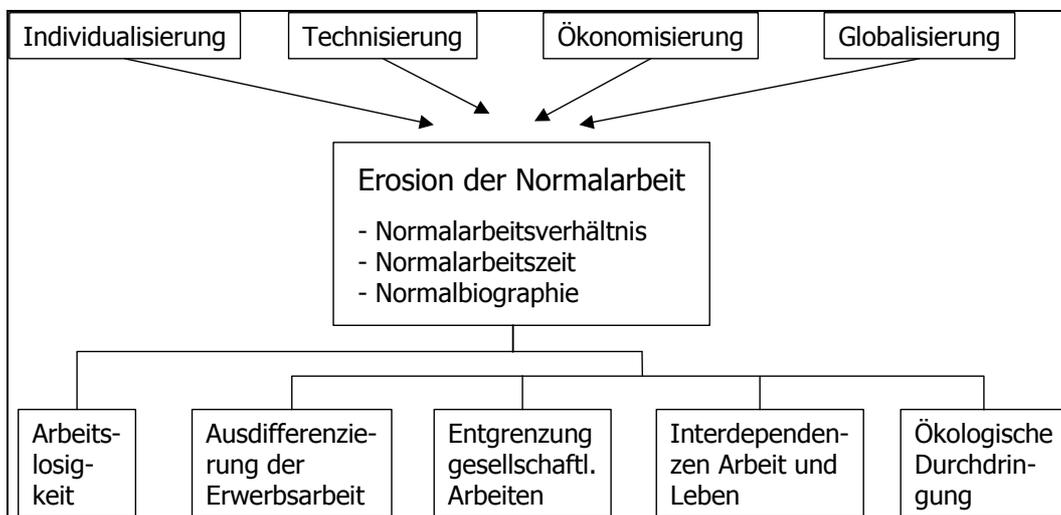
5.2 Entwicklungstrends von Erwerbsarbeit

Die gesellschaftliche und die sozialwissenschaftliche Diskussion um die Veränderungen von Erwerbsarbeit sind vereinzelt und ausgesprochen heterogen. Es gibt sicherlich Konsens darüber, dass gravierende Umbrüche stattfinden, zu deren wesentlichen Ursachen grundsätzliche Entwicklungstendenzen gehören, die durch Begriffe wie Individualisierung, Technisierung, Ökonomisierung und Globalisierung definiert werden. Diese veränderten Rahmenbedingungen wirken in unterschiedlichster und hoch komplexer Weise zusammen und beeinflussen die Ausprägungen gesellschaftlicher Arbeit; insbesondere in der Weise, dass sich sowohl die Formen der Erwerbsarbeit hochgradig ausdifferenzieren wie auch die Verbindung zwischen Erwerbsarbeit und anderen gesellschaftlichen Tätigkeiten. Daher wird in der sozialwissenschaftlichen Diskussion das Konstrukt der „Normalarbeit“ in den Mittelpunkt gestellt, das noch einmal verdeutlicht, dass das, was z.B. in der Bundesrepublik Deutschland in den

1960er bis 90er Jahren als anstrebenswert und normal galt, ein historisch sehr spezifisches Modell von Arbeit gewesen ist.

Das Modell der Normalarbeit beruht auf der klaren Trennung zwischen erwerbsförmig organisierter Arbeit und sonstigen gesellschaftlichen, so genannten informellen Arbeiten. Die Form der Erwerbsarbeit wurde durch Standards strukturiert, von denen angenommen wurde, dass sie auf die gesamte Arbeitsbevölkerung verallgemeinert werden können und dass sie einen hohen Grad von individuellem Wohlstand gewährleisten. Dazu wurden diese Formen von Normalarbeit mit ausgebauten Systemen der Interessenregulierung und der sozialen Sicherung kombiniert. Die informellen Tätigkeiten dagegen wurden der Privatsphäre zugeordnet und gesellschaftlich nicht anerkannt.

Abb. 2: Erweiterter Arbeitsbegriff



Damit wurde dieses Konzept der Normalarbeit nicht nur für die Arbeitssphäre prägend, sondern ein umfassendes gesellschaftliches Modell, das auch Privatleben, Familie und kommunale Gemeinschaft geprägt hat. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Dieses Konstrukt der Normalarbeit bezieht sich sowohl auf eine Norm als ein gemeinsames Leitbild der ganzen Gesellschaft als auch auf die Normalität für einen Großteil der Arbeitsgesellschaft, in der Bundesrepublik Deutschland im Wesentlichen die männlichen Facharbeiter (vgl. Wagner 2000). Das heißt, trotz dieser Normalität hat es immer große Bereiche von abweichenden Arbeitsverhältnissen gegeben, insbesondere von Frauen bei den personenbezogenen Dienstleistungen (Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit).

Um dieses Gesellschaftsmodell genauer zu beschreiben, ist es sinnvoll, zwischen Normalarbeitsverhältnis, Normalarbeitszeit und Normalbiographie zu unterscheiden.

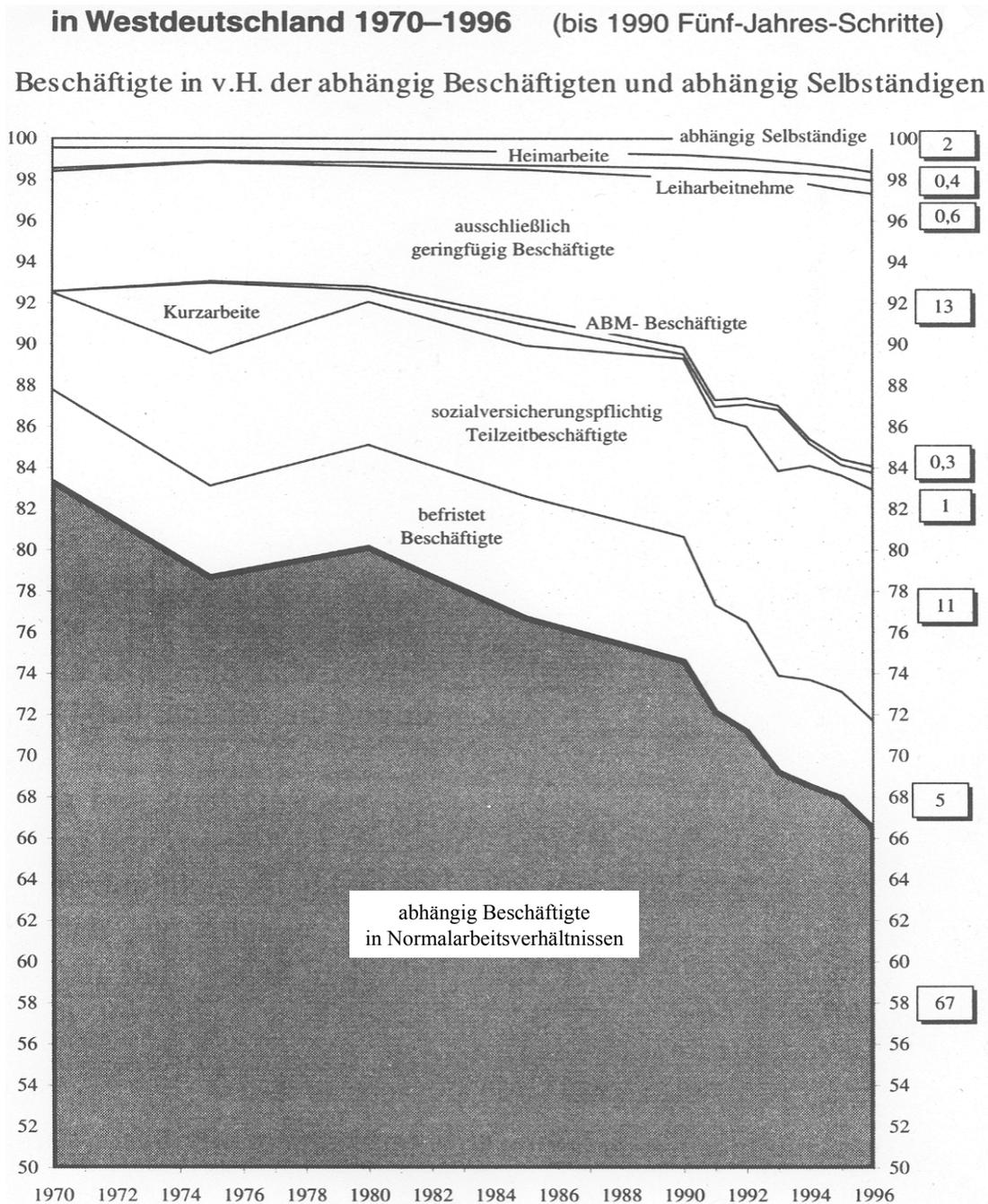
Als „Normalarbeitsverhältnis“ verstehen wir eine abhängige Tätigkeit in Vollzeitbeschäftigung (d.h. eine Wochenarbeitszeit von 36 Stunden und mehr) in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis im Gültigkeitsbereich der arbeits- und sozialgesetzlichen Regelungen und für ein Einkommen, das die Reproduktion einer ganzen Familie gewährleistet. Dieses so genannte Normalarbeitsverhältnis ist inzwischen noch für ca. zwei Drittel aller abhängig Beschäftigten

Realität, es ist aber in Deutschland und auch in der überwiegenden Mehrheit der europäischen Länder im Schrumpfen begriffen. Beispielsweise ist sein Anteil an allen Erwerbstätigen in der Bundesrepublik zwischen 1970 und 1996 von 83 auf 67% gesunken (Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1998, S. 4; vgl. Abb. 3). Ursächlich dafür ist die Zunahme befristeter Beschäftigung, sozialversicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigung, geringfügiger Beschäftigung, abhängiger Selbständigkeit, Leiharbeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Dominierend als Ursache ist die Verbreitung von Teilzeitarbeit. Nach Eurostat waren 1998 20% der Erwerbspersonen in Westdeutschland (gegenüber 13,2% in 1988) und 12% in Ostdeutschland in sozialversicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigung, bei einem EU-Durchschnitt von 17,4% (IAB-Kurzbericht 14/2000, S. 2). Über ihre weitere Entwicklungsdynamik kann wenig gesagt werden, auch die Effekte des Teilzeitgesetzes seit 2001 sind – obwohl sie einen allgemeinen Anspruch auf Teilzeit institutionalisieren - kaum absehbar. Die Auswertung gegenwärtiger Daten zeigt deutliche Begrenzungen auf:

- Der Umfang der Teilzeit variiert; die durchschnittliche Arbeitszeit in Teilzeit beträgt 27 Stunden/Woche, ist also vollzeitnah;
- die Teilzeit ist geschlechtsspezifisch hoch ungleich verteilt (87% sind Frauen);
- die Teilzeit ist überwiegend transitorisch: Bei den Frauen konzentriert sie sich auf die Kleinkindphase, sie leben zu 78% mit einem Partner zusammen, der ganz überwiegend in Vollzeit arbeitet. Bei den Männern konzentriert sich die Teilzeit einmal in niedrigem Alter auf eine Eintrittsphase in den Arbeitsmarkt, zum anderen in höherem Alter auf die Phase vor dem Ruhestand.
- Teilzeit ist dequalifizierend. 90% der in Teilzeit arbeitenden Frauen waren vorher berufstätig und 89% von ihnen haben eine qualifizierte Berufsausbildung. Die Teilzeittätigkeiten liegen dagegen überwiegend auf einem niedrigeren Qualifikationsniveau.
- Nur 16% der in Teilzeit Beschäftigten wünschen eine Vollzeitstelle; allerdings wünschen sie mehrheitlich eine längere Arbeitszeit, im Durchschnitt eine Teilzeitarbeit von 24,6 Stunden/Woche (vgl. Bundesmann-Jansen u.a. 2000, S. 97ff.).

Abb. 3: Abhängig Beschäftigte in Norm- und Nicht-Normarbeitsverhältnissen



Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte um Überschneidungen mit anderen Beschäftigungsformen bereinigt. Summe wegen Rundungen größer 100. Schätzungen: abhängig Selbständige alle Jahre vor 1995, geringfügig Beschäftigte 1970–1985, befristet Beschäftigte 1970–1980, soz. Teilzeitbeschäftigte 1970.

Quelle: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1998), S. 46

„Normalarbeitszeit“ ist definiert durch eine regelmäßige tägliche und wöchentliche Arbeitszeit im Rahmen der Zeitinstitutionen Feierabend und Wochenende. Diese Institution ist inzwischen wesentlich stärker erodiert. Nach den Definitionen und Erhebungen des ISO-Instituts von 1999 sind nur noch 15% aller Beschäftigten in Arbeitsformen beschäftigt, die dieser Norm entsprechen. 85% dagegen haben flexible Arbeitszeitmuster in Form von regelmäßi-

gen Überstunden (56%), Arbeitszeitkonten (37%), Schichtarbeit (18%), regelmäßige Sonntagsarbeit (15%) und regelmäßige Samstagsarbeit (35%).

Als „Normalerwerbsbiographie“ wird schließlich das kontinuierliche und abgesicherte Durchlaufen der drei Phasen der Lebensarbeit verstanden, d.h. von Ausbildung, Erwerbsarbeit und Ruhestand. Aufgrund kontinuierlicher Arbeitszeitverkürzungen, der Ausweitung der Ausbildungsphase und der Vorverlegung „zusätzliches Neues“ hinzukommt vor allem in Form der Teilzeitarbeit von Frauen. Zweitens der Ruhestandsphase sowie steigender Lebenserwartung sinkt der Anteil der Erwerbsarbeitszeit an der Lebenszeit kontinuierlich und beträgt gegenwärtig noch ca. 8%. Hauptmechanismen der Flexibilisierung des Arbeitslebens sind (vorübergehende) Arbeitslosigkeit, die Befristung der Beschäftigung und die Wechsel bzw. Unterbrechungen der Arbeitsverhältnisse aus verschiedenen Gründen. Wir können grundsätzlich von einer zunehmenden Diskontinuität der Erwerbsverläufe über diese Mechanismen ausgehen, sie schlagen sich bisher aber nicht in den Statistiken über die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit nieder.

In Bezug auf das Ausmaß der Erosion der Normalarbeit, insbesondere des Normalarbeitsverhältnisses, und die Zukunftstrends gibt es durchaus unterschiedliche Definitionen, Einschätzungen und Prognosen. Dies drückt sich auch in der Begriffswahl aus, es wird vom „Potential atypischer Beschäftigung“ gesprochen (IAB), von Differenzierung, vom „Ausfransen“ (Wagner 2000) oder der „Fluidisierung“ des Normalarbeitsverhältnisses (Kocka/Offe 2000). Umstritten sind die Qualität und Stabilität der Flexibilisierungsprozesse. Gegen die These der Erosion wird erstens eingewandt, dass der Bestand an Normalarbeitsverhältnissen erhalten bleibt und „ein zusätzliches Neues“ hinzukommt, vor allem in Form von Teilzeitarbeit der Frauen. Zweitens wird eingewandt, dass viele dieser flexiblen Arbeitsverhältnisse „transitorisch“ sind und – insbesondere bei der aus demographischen Gründen anstehenden Verringerung der Arbeitslosigkeit – in unbefristete Vollzeitarbeitsverhältnisse übergehen werden. Drittens wird die Trennung zwischen Vollzeit und Teilzeit im Zuge der Destandardisierung von Arbeitszeiten als nicht mehr angemessen bezeichnet (vgl. z.B. Bosch 2001, S. 219ff.). Diese Argumente dürften aber dem Umschlagen in eine neue Qualität nicht entgegenstehen, insbesondere da unbestritten ist, dass die interne Flexibilisierung der Arbeit voranschreitet und auch weiter voranschreiten soll; hier treffen sich durchaus betriebliche und persönliche Interessen.

Die Auswirkungen der neuen, flexiblen Arbeitsmuster sind sehr unterschiedlich in Bezug auf die verschiedenen Beschäftigtengruppen, auf die verschiedenen sozialen Gruppen und in Bezug auf unterschiedliche soziale Konstellationen, durch die die individuelle Lebensführung bestimmt wird. Da sich die Flexibilisierung auf den Ort, die Zeit, die Inhalte und die Kooperationsformen der Arbeit bezieht, sind die prinzipiell ambivalenten Auswirkungen in allen diesen Dimensionen zu untersuchen. Unter anderem auch deshalb, weil nach den Ergebnissen des Verbundprojekts A&Ö das Handlungsfeld Arbeitszeit eine zentrale Stellung einnimmt, möchte ich mich auf diesen Punkt konzentrieren.

5.3 Schwerpunkt flexible Arbeitszeiten

Nach einer DIHT-Umfrage bei 19.000 Unternehmen hat sich für 1999 gezeigt, dass nur 37% der Unternehmen keine flexiblen Arbeitszeitformen nutzen, ansonsten verteilen sich die unterschiedlichen Formen der Flexibilisierung mit unterschiedlicher Gewichtung über die verschiedenen Wirtschaftszweige.

Abb. 4: Einsatz flexibler Arbeitszeitformen in deutschen Unternehmen
 %, Basis: 19.000 von den Industrie- und Handelskammern zum Jahresbeginn 2000 befragte Unternehmen; Mehrfachnennungen möglich

Wirtschaftszweig	Flexible Wochenarbeitszeit	Jahresarbeitszeitkonten	Klassische Gleitzeit	Gleitzeit ohne Kernzeit	Telearbeit	Lebensarbeitszeitkonten	Keine flexible Arbeitszeit
Dienstleistungen	28	14	25	10	6	1	41
Handel	34	19	14	4	2	1	45
Industrie	27	37	34	6	4	2	31
Bauwirtschaft	22	57	7	2	1	1	29
Insgesamt	29	28	25	7	4	1	37

Quelle: DIHT-Umfrage (2000)

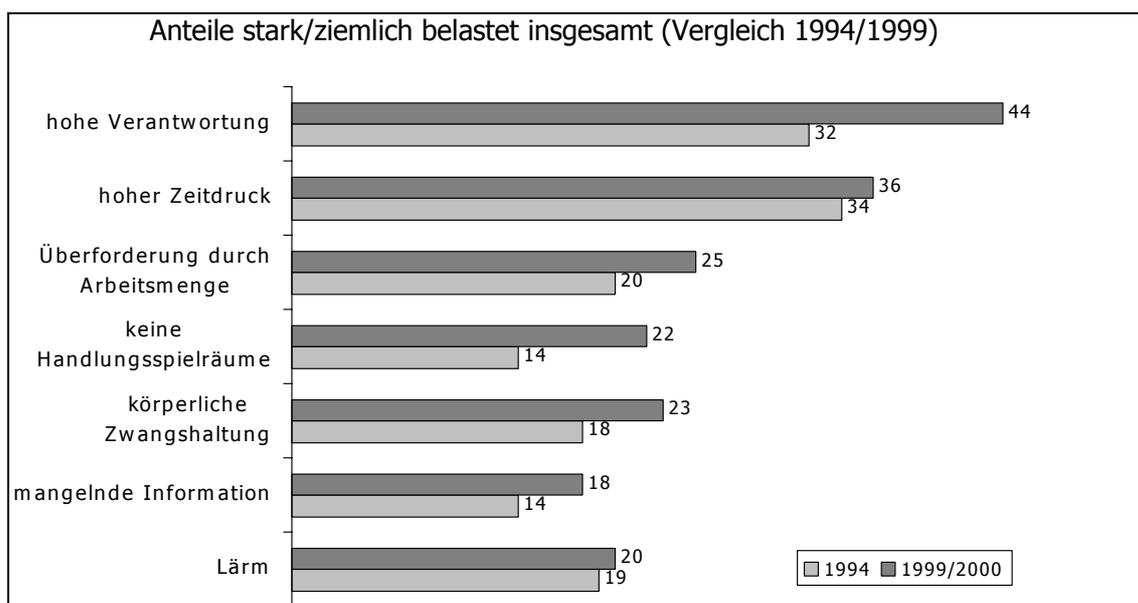
Die Intensität und Durchgängigkeit der Flexibilisierung der Arbeitszeit lässt sich exemplarisch an der so genannten Flexibilitätskaskade der „atmenden Fabrik“ illustrieren, die bei der Volkswagen AG in den 1990er Jahren aufgebaut worden ist. Hier finden wir eine systematische Flexibilisierung auf sieben Ebenen, die sich untereinander ergänzen:

- Flexibilität in Stunden (Gleitzeit, Mehrarbeit, Arbeitssouveränität über Zeitkonten),
- Flexibilität in Tagen pro Woche (vier bis sechs Tage),
- Flexibilität in Schichten (zwei bis vier Schichten),
- Flexibilität in Tagen pro Jahr (bis zu 300 Tage),
- Flexibilität bei der Urlaubsplanung (Urlaubskorridor),
- Flexibilität über das Jahr hinaus (Zeitkonten),
- Flexibilität bei der Lebensarbeitszeit (Zeit-Wertpapier).

(nach Senn 2001)

Diese Flexibilisierung der Arbeitszeit nach Länge, Lage und Regelmäßigkeit bedeutet für die Mehrheit der Beschäftigten ein Erosion ihrer bisherigen sozialen Rhythmen. Diese waren bisher durch stabile, kollektive Zeitinstitutionen geprägt, die eine hohe Verlässlichkeit und Planbarkeit ermöglichten und auch stabile Grenzziehungen zwischen Erwerbsarbeit und Privatleben bewirkten. Alles jenseits der festen Zeitgrenzen der Erwerbsarbeit war private Tätigkeit und nach dem Normverständnis Teil bürgerlicher Freiheit. Dies gilt prinzipiell noch heute für die informellen Arbeiten wie Kinderversorgung, die Wahrnehmung politischer Mandate oder Weiterbildung, wie Begriffe wie „Elternurlaub“ und „Bildungsurlaub“ belegen. Mit der Flexibilisierung der Arbeitszeiten findet eine Entgrenzung statt, die die gesamte soziale Organisation berührt. Die persönlichen Arrangements bezüglich der sozialen Beziehungen in Familie, Nachbarschaft, Vereinen und Freundschaften werden infrage gestellt und damit die soziale Integration. Flexible Erwerbsarbeit erfordert eine neue (und kontinuierliche) Ausbalancierung des Verhältnisses von Erwerbsarbeit und Privatleben und d.h. auch die Fähigkeit des Individuums, solche Abwägungen vorzunehmen und entsprechende Arrangements im Betrieb durchzusetzen – sofern die betrieblichen Regelungen und Machtverhältnisse dies erlauben (Hielscher/Hildebrandt 1999).

Darüber hinaus ziehen Änderungen der Arbeitszeit auch Folgewirkungen in den Bereichen Einkommen und Gesundheitsbelastungen nach sich. Die Flexibilisierung der Arbeit verändert z.B. das Spektrum arbeitsbedingter Gesundheitsbelastungen und -ressourcen entscheidend. Wichtig bei der Beurteilung dieser Auswirkungen ist, dass die neuen Arbeitsstrukturen mit einer Veränderung des Fremd- und Selbstverständnisses des Arbeitnehmers einhergehen. Während mit dem alten Normalarbeitsverhältnis im wesentlichen arbeitsteilige und abhängige Arbeitsformen verbunden waren, rückt in einem Teil der Betriebe das Leitbild des „unternehmerischen Einzelnen“ (Bude) bzw. des „Arbeitskraftunternehmers“ (Voß) im Vordergrund. Damit wird die für die Mehrzahl der Beschäftigungsverhältnisse dominierende „instrumentelle Arbeitsorientierung“, d.h. der Tausch von Arbeitsleistung gegen Lohn, durch ein stärker selbst gestaltetes und selbstverantwortliches Arbeitsverständnis ergänzt. Dies begründet allerdings auch eine höhere Ambivalenz der Arbeitsformen. Während auf der einen Seite größere Motiviertheit, Entfaltungschancen und Zufriedenheit stehen, finden wir auf der anderen Seite neue, insbesondere psychische Belastungsformen in Form von Distress, Monotonie, psychischer Ermüdung und Sättigung. Welche dieser Auswirkungen im Vordergrund steht, ist wiederum, wie bereits oben erwähnt, von der Konstellation von Rahmenbedingungen der individuellen Lebensform abhängig.

Abb. 5: Belastungsfaktoren

Quelle: Arbeit & Ökologie-Briefe Nr. 8 vom 25. April 2001, S. 9

Die neue Belastungsstruktur, die damit angesprochen wird, ist in einer Befragung von 1998/99 über die Veränderung der Arbeitsbedingungen gut ablesbar. Wir finden sowohl eine Zunahme der fachlichen Anforderungen und der Vielseitigkeit von Arbeit wie gleichzeitig eine Zunahme von Stress und Arbeitsdruck und weiterhin auch eine, allerdings geringere, Zunahme körperlicher Belastungen. Interessant ist, dass der steigende Stress und Arbeitsdruck sicher einmal Ergebnis der steigenden Extensivierung von Arbeit ist (Zahl der Überstunden), sicher aber auch der steigenden fachlichen Anforderungen, der steigenden Vielseitigkeit und Selbstverantwortlichkeit der Arbeit und der steigenden Risiken, z.B. arbeitslos zu werden. Die Darstellung dieses neuen Belastungsspektrums fällt insbesondere deshalb schwer, weil psychische Belastungen schlechter erfassbar sind und auch zurückhaltend thematisiert und d.h. eher verdrängt werden. In einer Befragung über einen längeren Zeitraum in NRW wird ebenfalls die hohe Belastungsrelevanz von zunehmender Verantwortung, hohem Zeitdruck und steigender Arbeitsmenge deutlich. In derselben Studie wird auch herausgearbeitet, dass ungünstige Arbeitszeiten ein relevanter Belastungsfaktor sind und das insbesondere in Arbeitsverhältnissen, in denen nicht in Normalarbeitszeit gearbeitet wird.

Wir haben bei der Ausdifferenzierung der Erwerbsarbeit gesehen, dass sich fast individuell unterschiedliche Arbeitsformen im Gegensatz zur früher kollektiven Normalität herausgebildet haben und dass diese Individualität noch einmal durch die Anforderungen an das unternehmerische Verhalten des Einzelnen gestärkt wird. Diese Individualität wird insbesondere auch ermöglicht durch neue Arbeitszeitinstrumente wie z.B. Gleitzeit und Arbeitszeitkonten. Sie erlauben einerseits den Betrieben, nach ihren Anforderungen bis zum einzelnen Arbeitnehmer hin Arbeitszeiten zu steuern (bis hin zur Vertrauensarbeitszeit), und andererseits dem einzelnen Arbeitnehmer ermöglichen, prinzipiell zu jedem Zeitpunkt aus seinem Arbeitszeitkonto angesparte Arbeitszeit zu entnehmen. Wir finden eine Art „individuelles Arbeitszeitmanagement“. Diese Figur der Individualisierung und der Anforderung des individu-

ellen Managements erkennen wir nun auch in einem Art Paradigmenwechsel im Zusammenhang von Arbeit und Gesundheit wieder. Bis vor wenigen Jahren stand durch die Fokussierung auf physische Belastungsfaktoren und dementsprechende Krankheitsbilder das „pathogenetische“ Paradigma im Vordergrund, die Krankheiten verursachenden Arbeitsbedingungen. Seitdem hat sich das Paradigma hin zu einem „salutogenetischen“ Paradigma entwickelt, wonach im Gesundheitsverständnis ein konstruktiver Prozess der Selbstorganisation und Selbsterneuerung im Mittelpunkt steht, der von der Verfügbarkeit und Nutzung personeller und äußerer Ressourcen abhängig ist. (Pröll/Gude 2001) Danach geht es bei der Gesundheitspflege um ein dynamisches Gleichgewicht, das vom Individuum hergestellt und in seine Lebensweise eingebettet ist. Gesundheitsförderung muss sich danach auf Maßnahmen konzentrieren, die mit der gegebenen Lebensweise kompatibel sind, zugleich aber sukzessive die darin angelegten Optionen des Gesundbleibens ausbauen – einschließlich der Energien für die individuelle und kollektive Selbstveränderung. Es wird schnell einleuchten, dass wesentliche Wahloptionen sich auf die Art der Arbeit und ihre Zeitmuster beziehen, worauf ich später noch einmal zurückkommen werde.

5.4 Mischarbeit – zu einem erweiterten Arbeitsbegriff

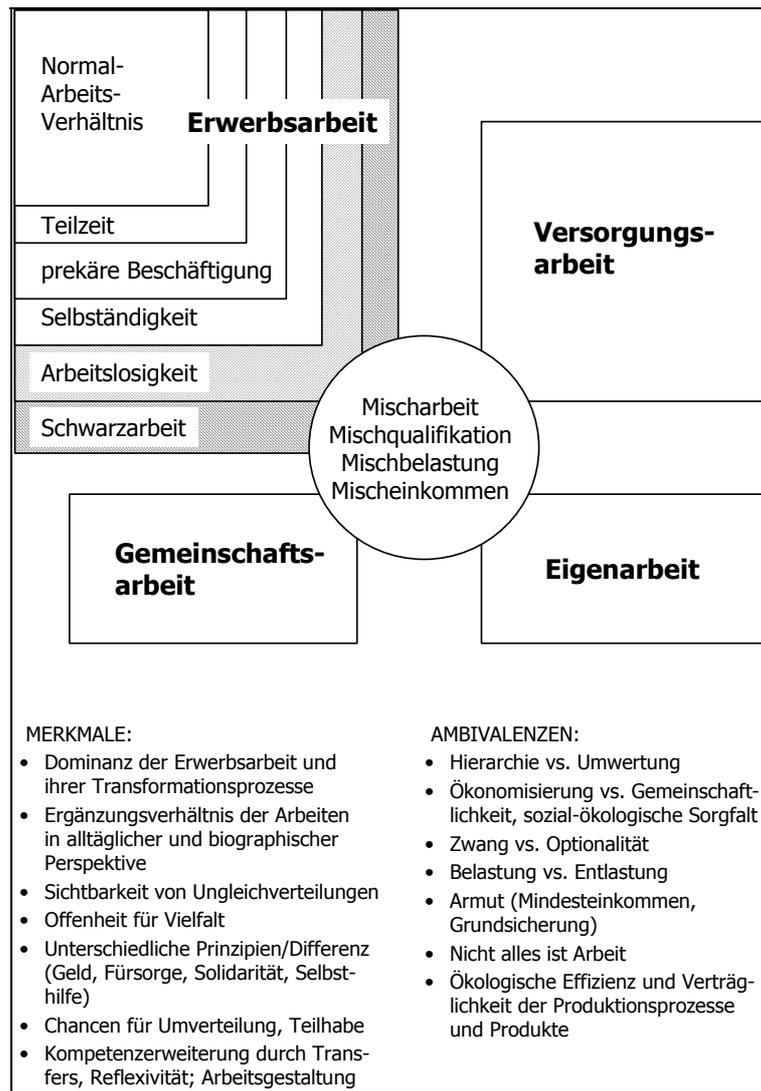
In den vorangegangenen Abschnitten hatten wir wichtige Entwicklungstrends von Arbeit und den Zusammenhang mit zeitlichen Gestaltungsmöglichkeiten und Beanspruchungen entwickelt. Wichtige Merkmale dieser Analyse waren erstens die hohe Ausdifferenzierung der Entwicklungen, die Überlagerung verschiedener Trends sowie die Geschwindigkeit der Umbrüche, sodass insgesamt längerfristige Prognosen ausgesprochen schwer fallen. Gleichzeitig fordert das Konzept der Nachhaltigkeit eine längerfristige Perspektive, die der Entwicklungsfähigkeit der Menschheit gerecht wird und die damit verbundenen sozialen Normen von Gerechtigkeit, Sicherheit, Teilhabe einlöst. Es käme nun darauf an, zentrale Entwicklungslinien gesellschaftlicher Arbeit herauszufinden, die trotz der zunehmenden Ausdifferenzierung die Entwicklungstrends kennzeichnen, und diese dann mit den Anforderungen sozialer Nachhaltigkeit ins Verhältnis zu setzen. Es ist nicht erstaunlich, dass die wichtigsten Aussagen bzw. Entwürfe zur Zukunft der Arbeit an den Rändern der Arbeitssoziologie und stärker im Feld der Gesellschaftsanalyse entstehen (Beck, Gorz, Offe, Giarini/Liedtke, Mutz, Rifkin, Sennet). In dem qualitativen Teil unseres Nachhaltigkeitsprojektes haben wir die gegenwärtige Literatur zu längerfristigen Entwicklungstrends von Gesellschaft und Arbeit quergelesen und sind interessanterweise auf fünf gemeinsame Grundthesen gestoßen, die in der Forderung nach einem erweiterten Arbeitsbegriff münden, d.h. einem Arbeitsbegriff, der über das Segment Erwerbsarbeit hinausgeht. Folgende Resümees finden sich in einer Mehrzahl der Texte:

1. Die Notwendigkeit der Blickerweiterung auf die ganze gesellschaftliche Arbeit, d.h. über den Bereich der formellen Erwerbsarbeit hinausgehend und andere, gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten einbeziehend;
2. die Betrachtung des Ergänzungsverhältnisses aller dieser Arbeiten (in Ablösung von der absoluten Dominanz der Erwerbsarbeit) und in diesem Zusammenhang der Bedeutungszuwachs von Zeitpolitik;

3. die langfristig ansteigende Erwerbsquote von Frauen als größte epochale Veränderung auf dem Arbeitsmarkt, durch die die Gestaltungsprinzipien von Versorgungs- und Gemeinschaftsarbeit auch in der Erwerbsarbeit eine stärkere Berücksichtigung finden (personenbezogene Dienstleistungen);
4. die Notwendigkeit einer erwerbsunabhängigen Grundsicherung für alle Bürger und Bürgerinnen, um der zunehmenden Diskontinuität von Erwerbsverläufen und der entsprechenden sozialen Unsicherheit entgegenzuwirken („flexicurity“);
5. die Notwendigkeit eines erweiterten Arbeitsbegriffes, der die Möglichkeiten der Sicherung bzw. Weiterentwicklung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit ermöglicht (neuer Gesellschaftsvertrag).

Wir haben nun versucht, diese Einschätzungen in einem veränderten analytischen Konzept von gesellschaftlicher Arbeit aufzunehmen, das die strikte Trennung zwischen Erwerbsarbeit und informellen Tätigkeiten relativiert und in ein Ergänzungsverhältnis überführt. Wir haben dieses Konzept Mischarbeit genannt, weil es der Vielfalt der Kombinationen verschiedener gesellschaftlicher Arbeiten (Erwerbsarbeit, Versorgungsarbeit, Eigenarbeit und Gemeinschaftsarbeit) gerecht wird, und dies sowohl in alltäglicher wie in biografischer Perspektive. Mischarbeit ist gekennzeichnet durch die Kombination der verschiedenen Tätigkeiten, aus denen sich auch eine so genannte Mischqualifikation und entsprechende Synergien zwischen den verschiedenen Tätigkeitsbereichen ergeben. Mischarbeit ist begleitet von Mischbelastungen aus den Kombinationen verschiedener Tätigkeiten sowohl mit den Möglichkeiten einer Höherbelastung wie aber auch den Chancen eines Belastungsabbaus durch Belastungswechsel. Schließlich ermöglicht und erfordert Mischarbeit ein so genanntes Mischeinkommen, das nicht mehr allein auf Erwerbsarbeit beruht, sondern zumindest Beiträge zur Grundsicherung aus den anderen Formen von Arbeit bereitstellt.

Abb. 6: Erweiterter Arbeitsbegriff: analytisches Konzept der Mischarbeit



Indem der erweiterte Arbeitsbegriff den Blick für die Zusammenhänge der verschiedenen Arbeiten, ihre Verteilung und Gewichtung öffnet, eignet er sich auch zur Operationalisierung der sozialen Normen der Nachhaltigkeit. Die Potenziale für Nachhaltigkeit auf der Grundlage dieses Konzepts liegen in:

- der Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit, insbesondere durch Umverteilung der Erwerbsarbeit, aber auch der anderen Arbeiten;
- dem Schutz der sozialen Gemeinschaften, insbesondere durch die Aufwertung von Gemeinschaftsarbeit;
- dem Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer insbesondere durch Erwerbsarbeitszeitverkürzung und Belastungswechsel;
- der Gestaltung der Erwerbsarbeit durch die Hereinnahme zunehmender Gestaltungsprinzipien wie Fürsorge und gesellschaftliche Solidarität und Eigenverantwortung sowie

- die Herstellung sozialer und ökologischer Kreisläufe durch die bewusste Gestaltung der Mischarbeit.

Zusammenfassend nimmt dieses Konzept der Mischarbeit, so unsere zentrale These, erstens die wesentlichen Entwicklungstendenzen der Erwerbsarbeit in den hoch industrialisierten Ländern auf, wird zweitens den unterschiedlichen Organisationsformen der Arbeitsgesellschaften in der Ersten, Zweiten und Dritten Welt gerecht, und eröffnet drittens weitere reichende Potenziale zur Gestaltung nachhaltiger Arbeit.

Das Konzept der Mischarbeit ist ein analytisches Konzept und kein neues normatives Modell. Es stellt insofern auch nicht die gegenwärtige und sicher auch zukünftige Dominanz von Erwerbsarbeit in Frage, aber erweitert die Analyse einerseits um die Ausdifferenzierung der Erwerbsarbeit selber wie um die vielfältigen Kombinationsmöglichkeiten mit anderen Arbeiten, die zur Versorgung und Bedürfnisbefriedigung gegenwärtiger und zukünftiger Generationen notwendig sind. Wir finden eine Vielzahl solcher Kombinationen bereits in der heutigen Ökonomie vor. Viele dieser Kombinationen sind verdeckt durch unser bisheriges Arbeitsverständnis, insbesondere im Bereich der Arbeit von Frauen, die zunehmend sowohl in Erwerbsarbeit als auch weiterhin in Versorgungsarbeit tätig sind. Wir finden solche Kombinationen aber auch bei anderen Gruppen, in traditioneller Form z.B. in Form der Nebenerwerbslandwirtschaft, in neueren Formen der Mehrfach-Erwerbsarbeit, beim Erziehungs-„Urlaub“, bei der Teilzeitarbeit von Frauen und bei den Nebenjobs von Schülern und Studenten oder im sozialökologischen Jahr. Wir können hieran erkennen, dass es diese Mischungsformen längst gibt und dass sie durchaus die Lebensqualität erhöhen können, dass sie aber generell ökonomisch und rechtlich sehr prekär ausprägt sind. Das Konzept der Mischarbeit öffnet den Blick für die Ambivalenzen dieses Arbeitstyps.

Zusammenfassend wird das Konzept der Mischarbeit durch sechs Merkmale charakterisiert:

1. Die fortwirkende Dominanz der Erwerbsarbeit und ihrer Transformationsprozesse;
2. das Ergänzungsverhältnis der gesellschaftlichen Arbeiten in alltäglicher und biographischer Perspektive;
3. die Offenheit des Konzepts für die Ausdifferenzierung von Arbeitsverhältnissen, für die Vielfalt von individuellen Kombinationen und biographischen Pfaden;
4. die Berücksichtigung der Differenzen zwischen den vier Arten von Arbeit, die in bezug auf ihre Gestaltungsprinzipien bestehen (Geldeinkommen, Fürsorge, Solidarität, Selbsthilfe), aber auch in bezug auf ihre rechtliche und soziale Rahmung, ihre konkreten Arbeitsformen, die damit verbundenen Kompetenzen und ihre Einkommenseffekte;
5. die Strukturierung der gesellschaftlichen Arbeit in Hinblick auf die Teilhabe der Individuen an den verschiedenen gesellschaftlichen Arbeiten, wobei diese Teilhabe als Grundelement von Lebensqualität und als eine Voraussetzung von sorgfältiger, reflexiver Lebensführung gesehen wird; die Herausarbeitung von Ungleichverteilungen und Umverteilungspotenzialen;

6. der Blick auf Zusammenhänge und mögliche Synergien zwischen diesen Arbeitsformen, Tätigkeitsfeldern, gesellschaftlichen Bereichen; die Hervorhebung der steigenden Bedeutung von Kombinationen (von Arbeit, Einkommen, Qualifikationen, Sicherungssystemen) und Wechselwirkungen (Kreisläufen).

Ein Paradigmenwechsel von Normalarbeit zu flexibler Mischarbeit würde sowohl den Begriff des Arbeitnehmers wie das Konzept von Vollbeschäftigung qualitativ verändern. Insbesondere bei den Ökonomen ist dieses Konzept auf Widerspruch gestoßen, da sie daran festhalten, den Erwerbsarbeitsmarkt zum absoluten Scheidekriterium zwischen gesellschaftlich anerkannter, produktiver und entlohnter Arbeit einerseits und privaten Betätigungen andererseits zu erklären.

Die Konzipierung eines erweiterten Arbeitsbegriffs ist nur ein erster Schritt zu einem neuen Leitbild; sie wirft eine Reihe von gravierenden Fragen und Problemen auf, die im folgenden nur benannt werden:

1. Die Steuerungsprobleme und die Instrumentierung einer auf Umverteilung zielenden Arbeitspolitik im Spannungsverhältnis mit den gegenwärtigen Tendenzen, die eher auf eine Zunahme der Ungleichverteilung hinauslaufen (vgl. z.B. die Idee der Ziehungsrechte im Rahmen einer Lebensarbeitszeit, Offe 2000: 217; Bonus-Malus-Systeme, Spitzley 2001; Freistellungsoptionen, Beck 2000: 63).
2. Die Formen und das Ausmaß der Aufwertung der sogenannten informellen Arbeiten, die den freiwilligen Einstieg in die Mischarbeit erst möglich und attraktiv werden lassen (vgl. Bieseckers [2000] Unterscheidung zwischen gesellschaftlicher, sozialer, finanzieller Aufwertung sowie Honneths [2000, S. 83] Unterscheidung zwischen den Anerkennungsebenen Intim-, Rechts- und Sozialbeziehungen).
3. Mit einer Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeiten und der Aufwertung der informellen Arbeiten ist die Frage des Verhältnisses zwischen den unterschiedlichen Gestaltungsprinzipien der Arbeiten gestellt. Während wir eine Ökonomisierung der informellen Arbeiten beobachten, ist zu fragen, inwieweit ein produktives Nebeneinander dieser Prinzipien zwischen den Sektoren und auch in den einzelnen Sektoren möglich ist (z.B. Vorsorgeprinzipien in Unternehmensstrategien, vgl. Bierter 2000). Hier wird die Einbettung in ein gesellschaftstheoretisches Konzept eine große Rolle spielen (z.B. Zivilgesellschaft).
4. Das Verhältnis von Umverteilung und Wohlstandsniveau. Aufgrund anhaltender Arbeitslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeit, der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und der Einkommensspreizung besteht bei Teilzeiterwerbsarbeit die Gefahr der Absenkung des Einkommens und von Arbeitsarmut. Entsprechend hoch ist die Bedeutung von Konzepten der Grundsicherung und des Mindesteinkommens.
5. Die nach wie vor bestehende Determinationskraft von Erwerbsarbeit, die Abhängigkeit von Einkommen und sozialer Sicherheit von der Teilhabe an Erwerbsarbeit sowie die zunehmende Individualisierung der Arbeitsbeziehungen (Stichwort „Arbeitsunternehmer“) führen zu Machtverhältnissen auf den Arbeitsmärkten, die die Durchsetzungsfähigkeit der Beschäftigten in bezug auf eine optionale Erwerbsarbeitszeit

gestaltung verringern. Die Freiwilligkeit der Kombinationen und die lebenssituative Einpassung der Mischarbeit sind aber entscheidende Voraussetzungen für ihre Produktivität, für ihre Synergieeffekte und ihre soziale Verträglichkeit. Dabei geht es nicht nur um die Ausgestaltung betrieblicher Arbeitszeitmodelle, sondern um kulturelle Grundmuster der Arbeitszentrierung und entsprechende Infrastrukturen.

6. Eng mit der ökonomischen Grundsicherheit und der Freiwilligkeit hängt das Problem von Belastung und Beanspruchung zusammen. Mischarbeit hat einerseits das Potential, bei einer sich ergänzenden Mischung von Arbeiten in fördernden Infrastrukturen eher anregend, motivationsfördernd und entlastend durch Abwechslungsreichtum zu wirken. Wenn die Arbeiten unabgestimmt, unter dem Zwang von Armut oder Bedürftigkeit stattfinden und durch bestehende Infrastrukturen eher behindert werden, dann wird Mischarbeit eher belastungssteigernd wirken und die Lebensqualität verringern (Stichwort: sozialer Stress und Erholungsunfähigkeit).

Diese Fragestellungen verweisen darauf, dass die sozialen Effekte von Mischarbeit von vielfältigen sozialen Konstellationen abhängen, von Zuständen und Strategien in verschiedenen arbeitspolitischen Feldern.

Daran schließt sich natürlich die Frage an, welche Gestaltungsschritte in Bezug auf Arbeit unternommen werden müssten, um Mischarbeit in Richtung von Nachhaltigkeit zu entwickeln. Wir haben diese Strategien im Projekt ausführlich in fünf verschiedenen Handlungsfeldern entwickelt und einer Überprüfung nach ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien unterworfen. In Bezug auf die Gestaltung von Mischarbeit standen dabei folgende sechs Strategieelemente im Vordergrund:

- generelle Arbeitszeitverkürzung,
- gezielte Arbeitsumverteilung,
- Aufwertung informeller gesellschaftlicher Arbeit,
- allgemeine Grundsicherung,
- Regelung von Kombinationen und Übergängen zwischen verschiedenen Arbeiten und
- infrastrukturelle Unterstützung solcher Kombinationen und Übergänge.

Diese noch relativ umfassenden Strategielinien wären jede für sich ausführlich zu diskutieren. Ein Themenfeld wäre die Umsetzung in konkrete Arbeitszeitregelungen. Dazu möchte ich im Folgenden quasi als Illustration für eine zeitpolitische Operationalisierung der Mischarbeit auf zwei Modelle eingehen: in Bezug auf die biografische Perspektive auf das Konzept der Lebensarbeitszeit und in Bezug auf die alltägliche Perspektive auf das Konzept der „work-life-balance“.

5.5 Mischarbeitszeitmodelle

Im Zusammenhang mit der Erosion der Normal-Erwerbsbiographie hatten wir herausgearbeitet, dass die Zahl der Wechsel der Arbeitsverhältnisse und der Wechsel zwischen Arbeiten im Erwerbsarbeitsbereich und informellen Tätigkeiten generell zunehmen wird. Dies wird teilweise im Konzept der Transferarbeitsmärkte von G. Schmidt abgebildet. Im Zusammenhang mit Mischarbeit und Nachhaltigkeit hatten wir dann argumentiert, dass für die Abdeckung individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse eine produktive Kombination dieser verschiedenen gesellschaftlichen Arbeiten sinnvoll sei. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Menschen in ihrem Erwachsenenleben neben der Erwerbsarbeit in verschiedenen Lebensphasen der persönlichen Weiterentwicklung, persönlichen Hobbys, dem Aufbau und dem Leben der Familie und auch gesundheitsfördernden Unterbrechungen widmen wollen und dass sich dies auch auf den Charakter ihrer Arbeit auswirkt. In welchem Ausmaß und zu welchem Zeitpunkt die einzelne Person solche anderen Tätigkeiten ausüben will, gehört ganz sicher zu den wichtigen Freiheiten und zur Lebensqualität westlicher Industriegesellschaften. Dennoch, im Interesse gesellschaftlicher Gleichheit und Teilhabe sowie der Gewährleistung verschiedener gesellschaftlicher und sozialer Versorgungsleistungen, ist es sinnvoll, einen Verteilungsmechanismus für diese Mischarbeit zu finden. Der Vorschlag der Lebensarbeitszeit (z.B. in der Version von Boulin/Hoffmann 2001) geht von einer festen Lebenserwerbsarbeitszeit aus, die um andere Tätigkeiten ergänzt wird. Elemente dieser lebenslangen Arbeitszeitregulation sind:

1. die Verkürzung der wöchentlichen Erwerbsarbeitszeit,
2. regulierte Teilzeitarbeit,
3. lebenslanges Lernen, Bildungsurlaub,
4. Sabbaticals und Erziehungsurlaub, Freistellungen,
5. gleitender Übergang in den Ruhestand.

Aufgrund dieser Institutionalisierung werden die anderen gesellschaftlichen Tätigkeiten systematisch in das Arbeitsleben einbezogen und damit auch einbezogen in das System sozialer Teilhabe und sozialer Sicherheit; auf der anderen Seite wird die individuelle Wahlfreiheit erhalten.

Während das Konzept der Lebensarbeitszeit sich im Längsschnitt auf das gesamte Leben bezieht und dafür eine Neustrukturierung modelliert, ist das Konzept der „work-life-balance“ aus sehr praktischen Personalproblemen von Unternehmen entstanden. Als Verursachung können im Wesentlichen drei Entwicklungen angesehen werden: Erstens ein genereller Wertwandel bei der jungen Generation, der sich am deutlichsten in den Gestaltungsprinzipien der Arbeit in der New Economy ausdrückt (hohe Selbständigkeit mit hoher Arbeitsmotivation, Bereitschaft zu zumindest phasenweise hoher Extensität und Flexibilität von Arbeit, stärkere Integration von Arbeit und Leben). Die zweite Entwicklung ist die steigende Bedeutung von Frauenerwerbstätigkeit auch in qualifizierteren Tätigkeiten, wodurch insbesondere die Frage der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie einen höheren Stellenwert be-

kommt. Drittens schließlich die zunehmende Bedeutung von so genannten High Potentials in multinational agierenden Großunternehmen, d.h. von hoch qualifizierten Leistungsträgern, deren Fähigkeiten von den Unternehmen möglichst intensiv und umfassend genutzt werden sollen. Diese extensive Nutzung (Stichwort „Arbeit ohne Ende“) stößt an menschliche Grenzen, die sich in Leistungseinschränkungen, Krankheit oder Ausstieg manifestieren. Um die Bindung dieser Leistungsträger auch bei Aufrechterhaltung eines hohen Leistungsniveaus zu gewährleisten, sind insbesondere in angloamerikanischen Unternehmen Strategien der „work-life-balance“ entwickelt worden. Ihre Grundform beruht auf drei Prinzipien(nach Friedman/Christensen/De Groot 1998):

1. Die Beschäftigten in aller Deutlichkeit über die Unternehmensziele zu informieren, aber auch die Beschäftigten zu bewegen, ihre persönlichen Ziele in Unternehmen zu thematisieren;
2. die Unterstützung der Beschäftigten als ganze Persönlichkeiten und d.h. ihre außerbetrieblichen Aktivitäten nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch zu würdigen und zu stützen;
3. die ständige Suche nach betrieblichen Lösungen, bei denen sowohl eine optimale betriebliche Performance wie auch die Erreichung der persönlichen Ziele der Beschäftigten gewährleistet werden, und dafür auch die Arbeitsorganisation selbst ständig zu verändern.

Dieses Konzept ist in der Bundesrepublik Deutschland bisher erst am Rande zur Kenntnis genommen worden (vgl. z.B. Personalführung, H. 12/1999); mit der Verbreitung von Zeitkonten wird aber faktisch ein solcher Ausbalancierungsmechanismus für immer mehr Beschäftigte eingerichtet. Zur Illustration sei auf die Selbstdarstellung des Druckwerkstatt Kollektiv Offsetdruck & Verlag verwiesen, die in einer Betriebsvereinbarung bestimmt: „Vor Jahresbeginn gibt jede/r Mitarbeiter/in seine/ihre Arbeitszeitwünsche entsprechend der privaten Lebenssituation und den betrieblichen Anforderungen ab.“

Sowohl durch deren Zustimmung zu zeitweiser Mehrarbeit z.B. im Rahmen von projektförmigen Leistungsvereinbarungen, wie auch durch die prinzipielle Möglichkeit der jederzeitigen Entnahme von Freizeit wird ein betrieblicher Aushandlungsprozess etabliert. Zwischen betrieblichen Interessen und individuellen Interessen und Ressourcen findet eine Abstimmung statt, deren Ergebnis erhebliche Auswirkungen auf die individuelle Arbeits- und Lebensqualität hat. Arbeits- und Lebensqualität werden damit weniger durch kollektive Regelungen strukturiert und sind in höherem Maße ein Ergebnis individueller Aushandlungsprozesse, deren Resultate sich stark nach den jeweiligen Machtverhältnissen und Kontexten unterscheidet. Auch hier finden wir wieder die Figur des unternehmerischen Einzelnen, auf die ich im Zusammenhang mit der zunehmenden Flexibilisierung der Arbeit verwiesen hatte und die auch in Bezug auf ein neues Gesundheitsverständnis im Mittelpunkt gestanden hatte.

5.6 Literatur

- Beck, U. (2000): *Schöne neue Arbeitswelt*. Frankfurt/M., New York
- Bierter, W. (2000): *Dematerialisierung und Beschäftigung im Rahmen einer pluralen Ökonomie*. Discussion Paper P00-521. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin
- Biesecker, A. (2000): *Kooperative Vielfalt und das „Ganze der Arbeit“*. Discussion Paper P00-504. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin
- Bosch, G. (2001): *Konturen eines neuen Normalarbeitsverhältnisses*, in: WSI-Mitteilungen 4/2001, S. 219-229
- Boulin, J.-Y.; Hoffmann, R. (2001): *Lebensarbeitszeit – Die Konzeptualisierung von Arbeitszeit über die gesamte Erwerbsbiografie*. In: dies. (Hrsg.): *Neue Wege in der Arbeitszeitpolitik*. Münster, S. 10-44
- Bundesmann-Jansen J.; Groß; H.; Munz, E. (2000): *Arbeitszeit '99*. Köln
- Friedman, S. D.; Christensen, P.; De Groot, J. (1999): *Arbeit und private Pflichten – der lösbare Konflikt*. In: *Harvard Business Manager* 3/99, S. 1-11
- Hans-Böckler-Stiftung (Hg.) (2000): *Projektabschlussbericht Arbeit und Ökologie*. Berlin, Wuppertal
- Hielscher, V.; Hildebrandt, E. (1999): *Zeit für Lebensqualität. Auswirkungen verkürzter und flexibler Arbeitszeiten auf die Lebensführung*. Berlin
- Honneth, A. (2000) *Die gespaltene Gesellschaft*. In: Pongs, A. (Hg.): *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?* Bd. 2. München, S. 79-102
- IAB-Kurzbericht, hrsg. von der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 14/2000
- Kocka, J.; Offe, K. (Hg.) (2000): *Geschichte und Zukunft der Arbeit*. Frankfurt/M.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hg.) (1998): *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen*. München: Olzog
- MASQT (Hg.) (2001): *Arbeitswelt NRW 2000. Belastungsfaktoren – Bewältigungsformen – Arbeitszufriedenheit*. Düsseldorf
- Offe, K. (2000): *Die Arbeitsgesellschaft*. In: Pongs, A. (Hg.): *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?* Bd. 1. München, S. 197-218
- Pröll, U.; Gude, D. unter Mitarbeit v. M. Ertel (2001): *Gesundheitliche Auswirkungen flexibler Arbeitsformen, Werkstattbericht*. Dortmund, Berlin
- Spitzley, H. (2001): *Arbeitslos und außer Atem? Gesellschaftliche Bedingungen und Perspektiven der Neuverteilung von Arbeit*. In: Steinrücke, M.; Spitzley, H.; Raasch, S.; Mückenberger, U.; Hildebrandt, H. (Hg.): *Neue Zeiten – neue Gewerkschaften*. Berlin, S. 53-71
- Wagner, A. (2000): *Plädoyer für eine Modifizierung des Normalarbeitsverhältnisses*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 8-9/2000, S. 476-485

6. Nachhaltigkeit in der Sozialpolitik am Beispiel der Alterssicherung

Josef Wöss¹

AK Wien

6.1 Einleitung

Die Alterssicherungssysteme werden in den kommenden Jahrzehnten vor allem folgende Herausforderungen zu bewältigen haben:

- ALTERUNG DER BEVÖLKERUNG
- STEIGENDE KOSTEN FÜR ALTERSSICHERUNG
- „FLEXIBILISIERUNG“ DER ARBEIT
- „INDIVIDUALISIERUNG“ DER LEBENSFORMEN

Nachhaltige Alterssicherung heißt, sich diesen Herausforderungen zu stellen und nach Antworten zu suchen. Antworten, die eine gute Alterssicherung auch für zukünftige Pensionisten gewährleisten und die sowohl im Generationenvergleich als auch innerhalb der jeweiligen Generation als gerecht empfunden werden.

Klar ist, dass eine solidarische Alterssicherung auch in Zukunft gebraucht werden wird. Solidarische Alterssicherung ist eines der Kernelemente des Sozialstaats bzw des europäischen Sozialmodells. Das war bisher so, und wird auch in Zukunft so sein (müssen).

Es gilt, dieses Kernelement sozialstaatlicher Sicherung zu bewahren und den sich ändernden Rahmenbedingungen entsprechend weiterzuentwickeln. Ob das gelingen wird, hängt nicht zuletzt vom politischen Willen ab und damit auch davon, welche Weichenstellungen heute gesetzt werden.

Wie im Folgenden gezeigt wird, sind solche Weichenstellungen keineswegs nur innerhalb der Pensionssysteme erforderlich. Mindestens ebenso wichtig sind Maßnahmen, die auf das ökonomische und arbeitsmarktpolitische Umfeld abzielen, in dem Alterssicherung heute und in Zukunft stattfinden muß.

¹ Dr. Josef Wöss ist Leiter der Abteilung Sozialpolitik der Arbeiterkammer Wien. Arbeitsschwerpunkte: Alterssicherung, betriebliche Pensionen, Sozialstaatsdiskussion.

6.2 Herausforderung 1 – Alterung der Bevölkerung

In der öffentlichen Wahrnehmung sind die langfristigen Perspektiven der Alterssicherung sehr eng mit der demographischen Entwicklung verknüpft. Mit Recht wird die Alterung der Bevölkerung als die zentrale Herausforderung gesehen.

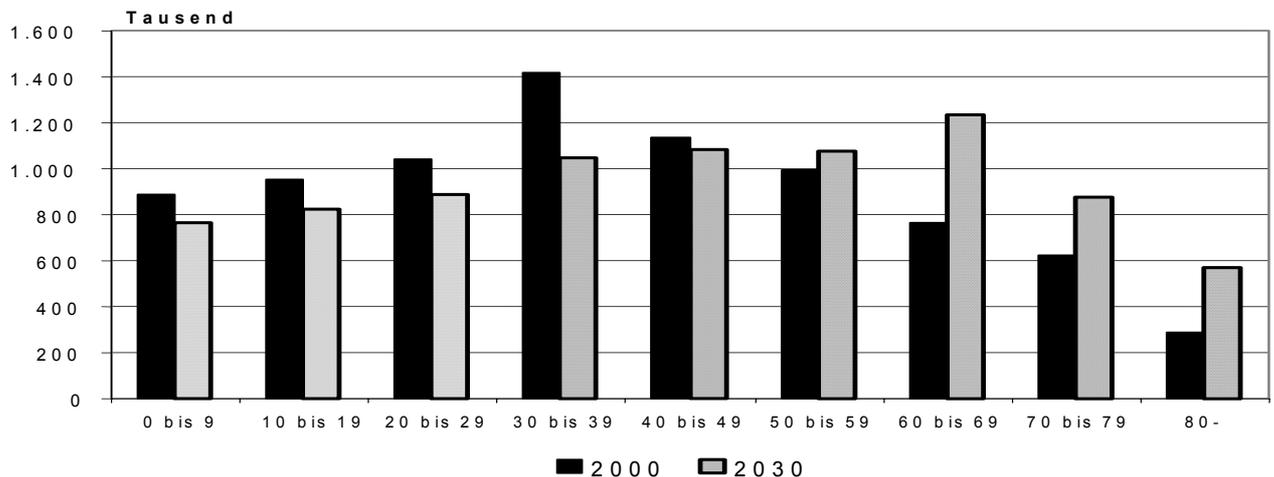
Tab. 1: Anstieg der Altenquote 2000 - 2030²

	Altenquote*	Anstieg (2030/2000)
2000	330	
2010	381	
2020	456	+ 80 %
2030	598	

* Ab 60-Jährige je 1.000 15- bis 60-Jährige

Die Altenquote wird nach den aktuellen Prognosen in Österreich in den kommenden 30 Jahren um 80 % ansteigen! Im Jahr 2030 werden auf 1000 Personen im Alter zwischen 15. und 60.Lebensjahr beinahe 600 Personen im Alter ab dem 60.Lebensjahr entfallen. Die angeführten Werte beziehen sich auf Österreich, in den meisten anderen EU-Staaten sieht die Entwicklung ähnlich aus. Gegliedert nach 10-Jahres-Kohorten ergibt sich folgende Altersstruktur der österreichischen Bevölkerung (mittlere Variante):

Abb.1: Altersstruktur im Jahr 2000/2030³



Derzeit ist die Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen mit Abstand am stärksten besetzt, gefolgt von der Gruppe der 40- bis 49-Jährigen.

Im Jahr 2030 werden die im Jahr 2000 30- bis 39-Jährigen im Alter 60 bis 69 sein. Diese Altersgruppe wird dann aller Voraussicht nach zahlenmäßiger Spitzenreiter sein. Dahinter

² Bevölkerungsvorausschätzung 2001 bis 2050 für Österreich und die Bundesländer, Statistische Nachrichten 9/2001

³ Demographisches Jahrbuch 1999

folgen die 50- bis 59-Jährigen, die 40- bis 49-Jährigen und die 30- bis 39-Jährigen – diese Gruppen werden etwa gleichauf liegen.

Ein erheblicher Unsicherheitsfaktor bei den Demographieprognosen sind die Zu- und Abwanderungsquoten, die sich in Langfristperspektive mit noch weniger Sicherheit vorhersagen lassen als künftige Geburten- und Sterberaten. In der hier verwendeten Bevölkerungshauptprognose von Statistik Österreich wird mit einem jährlichen Wanderungssaldo von +15000 bis +20.000 pro Jahr gerechnet.

Mit Sicherheit ist jedenfalls davon auszugehen – und das zeigen die ausgewiesenen Werte in aller Deutlichkeit –, dass mit einem erheblichen Anstieg des Altenanteils gerechnet werden muss.

Welche Auswirkungen hat die Alterung der Bevölkerung in einem umlagefinanzierten Pensionssystem?⁴

Viele „Pensionsexperten“ ziehen aus dem Anstieg des Altenanteils folgende simple Schlussfolgerung: Anstieg des Altenanteils = Anstieg der Pensionsquote. Nach dieser Logik würde sich die Relation zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern in gleicher Weise entwickeln (verschlechtern) wie die Relation zwischen Personen im Erwerbsalter und Älteren. Eine Betrachtungsweise, die auf geradem Weg zu Zukunftsszenarien führt, wie wir sie alle kennen: über kurz oder lang müsste 1 Aktiver für 1 Pension aufkommen.

Allerdings greift diese Betrachtungsweise entschieden zu kurz. Hier wird etwas ausgeblendet, was für die reale Entwicklung ganz entscheidend ist, nämlich die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Ein Faktum, das seit dem Lissabon-Gipfel auch von EU-Seite mit Nachdruck betont wird.

In einer im Oktober 2000 veröffentlichten Kommissions-Mitteilung⁵ heißt es dazu: „Die langfristige Sicherheit der Renten hängt jedoch nicht nur von der Altenquote ab ... für die Bewertung der Zukunftsfähigkeit der Rentensysteme ist die tatsächliche Anzahl der Erwerbstätigen im Verhältnis zur Zahl der Nichterwerbstätigen wesentlich relevanter. ... Man kann davon ausgehen, dass sich der Anstieg der Altenquote negativ auf die Abhängigkeitsquote auswirkt, jedoch wird es durch eine Senkung der Anzahl Nicht-Erwerbstätiger innerhalb der erwerbsfähigen Bevölkerung möglich sein, die alterungsbedingte finanzielle Belastung der Erwerbstätigen zu verringern. Somit lautet die entscheidende Frage: in welchem Maß wird es möglich sein, die Auswirkungen des Alterns auf die Abhängigenquote durch Anhebung der Erwerbstätigenquoten zu mildern?“

Dieser Einschätzung ist voll beizupflichten. Die entscheidende Frage in Hinblick auf die Auswirkung der Alterung der Bevölkerung auf die Alterssicherungssysteme ist hier in aller Klarheit formuliert.

⁴ Auf die etwas anders gelagerten aber zweifelsohne auch gegebenen (negativen) Auswirkungen eines massiven Anstiegs des Altenanteils auf kapitalgedeckte Systeme kann in diesem Rahmen nicht eingegangen werden.

⁵ Mitteilung der EU-Kommission vom 11.10.2000: „Die Entwicklung des Sozialschutzes in Langzeitperspektive: zukunftsichere Renten“

Welche konkrete Auswirkung unterschiedliche Arbeitsmarktentwicklungen auf die Entwicklung der Pensionsquote haben, wurde zuletzt in einer Studie des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts⁶ aufgezeigt.

Tab. 2: Entwicklung der Pensionsquote – Szenarienrechnung des Wifo

	Konstante Erwerbsbeteiligung Wifo - „Status-Quo“-Szenario		Steigende Erwerbsbeteiligung Wifo - „Nordland“-Szenario	
	Erwerbsquote	Pensionsquote*	Erwerbsquote	Pensionsquote*
2000	67,6 %	619	67,6 %	619
2015	67,6 %	712	72,9 %	669
2030	67,6 %	864	79,9 %	716

* Gesamtzahl aller Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenpensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung auf je 1000 versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse

Das „Status-Quo-Szenario“ wurde vom Wifo unter der Annahme einer bis zum Jahr 2030 konstant bleibenden Erwerbsquote gerechnet, das „Nordland-Szenario“ unter der Annahme, dass die Erwerbsquote im Laufe der kommenden 3 Jahrzehnte auf ein in den nordischen Staaten bereits heute gegebenes Niveau ansteigt.

Bei Eintritt der Erwerbsquotenkonstanz würde es – vor dem Hintergrund einer deutlich sinkenden Zahl an Personen im erwerbsfähigen Alter - zu einem beträchtlichen Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen kommen (müssen)⁷. Eine Entwicklung, die allen Trends der vergangenen Jahre und Jahrzehnte zuwiderlaufen würde und bei einer – aller Voraussicht nach – weiter wachsenden Wirtschaft als sehr unrealistisch einzustufen ist.

Ein Anstieg der Erwerbsquote auf ein nordisches Niveau würde demgegenüber ein Anwachsen der Zahl der Erwerbstätigen im Ausmaß von 0,4 % pro Jahr erfordern, ein Anstieg, der in etwa der durchschnittlichen Entwicklung in den vergangenen 3 Jahrzehnte folgen würde.

Bei Realisierung des „Status-Quo-Szenarios“ würde die Pensionsquote von derzeit 619 auf 712 im Jahr 2015 und auf 864 im Jahr 2030 ansteigen.

Bei Realisierung des - ambitionierten aber keineswegs unrealistischen - „Nordland-Szenarios“ würde der Anstieg der Pensionsquote wesentlich geringer ausfallen. Die Pensionsquote erreicht in diesem Szenario im Jahr 2030 den Wert 716. Die Pensionsquote würde damit im Vergleich zum Jahr 2000 nur um 16 % höher liegen und das obwohl der Altenanteil im gleichen Zeitraum um etwa 80 % ansteigt!

Folgendes Schaubild zeigt die Ergebnisse der Wifo-Szenarienrechnungen

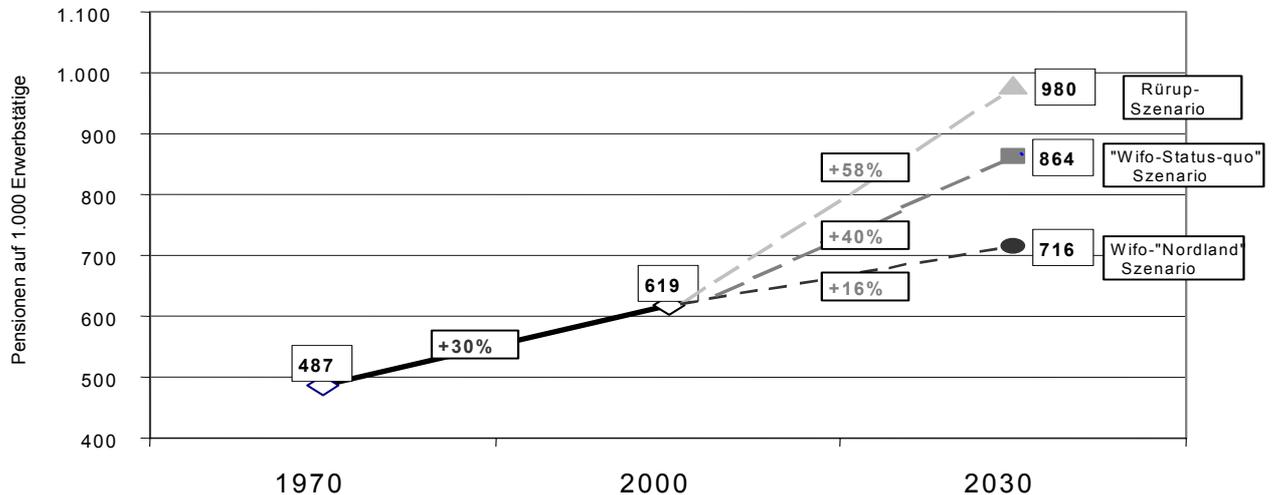
a) im Vergleich zur Entwicklung der Pensionsquote in den letzten 30 Jahren und

⁶ A.Guger, Ch.Mayrhuber: Arbeitsmarktperspektiven und Pensionsfinanzierung bis 2030, in: Wifo-Monatsberichte 9/2001, S 553 ff

⁷ Es sei denn es kommt zu sehr hohen Zuwanderungszahlen

b) im Vergleich zum vieldiskutierten „Rürup-Szenario“ aus dem Jahr 1997, das von sehr pessimistischen Arbeitsmarktannahmen ausgegangen ist.

Abb.2: Pensionsquote 1970 - 2030



Bei Umsetzung des „Nordland-Szenarios“ würde der Anstieg der Pensionsquote in den kommenden 3 Jahrzehnten erheblich hinter dem 30 %-Anstieg im Zeitraum 1970 bis 2000 zurückbleiben. Im extrem vorsichtigen „Status-Quo-Szenario“ wäre der Anstieg der Pensionsquote mit plus 40 % um 10 Prozentpunkte stärker als zwischen 1970 und 2000.

Die vom Wifo durchgeführten Szenarien-Rechnungen belegen mit aller Deutlichkeit die Richtigkeit des EU-Ansatzes, die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in den Mittelpunkt einer nachhaltigen Alterssicherungspolitik zu stellen. Ein Ansatz, der in der innerösterreichischen Diskussion von Arbeiterkammer und ÖGB seit langem vertreten wird, bisher aber in der breiten Öffentlichkeit nur wenig Gehör gefunden hat.

Es würde hier zu weit führen, näher auf die Erfordernisse für eine steigende Erwerbsbeteiligung, für „mehr und bessere Arbeitsplätze“ (wie es in den EU-Beschlüssen von Lissabon heißt) einzugehen. Das Wichtigste in Stichworten:

- Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie (familiengerechte Arbeitszeiten, Kinderbetreuungseinrichtungen, Einkommensschutz während der Elternkarenz, Wiedereinstiegshilfen, etc)
- Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze und generell Verbesserung der Erwerbschancen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- Verbesserung des Gesundheitsschutzes und generell der „employability“ der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Qualifikation, etc)
- Aufhebung der strikten Trennung von Bildungs-, Erwerbsarbeits- und Pensionsphase (flexiblere Übergänge, Bildungskarenzen, etc)

In all diesen Bereichen ist dringender Handlungsbedarf gegeben und das nicht nur im Interesse der Zukunft der Alterssicherung (Dämpfung des Anstiegs der Pensionsquote), sondern auch in allgemein sozialpolitischem Interesse (Sicherung von Teilhabechancen für alle) und in unmittelbar wirtschaftspolitischem Interesse (Verhinderung künftiger Engpässe beim Arbeitskräfteangebot). Bedenkt man, dass das Wirksamwerden der meisten Maßnahmen nicht von heute auf morgen erwartet werden kann, dass im Gegenteil im Regelfall ein Zeithorizont von mehreren Jahren (wenn nicht sogar Jahrzehnten) einkalkuliert werden muß, so sollten diese Aufgaben besser heute als morgen gezielt in Angriff genommen werden.

Die Forderung nach einem integrierten Ansatz zur Sicherung der Zukunft der Rentensysteme wird seit den Lissabon-Beschlüssen auch von EU-Seite massiv eingefordert.⁸ Isolierte Reformen des Pensionssystems greifen demgegenüber zwangsläufig zu kurz, sie müssen vielmehr als integrierter Bestandteil eines umfassenden Gesamtkonzepts unter ganz zentralem Einschluß der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik verstanden werden.

Zusammenfassung:

Nachhaltige Alterssicherung vor dem Hintergrund einer Alterung der Bevölkerung (mit sinkender Zahl der Personen im Erwerbsalter und einem steigenden Altenanteil) verlangt gezielte Maßnahmen zur:

- **Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen und zur**
- **Erhöhung der Erwerbsbeteiligung (und damit zur Dämpfung des Anstiegs der Pensionsquote)**

6.3 Herausforderung 2 – Steigende Kosten

Wenngleich durch Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik das Demographieproblem zu einem erheblichen Teil abgefangen werden kann, wird nicht zu vermeiden sein, dass sich bei massiv steigendem Altenanteil

- die Relation zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern zu einem gewissen Grad verschlechtern wird und
- in Folge mit Mehrkosten für die Alterssicherung gerechnet werden muss.

Vom Economic Policy Committee (EPC) der EU wurden vor kurzem Langfristszenarien zur Ausgabenentwicklung in den öffentlichen Alterssicherungssystemen gerechnet:⁹

⁸ vgl zB Kommissions-Mitteilung „Unterstützung nationaler Strategien für zukunftssichere Renten durch eine integrierte Vorgehensweise“ vom 2.7.2001

⁹ Economic Policy Committee: „Budgetary challenges posed by ageing populations“, Brüssel 24.10.2001

Tab. 3: EPC-Rechnungen zur Ausgabenentwicklung in öffentlichen Alterssicherungssystemen

	„Current-policy“- Szenario		„Lissabon“- Szenario	
	2000	2030	2000	2030
Deutschland	11,8 %	15,5 %	11,8 %	14,2 %
Schweden	9,0 %	11,4 %	9,0 %	10,4 %
Österreich	14,5 %	18,1 %	14,5 %	15,8 %

Im Schaubild sind die Ausgabenprognosen für Deutschland, Schweden und Österreich angeführt. Von Interesse sind vor allem die prognostizierten Ausgabenentwicklungen. Die Absolutwerte der ausgewiesenen BIP-Anteile sind hingegen nur sehr bedingt aussagekräftig, weil in den Rechnungen leider nur Ausgaben von öffentlichen Systemen, nicht aber Ausgaben für andere Formen der Alterssicherung (Betriebspensionen und private Lebensversicherungen) berücksichtigt worden sind. Der Ländervergleich wird hierdurch zu Lasten jener Länder verzerrt, die - so wie Österreich - ihre Alterssicherung zu einem hohen Teil über die gesetzlichen Systeme organisiert haben. Die Vergleichbarkeit wird darüber hinaus auch durch andere Differenzen, wie zB durch unterschiedliche steuerliche Bestimmungen (teils Brutto-, teils Nettoentenen) erschwert.

Im „Current-Policy-Szenario“ wird vor allem in Deutschland und in Österreich mit kräftigen Aufwandssteigerungen gerechnet. Das EPC geht im „Current-Policy-Szenario“ von sehr vorsichtigen Arbeitsmarktannahmen aus. Das „Lissabon-Szenario“ setzt dagegen auf Realisierung der ambitionierten Ziele der EU-Beschlüsse (dynamische Wirtschaftsentwicklung, steigende Erwerbsquoten, etc).

Nach dem „Current-Policy-Szenario“ würde sich in Österreich ein Anstieg der öffentlichen Ausgaben für Alterssicherung von derzeit 14,5 % auf 18,1 % des BIP, im „Lissabon-Szenario“ hingegen nur ein Anstieg auf 15,8 % des BIP ergeben.

Ähnlich wie Extremvarianten zur Entwicklung der Pensionsquote werden auch pessimistische Ausgabenprognosen gern als Anlass für eine Infragestellung der langfristigen Finanzierbarkeit der Pensionen ins Treffen geführt.

So wie bei den Pensionsquoten ist aber auch bei der Ausgabenentwicklung Panikmache fehl am Platz.

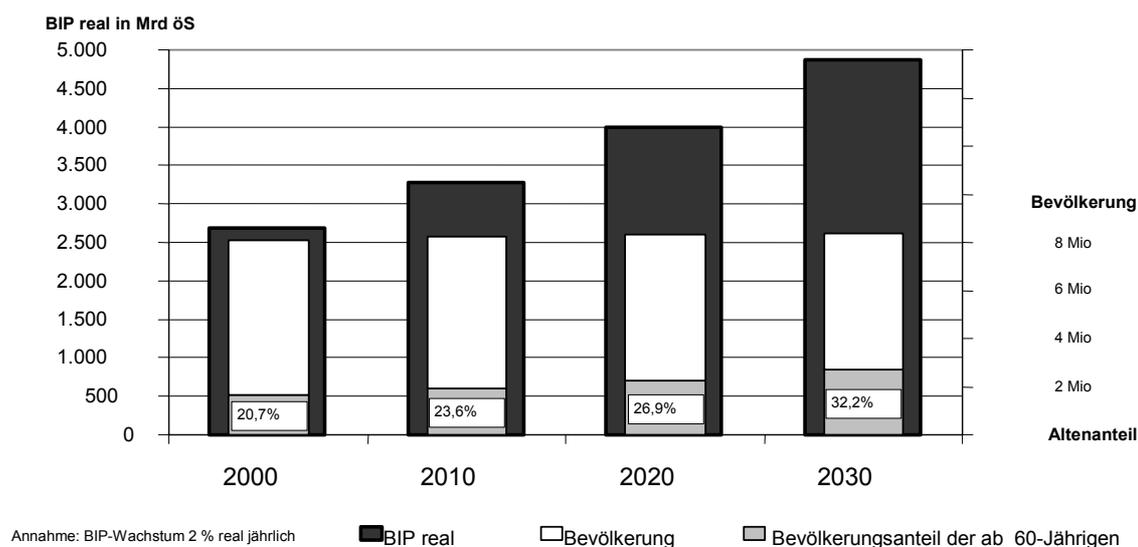
Prof Esping-Andersen und andere haben in ihrem vor kurzem vorgestellten Alterssicherungs-Bericht für die belgische Präsidentschaft¹⁰ darauf hingewiesen, dass Fairness zwischen den Generationen nur herstellbar bzw auch in Zukunft erhaltbar ist, wenn ein gewisser Anstieg der Kosten für die Alterssicherung akzeptiert wird. Wenn die Zahl der Älteren in Relation zu

¹⁰ G.Esping-Andersen, D.Gallie, A.Hemerijck, J.Myles: A New Welfare Architecture for Europe?

den Personen im erwerbsfähigen Alters massiv ansteigt, dann fordert die intergenerative Gerechtigkeit, dass ein höherer BIP-Anteil für die Alterssicherung aufgewendet wird.

Dass das – bei entsprechendem politischen Willen – auch leistbar ist, zeigt nicht zuletzt ein Blick auf das ökonomische Potential, das durch eine wachsende Wirtschaft geschaffen wird. Im folgenden Schaubild wird dieses Potential in einer Gesamtschau mit der Bevölkerungsprognose sichtbar gemacht.

Abb.3: „BIP-Szenario und Bevölkerungsentwicklung“¹¹



Bei einem angenommenen Wirtschaftswachstum von real 2 % im Durchschnitt der nächsten 30 Jahre würde im Jahr 2030 ein um 80 % höheres Bruttoinlandsprodukt erreicht werden. Die Bevölkerungsgesamtzahl bleibt demgegenüber den Prognosen nach mehr oder minder konstant bei 8 Millionen. Es liegt auf der Hand, dass eine derartige Entwicklung erhebliche Gestaltungsspielräume eröffnen würde.

Bei der Bevölkerung ändert sich wohl nicht die Gesamtzahl, sehr wohl aber die Altersstruktur. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung steigt der Anteil der Ab-60-Jährigen bis 2030 von derzeit knapp 21 % auf über 32 %. Ein Faktum, dass all jenen zu denken geben sollte, die eine Limitierung der Alterssicherungsausgaben auf dem derzeit erreichten BIP-Anteil einfordern. Die Umsetzung dieser Forderung würde - vereinfacht dargestellt - heißen, dass jener Anteil am BIP, der heute für 20 % der Bevölkerung aufgewendet wird, in Zukunft auf gut 30 % „verteilt“ werden soll. Ein verteilungspolitisch mehr als problematisches Politikkonzept!

Esping-Andersen und seine Mitautoren weisen einen anderen Weg, sie fordern eine faire Verteilung der steigenden Alterssicherungskosten auf Pensionisten und Erwerbstätige. Ziel sollte es ihrer Meinung nach sein, die relative Einkommensposition der Älteren im Vergleich mit den Erwerbstätigen im Generationenvergleich auf ähnlichem Niveau zu halten, wobei steigende Kosten für die Erwerbsgeneration nach Möglichkeit nicht über höhere Beitrags-

¹¹ Bevölkerungsschätzung 2001 bis 2050 für Österreich und Bundesländer, Statistische Nachrichten 9/2001; eigene Berechnungen

sätze, sondern in erster Linie über andere Finanzierungsformen aufgebracht werden sollten - Vorschläge, die in die richtige Richtung weisen.

Zusammenfassung:

Nachhaltige Alterssicherung vor dem Hintergrund steigender Kosten verlangt:

- **(ressourcenschonende) Wachstumspolitik**
- **Nutzung kostendämpfender Potentiale (Dämpfung des Anstiegs der Pensionsquote)**
- **Faire Verteilung verbleibender Mehrkosten zwischen den Älteren und den Erwerbstätigen**

6.4 Herausforderung 3 – „Flexibilisierung“ der Arbeit

Ein bestimmendes Phänomen der Gegenwart ist die „Flexibilisierung“ der Arbeit – und vieles spricht dafür, dass dieses Phänomen weiter an Bedeutung gewinnen wird.

Die „Flexibilisierung“ zeigt sich insbesondere in der Ausbreitung diverser atypischer Arbeitsformen (neue Formen der Arbeit im Grenzbereich zwischen Unselbständigkeit und Selbständigkeit, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit, befristete Beschäftigung, verschiedene Teilzeitmodelle, etc), in der zunehmenden Zahl von Berufsunterbrechungen (Arbeitslosigkeit, Bildungskarenzen, etc) und generell in der steigenden Mobilität am Arbeitsmarkt.

Die durchgehende Beschäftigung bei einem Arbeitgeber wird immer seltener, mehrmaliger Arbeitgeberwechsel im Laufe eines Erwerbslebens mehr und mehr zur Normalität. Eine hohe Zahl von Beschäftigten ist von vornherein auf Kurzzeitbeschäftigungen angewiesen.

Tab. 4: Beendete Arbeitsverhältnisse - Dauer (1999)

Dauer	Anzahl
Bis 12 Monate	600.000
1 bis 5 Jahre	300.000
5 bis 25 Jahre	200.000
Über 25 Jahre	30.000
Insgesamt	1,100.000

Bemerkenswert ist vor allem das hohe Maß an Mobilität am österreichischen Arbeitsmarkt. Die Frage, inwieweit mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfaßt sind, ist damit für die Qualität von Alterssicherungssystemen von zentraler Bedeutung.

Ein sehr wichtiges Qualitätskriterium in Hinblick auf mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist zB, ob in einem System Wartezeiten bzw Unverfallbarkeitsfristen vorgesehen sind: Die - in vielen Betriebspensionssystemen gegebene - Bindung eines Pensionsan-

spruchs an eine bestimmte Beschäftigungsdauer in einem Unternehmen bewirkt den de facto Ausschluß mobiler Arbeitnehmer. Weitere zentrale Qualitätskriterien für mobile Arbeitnehmer bzw für viele atypisch Beschäftigte sind die Anrechnung/Nichtanrechnung bestimmter Erwerbsunterbrechungen (wegen Arbeitslosigkeit, Kindererziehung, etc) und das Vorhandensein/Nichtvorhandensein einer Mindestsicherung. In aller Regel gibt es beide Elemente nur im Rahmen gesetzlicher Alterssicherungssysteme – Fakten, die ganz eindeutig für die Priorisierung derartiger Alterssicherungsformen auch in Zukunft sprechen.

Vieles spricht dafür, dass solche Qualitätskriterien allein schon aus dem Grund der Entwicklungen in der Arbeitswelt in Zukunft immer wichtiger werden, wenn der solidarische Zusammenhalt zwischen jung und alt bzw innerhalb der Älteren nicht verloren gehen soll. Von Proponenten einer Verlagerung der Alterssicherung von den gesetzlichen Systemen hin zur sogenannten 2. und/oder 3. Säule (Betriebspensionen bzw Privatpensionen) wird dieser Zusammenhang gerne übersehen. Betriebspensionen und Privatpensionen können eine sinnvoll Ergänzung, in aller Regel aber keinen vollwertigen Ersatz für öffentliche Sicherungssysteme (mit sozialen Ausgleichsmechanismen) bilden.

Zusammenfassung:

Nachhaltige Alterssicherung vor dem Hintergrund einer „Flexibilisierung“ der Arbeitswelt verlangt klare Priorität für

- **Sicherungssysteme, die neue Arbeitsformen und mobile Arbeitnehmer ohne jede Einschränkung mit einschließen**
- **Sicherungssysteme, die solidarische Ausgleichsmechanismen beinhalten**

6.5 Herausforderung 4 – „Individualisierung“ der Lebensformen

Ein weiteres zentrales gesellschaftliches Phänomen ist die „Individualisierung“ der Lebensformen. Die Zahl der Single-Haushalte, der Alleinerzieherinnen, der Scheidungen, etc steigt deutlich an. Und ähnlich wie bei der „Flexibilisierung“ der Arbeit deutet alles darauf hin, dass die Entwicklung weiter fortschreiten wird.

Viele der bestehenden Alterssicherungssysteme gehen gleichzeitig von einem Familienbild aus, das mit diesen neuen Realitäten nicht mehr übereinstimmt - von einem Familienbild, bei dem der Frauenerwerbstätigkeit bestenfalls eine Zusatzfunktion hinsichtlich des Haushaltseinkommens zukommt.

Diesem Familienbild entsprechend ist beispielsweise in der gesetzlichen Alterssicherung in Österreich die eigenständige Alterssicherung der Frauen noch immer sehr unzureichend entwickelt. Etwa 4 von 10 Frauen im Alter über 60 haben keinen eigenen Pensionsanspruch! Vergleichsweise gut ist hingegen die abgeleitete Versorgung bei Tod des Ehepartners (440.000 Frauen bezogen im Jahr 2000 eine Witwenpension aus der gesetzlichen Pensionsversicherung).

Das Ungleichgewicht zwischen (vielfach sehr niedrigen oder gar nicht vorhandenen) Eigenpensionen und relativ hohen Hinterbliebenenpensionen spiegelt sich unter anderem in den Medianwerten der Pensionshöhen. Im Jahr 2000 lag dieser Wert bei Witwenpensionen bei öS 8.016, bei den Invaliditätspensionen der Frauen hingegen nur bei öS 6.582! Selbst bei den Alterspensionen der Frauen lag der Medianwert mit öS 8.509 nur knapp höher als bei den Witwenpensionen.

Niedrige (oder im Extremfall gar nicht vorhandene) Eigenpensionen werden aber auch in vielen intakten Familien als ungerecht empfunden – und das mit Recht. Die damit einhergehende extreme ökonomische Abhängigkeit vom Partnereinkommen ist generell mit dem anerkannten Ziel der selbstbestimmten Lebensführung nicht vereinbar.

Was muß getan werden, um den neuen Realitäten gerecht zu werden, um sicherzustellen, dass alle eine eigenständige Alterssicherung erreichen können und dass (mit einem modernen Menschenbild nicht vereinbare) Abhängigkeiten im Alter vermieden werden?

In erster Linie ist die Sicherstellung/Herstellung gleichberechtigter Teilhabechancen während der Ausbildungs- und Erwerbsphase erforderlich. Vor allem in der Erwerbsphase bestehen für Frauen nach wie vor massive Erschwernisse. Das reicht von der noch immer weit verbreiteten einseitigen Zuordnung von Haushalts- und Erziehungsarbeiten über die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bis hin zu sehr unterschiedlichen Karrierechancen und geschlechtsspezifischen Lohndifferenzen.

Im Pensionsrecht im engeren Sinn sind vor allem ein stärkerer Nachteilsausgleich für Zeiten der Kindererziehung, die Beseitigung indirekter Frauendiskriminierungen (z.B.: partnereinkommensabhängige Ersatzzeitenanrechnung bei der Notstandshilfe), die verstärkte Berücksichtigung von Pflegezeiten und ein Ausbau der bedarfsorientierten Mindestsicherung erforderlich.

In Mittel- bis Langfristperspektive könnte eine eigenständige, familienstandsunabhängige Alterssicherung vom Partnereinkommen abgeleitete Hinterbliebenenpensionsansprüche zu einem Gutteil entbehrlich machen.

Ebenso wie die „Flexibilisierung“ der Arbeit erfordert auch die „Individualisierung“ der Lebensformen ein hohes Maß an solidarischem Ausgleich mit erhöhtem Nachteilsausgleich für Kindererziehung, etc und damit nahezu zwangsläufig einen Vorrang für öffentliche Alterssicherungssysteme, in denen diesen Erfordernissen am ehesten Rechnung getragen werden kann.

Schlußfolgerung:

Nachhaltige Alterssicherung vor dem Hintergrund einer „Individualisierung“ der Lebensformen verlangt

- **verbesserte Erwerbschancen für Frauen**
- **Stärkung der eigenständigen Alterssicherung der Frauen**
- **Ausbau der (bedarfsorientierten) Grundsicherung**

7. Arbeitnehmerbeteiligung am Umweltschutz als ein Baustein sozialer Nachhaltigkeit

Beate Littig¹

Institut für Höhere Studien

7.1 Einleitung

Das Thema „Arbeitnehmerbeteiligung am Umweltschutz als ein Baustein sozialer Nachhaltigkeit“ bedarf einiger grundlegender Ausführungen, denn sowohl der Begriff ArbeitnehmerInnenbeteiligung als auch soziale Nachhaltigkeit bedürfen der Erläuterung. Dementsprechend beginnt dieser Beitrag mit einigen Überlegungen zu den Prinzipien sozialer Nachhaltigkeit. Daran schließen sich einige Erläuterungen zur ArbeitnehmerInnenbeteiligung an betrieblichen Umweltschutzmaßnahmen an, die sich auf die wichtigsten Ergebnisse einer vom IHS im Auftrag der Arbeiterkammer durchgeführten Studie zu diesem Thema beziehen (Grießler/Littig 2000).

Abschließend möchte ich ausblicksartig einige Überlegungen zur notwendigen Beteiligung von ArbeitnehmerInnen an der Umsetzung sozialer Nachhaltigkeit darlegen.

7.2 Überlegungen zu einem Leitbild sozialer Nachhaltigkeit

Nachhaltige Entwicklung wird üblicherweise als ein Leitbild für gesellschaftliche Entwicklung aufgefasst, das jedenfalls drei verschiedene Dimensionen miteinander verschränken soll: ökologische, ökonomische und soziale Leitziele. Die Integration dieser Leitziele zielt auf die Herstellung internationaler wie intergenerativer Gerechtigkeit, letztlich also auf die globale Umverteilung vorhandener, begrenzter und bislang ungerecht verteilter Ressourcen und Chancen. Eine gewisse Übereinkunft scheint darin zu bestehen, dass es auf der ökonomischen Ebene um die Schaffung eines neuen, ressourcenärmeren Wohlstands gehen muss, auf der ökologischen Ebene um die Sicherung des gesellschaftlichen Stoffwechsels und auf der sozialen Ebene um die Sicherung von Lebensqualität.

¹ Univ. Doz. Dr. Beate Littig ist Soziologin am Institut für Höhere Studien in Wien. Arbeitsschwerpunkte: Umweltsoziologie, Umweltbewusstsein, Umweltverhalten, nachhaltige Arbeit, Frauen und Ökologie, Biotechnologie.

Der Partizipation, i.S. eines Mitsprache- und Mitgestaltungsrechts aller relevanten Akteure oder Akteursgruppen, wird für die Umsetzung dieser nachhaltigen Leitideen hohe Bedeutung beigemessen.

Doch die Operationalisierung dieser Leitideen ist alles andere homogen, insbesondere mit Blick auf die sozialen Leitziele, diese beschränken sich oftmals auf die zeitgeistige und undifferenzierte Forderung nach der Partizipation verschiedener Bevölkerungsgruppen an sog. Nachhaltigkeitsmaßnahmen.

Aus meiner Sicht bedarf die Entwicklung und Begründung eines Leitbildes sozialer Nachhaltigkeit einer grundlegenden Analyse komplexer gesellschaftlicher Zusammenhänge und des gegenwärtigen sozialen Wandels. Was ich damit meine, möchte ich im folgenden kurz umreißen:

Meine Überlegungen zu einem Leitbild nachhaltiger Entwicklung gehen von der Feststellung aus, dass die Forderungen nach einer nachhaltigen Entwicklung moderner Gesellschaften in einer gesellschaftlichen Konstellation laut werden, die ich als Krise der fordistischen Arbeitsgesellschaft beschreiben möchte.

Moderne fordistische Arbeitsgesellschaften lassen sich dadurch charakterisieren, dass die Erwerbsarbeit zentraler Orientierungspunkt für die soziale und ökonomische Entwicklung, die soziale Sicherung, die bürgerschaftliche Integration sowie für die individuellen Lebensentwürfe und ist. Andere Lebensbereiche und Tätigkeiten sind der Erwerbsarbeit untergeordnet.

Fordistische Arbeitsgesellschaften basieren auf vier zentralen Voraussetzungen:

- Nahezu unbegrenzte Nutzung billiger natürlicher Lebensgrundlagen
- Unbegrenzt warenförmige Bedürfnisbefriedigung
- Hierarchische Geschlechterverhältnisse
- Kleinfamilie als zentrale Form der Vergemeinschaftung.

Vor der Krisenanfälligkeit moderner Arbeitsgesellschaften hat bereits Ende der 50er Jahre Hannah Arendt vor dem Hintergrund der Rationalisierungsschübe in den USA gewarnt: "Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?" (Arendt 1981, S. 11–12)

Spätestens seit den 80er Jahren wird diese Warnung auch in Europa infolge wachsender Arbeitslosigkeit unter dem Schlagwort "Krise der Arbeitsgesellschaft" thematisiert. Zur Diskussion stehen seither tiefgreifende strukturelle Wandlungsprozesse der Erwerbsarbeit, steigende Arbeitslosenzahlen und Verarmungstendenzen, Wertewandel, Effektivitätsprobleme des Sozialstaats, frauenpolitische Forderungen nach einer Neuordnung der geschlechterdifferenzierenden Arbeitsteilung, die Auflösung der traditionellen Kleinfamilie als Norm des Zusammenlebens und nicht zuletzt auch umweltpolitische Einwände gegen die herrschenden Produktions- und Konsumtionsweisen.

Präziser wäre es in diesem Zusammenhang, von der Krise der männlicherwerbsarbeitszentrierten Gesellschaft zu sprechen, der eine "Feminisierung" in mehrfacher Hinsicht widerfährt: "Man kann gleichsam von einer "Feminisierung" der Arbeit im doppelten Sinn sprechen: Feminisierung bedeutet zum einen die steigende Zahl erwerbstätiger Frauen. ... Feminisierung bedeutet zum anderen eine Prekarisierung und Informalisierung von Arbeitsverhältnissen: der Anstieg diskontinuierlicher Erwerbskarrieren, ungeschützter Arbeitsverhältnisse, nicht existenz-sichernder Teilzeitarbeit und befristeter Arbeitsverträge." (Sauer 1999, S. 230) An die Stelle der weitgehend regulierten Erwerbs-Arbeitsbedingungen (Gesetze und Tarifverträge) und quasi standardisierten Erwerbs-Arbeitsstrukturen (Normalarbeitszeit, Normalbiographie, Beruflichkeit) und relativ homogenen sozialen Großgruppen (ungelernte Arbeiter, Facharbeiter und Angestellte) ist die Ausdifferenzierung und Globalisierung der (Erwerbs-)Arbeit getreten.²

Die Ursachen der tiefgreifenden Wandlungsprozesse des fordistischen Industriekapitalismus, die sich in den letzten dreißig Jahren vollzogen haben, werden in den Sozialwissenschaften unterschiedlich verortet. In den achtziger und den frühen neunziger Jahren wurden die Dominanz des Neoliberalismus gegenüber sozialpolitischen Reformstrategien sowie neue politische und ökonomische Machtverhältnisse (Stichwort: Globalisierung) mit den Veränderungsprozessen in Zusammenhang gebracht. Diese Entwicklungen galten als Ursachen für den Paradigmenwechsel staatlicher Politiken, weg von der nationalstaatlich orientierten keynesianischen Interventions- und Nachfragepolitik hin zu einer Angebotspolitik, die sich an dem Ziel internationaler Wettbewerbsfähigkeit (Stichwort: Standortsicherung) orientiert.

Seit den 90er Jahren wird die Transformation des fordistischen Entwicklungsmodells, die neue Konstellation von Politik, Ökonomie und Technologie, auch als Ausfluss der sich rapide verbreitenden Informationstechnologien und der Entwicklung einer Informationsgesellschaft interpretiert: "Mit der systematischen Erzeugung und Anwendung von Wissen durch forcierte Forschung und Entwicklung, mit der 'Verwissenschaftlichung' industrieller Produktion beruhen Nutzen und Gebrauchswert von Produkten und Leistungen ebenso wie die Effektivität und Effizienz der zugrunde liegenden Arbeitsprozesse selbst mehr und mehr auf dem in ihnen verkörperten Wissen. Dieser Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft ist mit weitreichenden Umwälzungen verbunden (...). Nicht Globalisierung ist folglich das Problem und die Ursache unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern der noch weitgehend unbewältigte Umbruch von der warenproduzierenden Industriegesellschaft zur problemlösenden Wissensgesellschaft." (Brödner 1999, S. 148–149). Die wissenschaftliche Aufmerksamkeit und die Suche nach politischen Gestaltungsmöglichkeiten kreist seither um die Begriffe wissensbasierte Ökonomie, Innovation, Flexibilität u. a. m. Die Konsequenzen dieser neuen Entwicklungen sind noch weitgehend unbestimmt. Sie werden jedoch als sehr weitreichend angesehen: „The informational economy, as with all historically distinctive forms of production, is characterised by its specific culture and institutions (...) of a common matrix

² Diese Trends beschreiben die Auflösung des fordistischen Gesellschaftskonzepts, das die entwickelten kapitalistischen Staaten seit dem Ende des 2. Weltkriegs bestimmte. In den Sozialwissenschaften wird der Auflösungsprozess des fordistischen Industriekapitalismus postfordistische Transformation oder als Beginn des Postfordismus gedeutet, ein Begriff, dessen genaue Konturierung - wie bei 'Post'-begriffen üblich (z. B. Postmoderne, Postfeminismus etc.) - noch aussteht.

of organisational forms in the processes of production, consumption, and distribution (...) by the development of a new organisational logic which is related to the current process of technological change, but not dependent on it." (Castells 1996, S. 151 f.). Die wissenschaftliche Arbeit über die Entwicklungen der wissensbasierten Ökonomie/ Informationsgesellschaft konzentriert sich derzeit auf die Beschreibung der neuartigen Prozesse innerhalb und zwischen Unternehmen und Organisationen sowie daraus resultierenden neuen Anforderungen an deren Organisation und die Erwerbstätigen. Mit Blick auf politische Erfordernisse geht es in erster Linie um eine neue Technologie- und Innovationspolitik, Bildungs- und Lernpolitik. Die Folgen einer weitgehend flexibilisierten Erwerbsarbeit (Zeitarbeit, Teleheimarbeit, Teilzeitarbeit, zeitweilige Arbeitslosigkeit usw.) für die private Lebensführung und somit den Bereich der informellen Arbeit werden in diesem Kontext bislang kaum thematisiert.³ Die „Krise der fordistischen Arbeitsgesellschaft“ wird weniger in die Richtung gedeutet, dass ihr die Arbeit ausgehen könnte, als vielmehr, dass sie neue Anforderungen an das Erwerbsarbeitsleben und seine Rahmenbedingungen, politisch, betriebswirtschaftlich wie persönlich, stellt.⁴

Zur Behebung der Krise des arbeitszentrierten fordistischen Modells gibt es nun eine Reihe von Lösungsvorschlägen, die sich grob in zwei Gruppen einteilen lassen:

Erwerbsarbeitszentrierte Lösungsvorschläge und solche, die um einen neuen erweiterten Arbeitsbegriff bemüht sind.

Zu den erwerbsarbeitszentrierten Strategien, gehören sowohl die neoliberalen Deregulierungsansätze wie auch die breite Palette von Konzepten zur Arbeitszeitverkürzung, Konzepte zur Einrichtung einer negativen Einkommenssteuer sowie die, die auf eine Erhöhung der Energieeffizienz zielen. Feministische Ansätze finden sich vor allem in dieser ersten Gruppe mit Forderungen nach einer generellen Arbeitszeitverkürzung für alle sowie der Schaffung neuer professioneller und rechtlich und sozial abgesicherter Erwerbsarbeitsplätze (z.B. im Pflege- und Erziehungsbereich oder als personennahe Dienstleistungen).

Im Zentrum der Diskussionen um nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Arbeit stehen die eines neuen erweiterten Arbeitsbegriffs, der Etablierung von „Mischarbeit“ (aus informeller

³ Eine prominente Ausnahme ist Saskia Sassen, die die Ausbreitung der informellen Arbeit (i.S.v. Erwerbstätigkeiten außerhalb der geregelten Ökonomie) in den Großstädten der USA als Konsequenz der globalisierten Wissensökonomie ansieht: „eine zentrale Forschungsthese, die meine Forschungen zum informellen Sektor bestimmt, ist, daß die Bedingungen für seine Entwicklung in den Prozessen der ökonomischen Umstrukturierung zu suchen sind, die zum Verfall der des produktionsorientierten industriellen Komplexes der Nachkriegszeit und zum Aufstieg eines neuen, dienstleistungsdominierten ökonomischen Komplexes führen. Die spezifischen Prozesse, die eine Informalisierung der Arbeit fördern, umfassen a) zunehmend ungleiche Einkommen und eine damit zusammenhängende Umstrukturierung der Konsumgewohnheiten, die sich durch eine Polarisierung in einkommensstarke Bevölkerungsschichten auf der einen und solche mit niedrigem Einkommen auf der anderen Seite ergibt und b) das Unvermögen vieler Anbieter von Gütern und Dienstleistungen, die Teil der neuen Konsumstruktur sind, in den Wettbewerb um den Zugang zu den notwendigen Ressourcen im urbanen Kontext treten zu können, da gerade in diesem Bereich führende Sektoren die Preise von Geschäftsflächen, Arbeitskraft und andere Kosten empfindlich in die Höhe geschraubt haben.“(Sassen 1997, S. 236). Inwieweit diese Prozesse (auch Gentrifikation) auch in Europa stattfinden, wäre zu prüfen.

⁴ Die Abkehr von der wohlfahrtsstaatlichen Industriegesellschaft und neoliberale Hinwendung zur postfordistischen Wissensgesellschaft wird auch begleitet vom Leitbild eines neuen Sozialcharakters, des selbstverantwortlichen und selbstinitiativen "Arbeitskraftunternehmers"; eines Individuums, das seiner gesamten Existenz eine unternehmerische, marktfähige Form geben soll.

und formeller Arbeit) und deren institutionelle und sozialstaatliche Absicherung im Sinne eines einkommensunabhängigen Grundeinkommens. Von diesen neuen Mischarbeitsformen wird zum einen erwartet, dass sie die drohenden Identitäts- und Einkommensverluste durch sinkende Erwerbsarbeitsmöglichkeiten kompensieren könnten und zugleich Potentiale für eine Ökologisierung der Arbeit und der alltäglichen Lebensführung enthält. Ziel ist deshalb eine gesellschaftliche Aufwertung der informellen Arbeit (vgl. HBS 2000).⁵

Geleitet von den normativen Prinzipien des Nachhaltigkeitsdiskurses wird die Lösung der globalen ökologischen Krise in der grundlegenden Veränderung der vorherrschenden umweltzerstörenden Produktions- und Konsumtionsweisen (nach nördlichem Vorbild). Diese Perspektive führt zu einer grundlegenden Infragestellung gesellschaftlicher Organisationsprinzipien, an zentraler Stelle dem fordistischen Erwerbs-Arbeitsgesellschaften und ihrer inhärenten Massenproduktion und (kompensatorischem) Massenkonsumtion. Vor diesem Hintergrund ist für die Formulierung eines Leitbildes sozialer Nachhaltigkeit die Neuorganisation der gesellschaftlichen Arbeit und der sozialen Sicherungssysteme zentral. Der starken Erwerbsarbeitszentrierung gegenwärtiger Arbeitsgesellschaften ist dabei Rechnung zu tragen; nicht nur im Hinblick auf die Einkommenssicherung, sondern insbesondere mit Blick auf die psycho-sozialen Funktionen von Erwerbsarbeit (z.B. Zeitstrukturierung und Identität), sondern auch die bürgerschaftliche Integration aufgrund der hohen sozialen Anerkennung durch Erwerbsarbeit. Die Ökologisierung von bestehender Erwerbsarbeit hat bei der Restrukturierung höchste Priorität. Nimmt man die feministischen Analysen der geschlechtlichen Arbeitsteilung ernst, so ist die Schaffung neuer umweltverträglicher Erwerbsarbeitsplätze in der bislang informellen Ökonomie eine wichtige Strategie zur weiteren Arbeitsmarktintegration von Frauen.

Gemäß der normativen sozialen Prinzipien von Nachhaltigkeit verlangt das Leitbild soziale Nachhaltigkeit, das als Orientierungsmarke für eine nachhaltige Entwicklung moderner Arbeitsgesellschaften gelten kann, aber noch weitere Elemente zu seiner Bestimmung. Die folgende Liste enthält die 10 Kriterien, die mir für ein derartiges Leitbild zentral erscheinen und die ich hiermit zur Diskussion stellen möchte:

⁵ Aus feministischer Sicht ist die Idee eines neuern Leitbildes der Arbeit, eines erweiterten Arbeitsbegriffs grundsätzlich zu begrüßen. Es wird aber kritisiert, daß sich eine Reihe von Mythen um diesen aufgewerteten informellen Sektor ranken. Zum einen fällt auf, daß der Hausarbeit und Familienarbeit in diesen Konzepten wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Vielmehr stehen Vorstellungen einer nichtentfremdeten handwerklichen Eigenarbeit und einer gemeinschaftsstiftenden zivilgesellschaftlichen Bürgerarbeit in Initiativen und Selbsthilfegruppen im Vordergrund. Ob diese per se ökologisch verträglich sind, ist erst zu überprüfen. Von feministischer Seite ist vielfach Skepsis gegen eine weitere Entmonetarisierung und Entprofessionalisierung der zivilgesellschaftlichen Arbeit geäußert worden, da sie allzu leicht als schlecht bezahlte Arbeit in erster Linie Frauen überlassen bleibt. Statt dessen wird viel stärker auf die Schaffung gesicherter Erwerbsarbeitsplätze in der informellen Ökonomie gesetzt. Und nicht zuletzt wird eine gleichwertige Verteilung der Haus- und Familienarbeit zwischen Männern und Frauen verlangt, die nachdrücklicherer Methoden als der des üblichen Appells an die Motivation der Geschlechter bedarf. Verlangt werden vielmehr eine entsprechende Infrastruktur für die Kinderbetreuung und pflegebedürftiger Angehöriger sowie symbolische Maßnahmen zur Umverteilung der reproduktiven Arbeit z.B. eine entsprechende Verankerung im Familienrecht. Ökologische Überlegungen spielen allerdings bei der feministischen Kritik eine geringe Rolle. Vorschläge von ökologisch-feministischer Seite wie die Subsistenzperspektive und das vorsorgende Wirtschaften, die eine grundlegend neue normative Orientierung des Wirtschaftens verlangen, werden auch innerhalb des feministischen Mainstreams eher marginalisiert (Littig 2001).

1. Materielle Existenzsicherung/Bedürfnisbefriedigung und soziale Sicherheit durch neue Modelle sozialer Sicherung
2. Physische und psychische Gesundheit
3. Gesellschaftliche Integration (auch von Randgruppen und MigrantInnen)
4. Politische Partizipation und „Empowerment“ durch neue partizipative Politikformen
5. Geschlechtergerechtigkeit (u.a. durch Umverteilung von Arbeit, gendermainstreaming)
6. Wohlfahrts- und Gerechtigkeitsorientierung (Solidarität und sozialer Zusammenhalt)
7. Globale Gerechtigkeit
8. Regionale und lokale Orientierung (zur Verringerung des Verkehrsaufkommens, zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts)
9. Generationengerechtigkeit
10. Wahlfreiheit für verschiedene Lebensführungsmodelle über das gesamte Leben.

7.3 ArbeitnehmerInnenbeteiligung am Umweltschutz

Ziel des Projektes "Umwelt und Arbeit/ Integrierter Umweltschutz – innerbetriebliche Veränderung und Partizipation" ist laut Anbot die "Erfassung, Untersuchung und Beurteilung innerbetrieblicher Veränderungen für Arbeitnehmer durch integrierten Umweltschutz". (Grießler/Littig 2000) Dabei sollte insbesondere die Rolle der BetriebsrätInnen berücksichtigt werden. Es ging also im weitesten Sinn um die Erfahrungen der Belegschaft und ihrer Vertretungen bei der Umsetzung von betrieblichen Umweltschutzprogrammen wie EMAS, ISO 14001, Ökoprotif/Prepare und Betriebe im Klimabündnis, die bis im Sommer 2000 in 532 österreichischen Betrieben durchgeführt worden sind.⁶ Anzumerken ist allerdings, dass nur 247 Betriebe (46%) gewerkschaftlich organisiert waren und somit Teil des untersuchten Samples waren. Von diesen wurden 79 auswertbare Fragebögen zurückgeschickt.

Nur in 58% der Fälle gaben die befragten Betriebsräte an, dass sie an der Durchführung der Umweltschutzprogramme in irgendeiner Form beteiligt waren. Diese Beteiligungsformen

⁶ Zur Klärung dieser Fragestellungen hat das Forschungsteam des IHS ein vierstufiges Forschungsdesign erstellt, welches folgende Schritte umfasste: 1. Eine explorative qualitative Erhebung mit Betriebsräten in 8 ausgewählten Betrieben verschiedener Branchen 2. Eine repräsentative schriftliche Befragung von BetriebsrätInnen aus österreichischen Betrieben, die nachweislich Maßnahmen des integrierten Umweltschutzes durchgeführt haben. 3. Zwei Fokus-Gruppen-Diskussionen zur Überprüfung der Ergebnisse und Empfehlungen und 4. Ein kurzer Überblick über europäische Erfahrungen (Gespräche mit ExpertInnen des europäischen IRENE-Netzwerks)

können nun sehr unterschiedlich sein⁷. Die aktive Beteiligung spielt gegenüber der Einbindung durch Information eine deutlich geringere Rolle.

Tabelle 1 Wie war der Betriebsrat in die Entwicklung und Umsetzung des USP eingebunden?

Der Betriebsrat	Zustimmung in %
wurde im Umwelt- oder Sicherheitsausschuß über das USP informiert	68,8
wurde über den Ist-Zustand des Unternehmens im Umweltbereich informiert	66,7
arbeitete bei der Entwicklung des USP mit (z.B. im Umweltteam)	37,5
informierte die Belegschaft über das Umweltschutzprogramm (z.B. Betriebsversammlung)	34,0
nahm an Ausbildungskursen zum Thema betrieblicher Umweltschutz teil	17,0
war anders eingebunden	6,4

Quelle: IHS Erhebung 2000, Mehrfachnennungen möglich

Unterschiedliche Beteiligungsformen gibt es nach Auskunft der Belegschaftsvertreter auch bei der Belegschaft insgesamt:

Tabelle 2 Wie war die Belegschaft in die Entwicklung und Umsetzung des USP eingebunden?

Die Belegschaft	Zustimmung in %
wurde über das Umweltschutzprogramm informiert (z.B. Gespräche, Mitarbeiterzeitung, Aushang).	71,9
wurde am Arbeitsplatz zum Bereich betrieblicher Umweltschutz unterwiesen.	64,1
hat am Umweltschutzprogramm mitgearbeitet (z.B. Umweltzirkel bzw. Umweltarbeitskreise).	53,1
wurde auf Abteilungsbesprechungen über das Umweltschutzprogramm informiert.	51,6
hat Umweltschutzideen eingebracht (z.B. über Vorschlagswesen bzw. eigenes Gewinnspiel).	43,8
besuchte interne Schulungen zum Bereich betrieblicher Umweltschutz	40,6
besuchte externe Schulungen zum Bereich betrieblicher Umweltschutz.	18,8
war anders eingebunden.	6,5

Quelle: IHS Erhebung 2000, Mehrfachnennungen möglich

⁷ Die Tabellen entstammen alle dem Bericht von Griebler/Littig 2000.

Bezieht man Häufigkeit und Form der direkten Einbindung der Belegschaft wiederum auf alle organisierten USP Betriebe, so zeigt sich, daß die Belegschaft in einem stärkeren Ausmaß als der Betriebsrat in USP eingebunden war.

In mehr als der Hälfte der Betriebe (53%) arbeitete die Belegschaft am USP mit, und in 44% der Betriebe hat die Belegschaft Ideen eingebracht. Relativ groß ist damit aber auch – und das ist die andere Seite der Medaille - die Zahl der Betriebe in denen die Belegschaft nicht mitgearbeitet (47%) und keine Ideen eingebracht hat (56%).

Warum ist nun die Einbindung der Belegschaft bei der Durchführung der USP wichtig?

ArbeitnehmerInnen sind von den betrieblichen Umweltschutzprogrammen in mehrfacher Hinsicht betroffen:

Sie setzen die Programme um und sind damit von eventueller Mehrarbeit betroffen bzw. profitieren von Arbeitersparnissen.

Sie können bei USP gewinnen, wenn diese zur Verbesserung von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz beitragen.

Sie können ihr Können, und ihre Anliegen einbringen und damit die Programme mitgestalten und in ihrem Sinne verbessern.

Alle diese Gründe sprechen dafür, die MitarbeiterInnen in die Planung und Umsetzung von USP einzubinden. Dabei kann insbesondere der Betriebsrat als „Sprachrohr der Belegschaft“ eine wichtige Rolle spielen.

Insgesamt haben USP für die Belegschaft eher positive Auswirkungen:

Die Programme brachten Verbesserungen der Umweltsituation des Betriebs, aber auch Verbesserungen für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten.

Die in Diskussionen um Umweltschutz häufig geäußerte Befürchtung, daß Umweltschutz zu Arbeitsplatzverlusten führen könnte, hat sich nicht bestätigt. In den Betrieben kam es zu keinen Arbeitsplatzverlusten. Die wenigen Arbeitsplätze, die geschaffen wurden, betrafen die Organisation des USP.

Generell haben die USP in den meisten Betrieben die Arbeitsorganisation und den Arbeitsaufwand weder verbessert noch verschlechtert. Traten Veränderungen ein, so zeigen sich bei Arbeitsorganisation und Arbeitsaufwand unterschiedliche Bilder. Änderungen der Arbeitsorganisation waren für die Beschäftigten in den meisten Betrieben positiv, während Änderungen des Arbeitsaufwands für die Beschäftigten in den meisten Betrieben negativ waren.

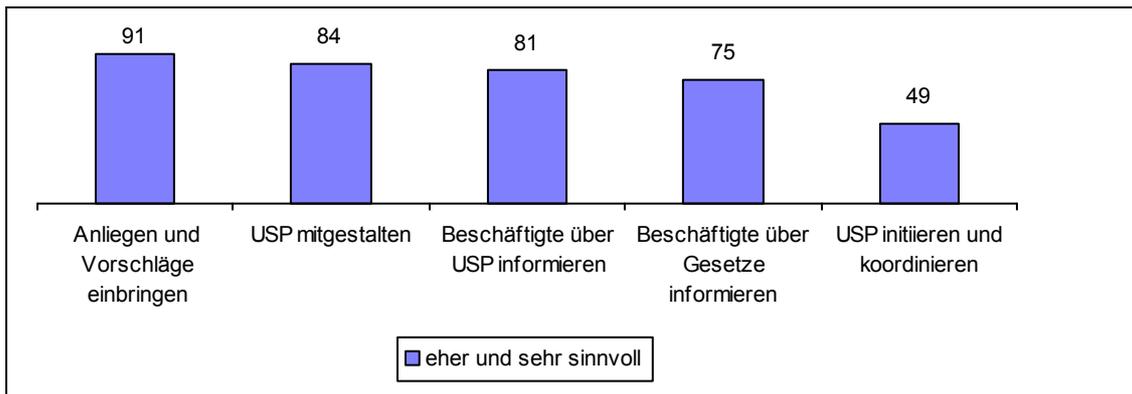
Die USP waren in der überwiegenden Mehrzahl von Betrieben mit Schulungen der Beschäftigten verbunden, die vor allem Abfall- und Sicherheitsbeauftragte, Koordinatoren des Umweltschutzprogramms und Fachkräfte betrafen.

Obwohl USP vor allem der Aufgabenbereich von ProjektleiterInnen, externen BeraterInnen und ManagerInnen sind, können BetriebsrätInnen bei der Planung und Umsetzung eine wichtige Rolle übernehmen.

USP sind keine einmaligen Aktionen, sondern komplexe Organisationsentwicklungsprozesse, in deren Verlauf im Unternehmen neue Werte gefunden, durchgesetzt und gemeinsam von MitarbeiterInnen, Betriebsrat und Management getragen werden müssen. Umweltschutz kann somit Teil der „corporate identity“ werden. Dabei können BetriebsrätInnen aufgrund ihres Vertrauensverhältnisses zur Belegschaft eine wichtige Aufgabe übernehmen. Häufig agieren sie als VermittlerInnen zwischen Management und Belegschaft, d.h. im Tausch für die Berücksichtigung von Belegschaftsinteressen und –anliegen durch das Management, informieren und motivieren sie MitarbeiterInnen und unterstützen damit die Umsetzung des USP.

BetriebsrätInnen sehen für sich sehr klare Aufgaben bei USP. Sie wollen Anliegen und Vorschläge der Beschäftigten einbringen, mitgestalten, und MitarbeiterInnen informieren. Nur weniger als die Hälfte der Befragten sieht sich als InitiatorIn und KoordinatorIn.

Tabelle 3: Welche Aufgaben können BetriebsrätInnen bei Umweltschutzprogrammen (USP) sinnvoll übernehmen?



(Quelle: IHS Erhebung 2000)

Im Gegensatz zu diesem klaren Bekenntnis zu aktiver Mitarbeit ist eine vergleichsweise geringe Zahl von BetriebsrätInnen aktiv in USP eingebunden.

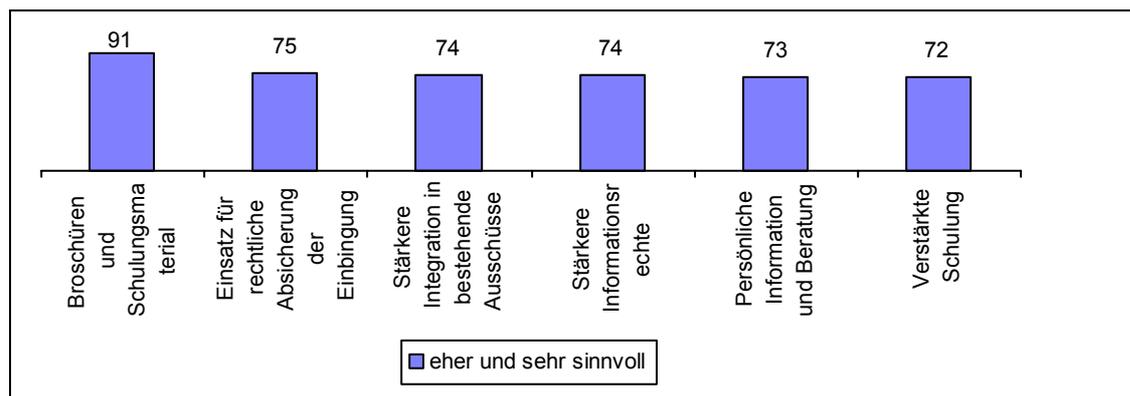
Die Ergebnisse der Studie zeigen, daß Umweltschutzprogramme für BetriebsrätInnen aus vielerlei Gründen ein schwieriges und ambivalentes Thema sind. Zunächst geht der Anstoß zu solchen Programmen nur selten vom Betriebsrat selbst aus. USP kommen über Kunden und Behörden von außen in den Betrieb und werden zumeist vom Management lanciert. Mit anderen Worten ist Umweltschutzprogramm ein Thema, auf das BetriebsrätInnen häufig zu reagieren gezwungen sind. Ein weiterer Faktor ist, daß BetriebsrätInnen Umweltschutz häufig als ein Randthema ihrer vielfältigen Arbeit betrachten. In einem Ranking betriebsrätlicher Arbeitsfelder reihen die befragten BetriebsrätInnen Umweltschutz an die vorletzte Stelle. Dieses für Umweltschutz an sich ernüchterndes Ergebnis ist jedoch insofern zu relativieren, als die mit Umweltschutz eng verknüpften Bereiche „Gesundheitsschutz“ und „Arbeitssicherheit“ an zweiter und dritter Stelle liegen. Hier bestehen also für BetriebsrätInnen Ansatzpunkte für betrieblichen Umweltschutz. Dennoch ist Umweltschutz im Betrieb nicht selbstverständlich. Oftmals müssen BetriebsrätInnen die Belegschaft in zeitaufwendigen

ständig. Oftmals müssen BetriebsrätInnen die Belegschaft in zeitaufwendigen Gesprächen von Wichtigkeit dieses Themas überzeugen.

Aber Faktoren, die die Beteiligung von BetriebsrätInnen an USP erschweren sind nicht nur auf der Motivationsebene zu finden. Es fehlen auch rechtliche Grundlagen für die Beteiligung des Betriebsrats an Umweltschutzprogrammen.⁸ Daneben sind insbesondere BetriebsrätInnen in Klein- und Mittelbetrieben, die selten freigestellt sind und den Großteil ihrer Betriebsratsarbeit in ihrer Freizeit leisten, auch aufgrund der thematischen Breite ihrer Aufgaben zeitlich stark belastet. Die Vermutung, dass Konflikte mit dem Management das Engagement von BetriebsrätInnen hemmen könnten, hat sich nicht bewahrheitet. Umweltschutzprogramme sind ein Thema mit geringem Konfliktpotential zwischen Betriebsrat und Management.

Die Maßnahmen, welche die Beteiligung von BetriebsrätInnen an USP fördern können, liegen auf verschiedenen Ebenen. Zum einen wünschen sich die meisten befragten BetriebsrätInnen von der AK Informationsmaterial, persönliche Information und Beratung. Aber auch die gesetzliche Ebene hat in den Augen der BetriebsrätInnen starkes Gewicht. Etwa zwei Drittel der befragten BetriebsrätInnen wünschen sich eine stärkere Integration von Umweltschutz in bestehende Ausschüsse und eine Stärkung der Informationsrechte der BetriebsrätInnen im Bereich Umweltschutz. Eine große Mehrheit von befragten BetriebsrätInnen spricht sich auch für verstärkte Schulung aus (z.B. Informationsaustausch zwischen BetriebsrätInnen, Entwicklung der Fähigkeiten zur Motivation der Belegschaft). Ein wichtiger Ansatzpunkt für Schulung ist sicherlich auch die Verbindung zwischen Umweltschutz und den beiden zentralen Bereichen betriebsrätlicher Tätigkeit „Arbeitssicherheit“ und „Gesundheitsschutz“ zu betonen.

Tabelle 4: Welche Maßnahmen sind wichtig, um die Einbindung des Betriebsrats in USP zu verbessern?



(Quelle: IHS Erhebung 2000)

Um die Beteiligung von BetriebsrätInnen an USP zu fördern, wären aber auch Maßnahmen in den Betrieben wichtig. Das umfaßt die Schaffung finanzieller Anreize für Belegschaft, sich am USP zu beteiligen. Wichtig wäre auch die Schaffung nachhaltiger betrieblicher Strukturen, die eine „Kultur des Umweltschutzes“ fördern. Ein zentraler Punkt ist jedoch, dass ins-

⁸ Der Entwurf der EMAS 2 Verordnung sieht auch nur eine freiwillige Beteiligung der Belegschaftsvertretungen bei.

besondere die Beteiligung der BetriebsrätInnen von Klein- und Mittelbetrieben rasch an Kapazitätsgrenzen stößt. Wenn sich BetriebsrätInnen aber verstärkt an USP beteiligen sollen, sind Strategien notwendig, die diese Kapazitätsprobleme lösen helfen.

7.4 Resümee und Ausblick

Die anfänglichen Ausführungen über das Leitbild soziale Nachhaltigkeit dürften deutlich gemacht haben, dass soziale Nachhaltigkeit weitaus mehr umfasst als die Beteiligung von Belegschaften an betrieblichen Umweltschutzprogrammen. Und ein Betrieb, der betriebliche Umweltschutzprogramme mit dem Ziel der Verringerung von Ressourcenverbrauch, Emissionen und Abfallmengen von Unternehmen durchführt, ist noch lange kein nachhaltiger Betrieb. Dazu bedarf es weiterer organisatorischer Anstrengungen, die ein nachhaltiges, sozial- und umweltverträgliches Arrangement von Arbeit und Leben ermöglichen. Dennoch zeigt die Studie des IHS, dass die Mitarbeit an bzw. Mitgestaltung von solchen Programmen BetriebsrätInnen und Belegschaft die Möglichkeit, Anliegen und Interessen der Beschäftigten in den Bereichen Umweltschutz, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz einzubringen und damit zu einer wirkungsvolleren Umsetzung der Programme beiträgt. Insofern stellt die Beteiligung von ArbeitnehmerInnen an betrieblichen Umweltschutzprogrammen einen kleinen aber wichtigen Baustein sozialer Nachhaltigkeit dar. Weitere Bausteine sind erst noch zu entwickeln, und sie überschreiten möglicherweise auch die Möglichkeiten einzelner Betriebe. Doch auch wenn die konkreten Formen dieser Bausteine noch unklar sein mögen, im Sinne einer umfassenden nachhaltigen Entwicklung müssen sie ein Gebäude ergeben, das die gesamte Lebensführung und deren strukturellen Voraussetzungen nachhaltig verändert. Das bedeutet u.a., Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialformen zu entwickeln, die weniger auf (kompensatorischen) materiellen Konsum abzielen, die eine gerechtere Verteilung der Arbeit zwischen Männern und Frauen sowie zwischen Jungen und Alten ermöglichen und ein im emphatischen Sinn gutes Leben für alle ermöglichen.

7.5 Literatur

- Arendt, H. 1981: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München
- BUND/Misereor (Hg.) 1996: *Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*, Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Basel/Boston/Berlin
- Brödner P. 1999: *Innovationsfähigkeit – unternehmerische Grundlage der Vorauswirtschaft*, in: Brödner P./Helmstädter E./Widmaier B. (Hg.): *Wissensteilung. Zur Dynamik von Innovation und kollektivem Lernen*, München
- Castells M. 1996: *The Rise of the Network Society, Vol.I, The Information Age. Economy, Society, and Culture*, Blackwell
- Grießler, E./Littig, B. 2000: *Umwelt und Arbeit. Integrierter Umweltschutz – innerbetriebliche Veränderung und Partizipation*, Endbericht im Auftrag der österreichischen Bundesarbeiterkammer, Institut für Höhere Studien Wien
- HBS (Hans Böckler Stiftung) (Hg.) 2000: *Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie*, Düsseldorf: Eigenverlag
- Hildebrandt, E. 1999: *Arbeit und Nachhaltigkeit. Discussionpaper Nr P99-502 des Wissenschaftszentrums Berlin*
- Littig, B. 1995: *Die Bedeutung von Umweltbewußtsein im Alltag. Oder: Was tun wir eigentlich, wenn wir umweltbewußt sind?*, Diss., Frankfurt am Main u.a.

- Littig, B. 2001: *Feminist Perspectives on Environment and Society*. Pearson Education, London et al.
- Sassen, S. 1997: Informalisierung in den Global Cities der hochentwickelten Marktwirtschaften: hausgemacht oder importiert? In: Komlosy, A./C. Parnreiter/I. Stacher/S. Zimmermann (Hg) 1997 *Unregelt und Unterbezahlt. Der informelle Sektor in der Weltwirtschaft*, S. 235-248
- Sauer, B. 1999: "Es rettet uns (k)ein höh'eres Wesen ..." Neoliberale Geschlechterkonstrukte in der Ära der Globalisierung. In: Stolz-Willig, B./M. Veil, (Hg.): *Es rettet uns kein höh'eres Wesen. Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft*. Hamburg S. 215-239

8. Soziale Dimensionen beim Konsum: Der neue Waren- und Unternehmenstest

Karl Kollmann¹

AK Wien

8.1 Vorbemerkung

Im folgenden Beitrag geht es vorerst um einen Blick auf den modernen „Konsum“ in unseren zeitgenössischen (postmodernen) Gesellschaften, und in einer zweiten Perspektive dann, um dahinterliegende Interessenslagen von Verbrauchern, Unternehmern, sowie drittens schließlich um praktikable Möglichkeiten, Konsum und Produktion sozial verträglicher zu gestalten.

Der kombinierte Waren- und Unternehmenstest, der neben der Produktqualität auch die soziale und ökologische Qualität des Unternehmens bewertet, und der hier als Informationsmittel für Verbraucher und als Anforderungsprofil für Unternehmen angesprochen wird, scheint ein ideales Instrument zur besseren Integration des Marktprozesses in das gesellschaftliche Umfeld zu sein. Dieses umfassende Qualitätsmaß läßt sich darüberhinaus auch unter anderem als Investment-Anforderungsprofil (für daran interessierte Akteure) nutzen.

8.2 Moderner Konsumismus

Besieht man sich heute die Konsumlandschaft, das Marktgeschehen und die Einstellungen und Verhaltensweisen, mit denen Menschen in unseren Gesellschaften mit „Konsum“ umgehen, dann scheint sich der erste Eindruck weiter zu verstärken: „Konsumismus“² ist eine dominante und für viele Menschen willkommene Lebensform geworden. Für große Teile der Bevölkerung ist zureichender Konsum: also sich angenehme Dinge leisten, mit anderen mithalten können, Fun und Erlebnisse haben, mobil sein, moderne Technologien nützen, eine ganz wichtige Angelegenheit.³ Ergänzend kommt damit hinzu, daß - obschon die Subsistenz-

¹ ao Univ. Prof. Dr. Karl Kollmann ist stv. Leiter der Abteilung Konsumentenpolitik der Arbeiterkammer Wien. Arbeitsschwerpunkte: Verbraucherpolitik, Konsumforschung, Neue Kommunikationstechnologien.

² Vgl. bspw. Franz Hochstrasser: Konsumismus und Soziale Arbeit. Bern, Stuttgart, Wien 1995.

Im angloamerikanischen Sprachraum ist mittlerweile der Terminus „consumerism“ an diese Stelle getreten, vgl. Robert Swagler: Evolution and Applications of the Term Consumerism: Theme and Variations, in: Journal of Consumer Affairs, Vol. 28, 2/1994, S 347-360.

³ Günter Wiswede: Lean Consumption – Anpassung an neue Realitäten, in Silvia Gräbe (Hg.): Privathaushalte im Umbau des Sozialstaats, Frankfurt, New York 1997, Seite 71-87.

leistungen nicht abnehmen - die Marktabhängigkeit der Menschen sich weiter vergrößert hat. Ohne permanenten Konsum ist ein adäquates Überleben in modernen Gesellschaften nicht mehr möglich.

Auf der im Vergleich zur Konsumlandschaft abstrakteren Ebene der Werte, zeigt sich ein Wiedererstarken des Materialismus und ein Abflauen der sogenannten postmaterialistischen Orientierung. Diese „Re-Materialisierung“ läßt sich im Längsschnitt recht eingängig dokumentieren, doch dazu später.⁴ Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch in der Zunahme der Bedeutsamkeit ökonomischer Elemente in Sozialbeziehungen, in der Ökonomisierung des Soziallebens und damit des Alltagslebens. Und, es geht beim Konsum nicht nur um kaufbare Lebensqualitäten, - Konsumgüter sind aus der klassischen Rolle als Bedarfsdeckungsmittel heute vielfach herausgehoben in eine neue Funktion als Kommunikationsmittel und Mittel zur Gewinnung von Aufmerksamkeit in Öffentlichkeiten.⁵

8.3 Fragmentierungen

Ein seit geraumer Zeit deutlich werdender Trend ist die Fragmentierung einer einmal vgl. homogenen Gesellschaft, wie sie bis in die 70er Jahre und in einer Reihe von Dimensionen bis in die 80er Jahre hinein in Mitteleuropa bestand. Was die angloamerikanische Marketingwissenschaft als „postmodern“ zu bezeichnen begann und bekannt machte, ist für diese fragmentierten, unterschiedlichen Lebensstil-Gruppen insgesamt ein strukturelles Merkmal. Re-Materialisierung und Postmodernität treffen sich hier: „I shop therefore I am.“⁶

Eine Verbindung zur bereits erwähnten Aufmerksamkeitsökonomie ergibt sich aus dem Sachverhalt des „customizing consumer“, - das postmoderne Produkt ist nicht mehr fix und fertig, reif zum Verbrauch, sondern es ist vielmehr ein Prozeß, den der Verbraucher fertig stellen kann und muß, womit er auch ein Produzent (besser: Coproduzent) seines Lebensstils, und in einer Clusterung dieser selbst mitproduzierten Lebensstile, dieser Hyperrealität wird.⁷

Das dezentrierte Subjekt, fragmentiert und flexibilisiert gemäß den modernen betriebswirtschaftlichen und arbeitsmarktbezogenen Anforderungen im erwerbswirtschaftlichen Bereich, verfügt auch nicht mehr über genügend Inklusion,⁸ um sich von dieser Entwicklung abzusetzen.

Trotz der seit den 90er Jahren wieder eingesetzten Re-Materialisierung – also einer Abwendung von postmateriellen Haltungen hin zu materialistischen Einstellungen, wenn man hier

⁴ Markus Klein, Manuela Pötschke: Gibt es einen Wertewandel hin zum reinen Postmaterialismus? Eine Zeitreihenanalyse der Wertorientierung in der westdeutschen Bevölkerung zwischen 1970 und 1997. In: Zeitschrift für Soziologie 3/2000, Seite 202-216.

⁵ Georg Franck: Ökonomie der Aufmerksamkeit. München, Wien 1998.

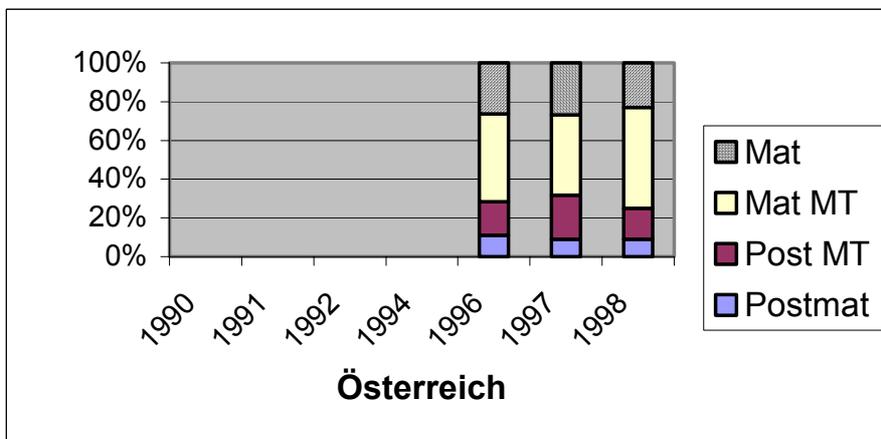
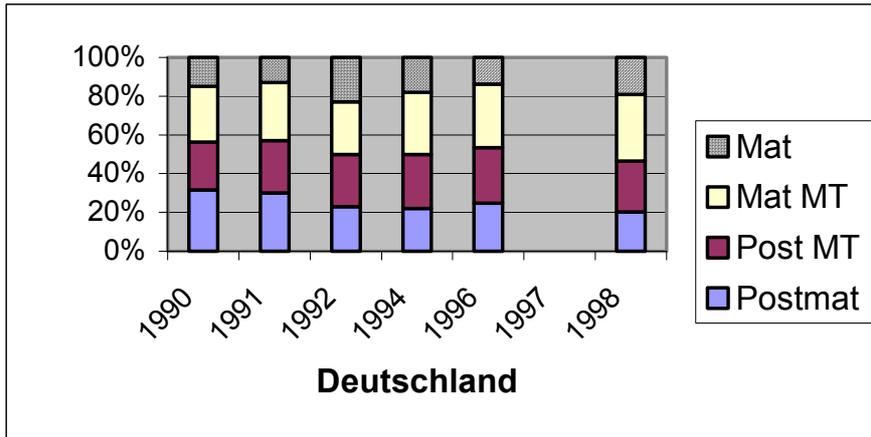
⁶ Stephen Brown: Postmodern Marketing? In: EJM (European Journal of Marketing) Vol 27, 4/1993, S19.

⁷ A. Fuat Firat, Nikhilesh Dholakia, Alladi Venkatesh: Marketing in a postmodern world, in EJM (European Journal of Marketing), Volumen 29, 1/1995 Seite 51.

⁸ Richard Sennett: Work and Social Inclusion, Veranstaltung des Renner-Institutes: Social Cohesion and the New Capitalism, , Wien 17.06.1999.

der vergleichsweise rohen Inglehart-Skala folgt⁹ - hat sich in den meisten westlichen Industrieländern das sogenannte „Umweltbewußtsein“ auf einem relativ hohen Niveau gehalten, wobei aber nur geringe Korrelationen der Umwelteinstellungen mit alltäglichen Verhaltensweisen beobachtet werden.¹⁰

Diese Re-Materialisierung zeigt sich mit einem Blick auf die deutschen Allbus-Daten;¹¹ Daten für Österreich sind vergleichsweise nur in Spuren vorhanden, belegen aber eine wesentlich geringere Ausprägung von Postmaterialismus.¹²



Auf der anderen Seite sind trotz der fragmentierten postmodernen Lebensstile, Werte und Einstellungen, die gesellschaftspolitischen Positionen der Österreicherinnen und Österreicher von einigen doch eher kohärenten Strukturen durchzogen. Etwa scheint den Österrei-

⁹ Vergleiche bspw. Ronald Inglehart: Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt. Frankfurt/New York 1989.

¹⁰ Peter Preisendörfer, Axel Franzen: Der schöne Schein des Umweltbewußtseins. Zu den Ursachen und Konsequenzen von Umwelteinstellungen in der Bevölkerung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 36, Jahrgang 48, 1996, Seite 219-243.

¹¹ Allbus, ZUMA Mannheim, Datenquelle: www.zuma-mannheim.de, Allbus Kumulationen 1980-1998.

¹² Karl Kollmann: Unveröffentlichter Forschungsbericht, Wien 1998.

cherinnen und Österreichern die „soziale Webart“ von Wirtschaft und Gesellschaft bedroht zu sein.

So meinten etwa im Dezember 1999 42% der Befragten „das Leistungs- und Gewinnstreben in der Wirtschaft bekommt immer mehr unmenschliche Züge“.¹³

Eingespannt zwischen einem Ja zur Marktwirtschaft mit allen ihren Annehmlichkeiten (für jene, die Geld haben) und einem Nein zum Turbokapitalismus mit all seinen Bedrohungen der sozialen Kohäsion, - findet sich offenbar der postmoderne mitteleuropäische Mensch wieder.

8.4 Veränderungen im Verbraucherverhalten

Schwenkt man den Focus auf das Verbraucherverhalten, zeigt sich, daß einer beachtlich großen Gruppe offenbar die traditionellen Kaufentscheidungsparameter: Preis, Qualität des Produkts, mit dem Produkt verknüpfte oder verknüpfbare Zusatznutzen – also Prestigewert, Kommunikationswert, Erlebnisqualität - zuwenig geworden sind.

Kaufentscheidungen nur nach diesen vergleichsweise banalen materiellen Parametern zu treffen, genügt einer insgesamt beachtlichen Verbrauchergruppe nicht, sie ist auch am Produkthintergrund interessiert. Die Anforderungen, die diese Verbraucher an Unternehmen stellen würden, wenn sie dies realisieren könnten, beschränken sich hier nicht nur auf die Konsumgüter-Aspekte, sondern sie sind durchaus von einem ganzheitlichen Charakter geprägt. Dies wird deutlich, wenn man sich das seitens der Verbraucher vom Unternehmer erwünschte Verhalten ansieht, wie dies in den Vorarbeiten zu einem VKI-Projekt getan wurde.¹⁴

Erwünschte Verhaltensweisen von Unternehmungen (Auswahl):¹⁵

Hohe Qualität bei Produkten und Leistungen	68%
Verzichten auf Kinderarbeit	68%
Sehr gutes PreisLeistungsverhältnis bei	
Produkten bzw. Leistungen	65%
Bemühen sich um gerechte Bezahlung, die der Leistung	
der Mitarbeiter entspricht	64%

¹³ Die Zustimmung bei 21 Items reichte von 53 bis 12%. IMAS: IMAS Umfrage 9932, Linz 1999.

¹⁴ IMAS: Verbraucheransprüche an Unternehmen, Mai 2000, Linz 2000. (Quotaverfahren, Bevölkerung ab 16 Jahren, 1000 Befragte, Österreich repräsentativ)

¹⁵ Die Prozentwerte beinhalten die Nennungen auf eins und zwei (ist „sehr wünschenswert“, und „ist wünschenswert“) einer fünfteiligen Skala.

Bemühen sich um die Erhaltung österreichischer Betriebsstandorte	64%
Behandeln Kunden entgegenkommend bei Beschwerden oder Reklamationen	63%
Bieten umweltfreundliche Produkte und Verpackungen	63%
Wahren die Interessen und Rechte der Arbeitnehmer	61%
Schaffen ein gutes Betriebsklima, in dem sich Arbeitnehmer wohl fühlen	61%

Verbraucher haben also im Allgemeinen ein hohes Interesse an sozial verantwortungsvoll handelnden Unternehmungen und an einem ökologisch orientierten Vorgehen dieser Unternehmungen. Es sind nicht nur die Dimensionen: Preis, Produktqualität und Zusatznutzen, die für Konsumenten interessant sind, sondern das gesamte Umfeld, in dem die Herstellung der Produkte stattfindet, rückt ins Zentrum.

8.5 Marktprobleme

Allerdings haben es Verbraucher ausgesprochen schwer, zu anderen als den genannten drei Produktdimensionen zu kommen. Die Vermittlung über den Markt ist heute nämlich nur auf jene drei Produktdimensionen: Preis, Qualität, Image ausgerichtet.

Informationen über Produkte werden im wesentlichen von den Unternehmung, die am Markt tätig sind, veranlaßt und gesteuert, ihre Erscheinungsform sind Werbung und Marketing. Die Kommunikation zwischen Hersteller und Verbraucher – sieht man von lokalen Märkten ab – ist damit im wesentlichen von den Unternehmen kontrolliert.

Die Gesamtausgaben für Werbung und Marketing, also nicht nur die bloßen Schaltungskosten, wie sie im Wirtschaftsteil der Medien wiedergegeben werden, liegen übrigens zur Zeit in Österreich in einer Größenordnung von etwa einhundert Milliarden Schilling jährlich.¹⁶

Einerseits haben Preis und werbliche Behauptungen zu Qualität, sowie die selbst zugeschriebenen Images, noch relativ wenig mit den tatsächlichen Produktqualitäten zu tun, dies weiß man zur Genüge und dies war auch der Grund für die Entwicklung des traditionellen Warentests.

Andererseits werden ökologische Dimensionen, die Sozialverantwortlichkeit eines Unternehmens, Community–Orientierung und anderes dieser Art, in der Werbung bislang selten als Argumente benützt.

¹⁶ Karl Kollmann: Werbung – Überblick, Kritik und Fakten. Ein kleiner konsumwissenschaftlicher Rückblick. In: IDE – Informationen zur Deutschdidaktik, Zeitschrift für Deutschunterricht in Wissenschaft und Schule, 22 Jahrgang, 3/1998, Seite 18-28

Fehlende Transparenz

Für den einzelnen Verbraucher ist die Unsicherheit der Märkte oft – wie so vieles was auf Märkten geschieht, Verbraucher sehen nur die Schaufenster dieser Märkte – prima vista nicht deutlich sichtbar, dennoch ist sie da, und auch der ökonomischen Profession bekannt. Begriffe wie "Sokrates Theorem"¹⁷ (also davon, daß vielen die Existenz bestimmter für die Entscheidung wichtiger Informationen unbekannt ist), Moral Hazard (das Verhalten des einen kann vom anderen nicht beobachtet und eingeschätzt werden) und Adverse Selection beschreiben dies.

Hinzu kommt die Distanz von Anbieter und Verbraucher. Früher und zum Teil heute noch auf lokalen Märkten, etwa in kleinen Städten, bei den lokal ansässigen Handelsbetrieben und Dienstleistern, konnten bzw. können Verbraucher selbst Indikatoren für ökologisches Verhalten und soziale Verantwortung eines Marktpartners wahrnehmen, da beide Marktteile nahe beieinander waren. Auf solchen kleinen Märkten spricht es sich beispielsweise herum, daß ein bestimmter Friseur seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schlecht behandelt, oder die Abfallbehandlung bei einem Maler- und Anstreicherbetrieb besonders mangelhaft erfolgt.

Märkte sind aber nicht mehr typischerweise lokal und damit vgl. problemlos überschaubar, und Verbraucher sind heute weniger geneigt, viel Zeit in Informationssuche und Informationsverarbeitung zu investieren.

Folgerungen:

Wenn einerseits Verbraucher sich dies wünschen und bereit sind, ökologisches Verhalten und soziale Verantwortung von Unternehmen in ihre Kaufentscheidung mit einfließen zu lassen, die Marktgegebenheiten – keine überschaubaren Märkte, einseitige Marktkommunikation, zu wenig Zeit für Informationsarbeit, zu hohe Informationskosten usw. – dies andererseits jedoch verhindern, dann liegt es nahe, mit ordnungspolitischen Maßnahmen und/oder mit informatorischen Maßnahmen darauf zu reagieren und den Verbrauchern hier zu helfen.

8.6 Bisherige Versuche

Auf ordnungspolitischer Ebene wird ja seit geraumer Zeit versucht, mit dem Setzen von – zugegeben - grob gestrickten Standards, etwa dem Verbot von Kinderarbeit, der Einführung sozialer Mindestnormen, auf globaler Ebene auch hinter dem Schaufenster der Märkte gute Bedingungen zu schaffen. Bisläng ist man hier jedoch, wenn etwa der Blick auf die WTO gerichtet wird, allerdings erfolglos geblieben.

Umweltverhalten und verschiedenen Dimensionen der sozialen Verantwortlichkeit als Beurteilungskriterien und Maßstäbe für Unternehmungen, dem interessierten Publikum breiter

¹⁷ Vgl. bspw. J.-Matthias Graf von der Schulenburg: Marktprozeß und Marktstruktur bei unvollständigen Informationen, in: ZWS (Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften) 113. Jg. 4/1993, S 509-556.

zugänglich zu machen, und für die Kaufentscheidung von Verbrauchern in Form von Übersichten zur Verfügung zu stellen, findet sich seit nunmehr mehr als 30 Jahren als Zielsetzung etwa beim CEP (The Council on Economic Priorities)¹⁸ die durch ihren Einkaufsführer „Shopping For A Better World“ bekannt geworden sind.

Darauf aufbauend gab es in der Folge derartige Aktivitäten auch in anderen Ländern, wie etwa beim IMUG in Hannover, oder in Großbritannien. Der Kern dieser Ansätze ist die Idee, durch Einkaufsstättenwahl oder unternehmensspezifische Wahl der zu kaufenden Produkte, auch die soziale Verantwortung der Unternehmen zu fördern, dieser Ansatz findet sich übrigens schon in den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Anfängen zu den Konsumgenossenschaften.

Im Kern wird hier davon ausgegangen, daß Marktwirtschaft dann, wenn die Verbraucher mit richtigen, relevanten Informationen versorgt werden, und wenn sie über entsprechende Werthaltungen – die auf soziale Verantwortung, Nachhaltigkeit, Solidarität vor individuellem wirtschaftlichen Egoismus orientiert sind – verfügen, erst richtig ins Funktionieren kommt. Die Zielsetzung läßt sich dabei mit einer Forderung, die COFACE (der EU-Verband der nationalen Familienverbände) zur ECommerce Diskussion erhoben hat, ausdrücken:

„Hier gibt es noch große Defizite - denn das "e-Europe" der Zukunft sollte eigentlich in erster Linie human, kulturell und sozial verantwortlich und familienfreundlich werden. Die Geschäftsinteressen der Unternehmen dürfen dabei nicht an erster Stelle stehen, sondern an erster Stelle hätte das Gemeinwohl der Menschen zu stehen.“¹⁹

Zurück zum Modell des CEP und dem hier getroffenen Ansatz, die Unternehmen nach ihrer Sozialverantwortlichkeit zu bewerten und diese Bewertungen zur Grundlage von Kaufentscheidungen zu machen. Der Ansatz selbst ist nicht hoch genug zu schätzen, bringt aber zwei gewichtige Probleme mit sich.

Zum einen sind große globale Unternehmungen, die unter ihren Markennamen Produkte in Verkehr setzen, zunehmend weniger auch die Hersteller dieser Produkte. Diesem Umstand läßt sich allerdings durch eine enger gespannte und weiterreichende Adjustierung von Unternehmensverantwortlichkeit entgehen.

Dem zweiten Problembereich entgeht man allerdings schon wesentlich weniger: Konsumenten kaufen im Regelfall nicht unternehmensspezifisch, sondern produktspezifisch und haben hier auch durchaus individuell variierende Anforderungen.

Das heißt, wird von Verbrauchern „Shopping For A Better World“ (und damit die Unternehmensbewertung) zur Richtschnur für die Kaufentscheidungen genommen, dann wird von den anderen, zweifellos auch wichtigen Produktdimensionen abgeblendet. So eine Vorgehensweise wird wohl nur für eine relativ kleine Gruppe von Verbrauchern in Frage kommen können.

¹⁸ www.cepnyc.org

¹⁹ COFACE-Contact, May 2000, p 3.

Auf der anderen Seite – das sollte man auch festhalten - hat der konventionelle Warentest diese sozial verträglichen (ethischen) und ökologischen²⁰ Dimensionen bislang vollständig ignoriert. Beim traditionellen Warentest der Verbraucherorganisationen wird einzig auf Preis und Produktqualität abgestellt und das Unternehmen selbst bleibt vollständig ausgeblendet, sozusagen nach dem Motto: wie gut oder schlecht das Unternehmen in sich (Arbeitnehmer) und zu seiner gesellschaftlichen und ökologischen Einbettung ist, interessiert nicht, sondern es wird dabei der homo oeconomicus consumens, dem es um seine individuelle Optimierung von Preis und Qualität geht, bedient. Verbraucherorganisationen waren in dieser Hinsicht sehr konservativ.

Prinzipiell gäbe es zwar die Möglichkeit, bei der Produktauswahl sich in beiden Informationsquellen zu informieren, also beim Konsum traditionellen Warentest und Unternehmenstest-ergebnisse zu Rate zu ziehen, aber das mag für einige seltene Exzentriker in Frage kommen, die über genügend Zeit und Motivation verfügen, um mit sozusagen zwei Einkaufsführern gleichzeitig zu shoppen.

Seit 2000 gibt es nun – übrigens der weltweit erste Versuch dazu - eine vierte Möglichkeit, nämlich die Integration des traditionellen Warentests mit einem Unternehmenstest.²¹

8.7 Was fortschrittliche Unternehmen wollen

Fortschrittlich im Sinn einer längerfristigen Perspektivengestaltung eines Unternehmens, also in Hinblick auf seine Entwicklung im Kontext zur gesellschaftlichen und natürlichen Umwelt, und in Hinblick auf die Bildung von Stakeholder-Value und langfristig guten Customer Relations, wollen eigentlich viele Inhaber und Manager von Unternehmen sein.

Das Problem das sie damit haben ist, die Dominanz der Finanzmärkte einerseits, sowie das massive Auftreten intermediärer Kapitalverwertungsunternehmungen (insbesondere Fonds) andererseits, die in den letzten Jahren bewirkt haben, daß viele Unternehmungen auf Konzentrations- und Fusionsbewegungen hin orientiert sind, und insgesamt vor allem Interesse an ihrer Ertragskraft haben.

Fortschrittliches Unternehmerverhalten IN DIESEM Sinn ist auf den ersten Blick offenbar mit lokalen Märkten verbunden, auf denen es eine hohe Transparenz gibt. Im „Mittelalter“ des Konsumentenschutzes, also in den siebziger Jahren bspw., konnte man tatsächlich beispielsweise die Erfahrung machen, daß es mit den Gebrauchtwagenhändlern in den großen Städten zwar viele Probleme gab, kaum aber am Land.

Der Grund dafür war die zwangsweise langfristige Orientierung - die Notwendigkeit, dauerhafte Kundenbindung anzustreben und der Druck der lokalen Öffentlichkeit - des am Land

²⁰ Jedenfalls soweit sie das Unternehmen (Produktion, Distribution) betreffen.

²¹ Ein kleiner bitterer Nachgeschmack bleibt zweifellos in Anbetracht der langen Zeitspanne von der ausgewiesenen Notwendigkeit bis zu seiner Umsetzung. Daß eine solche Integration plausibel und notwendig ist, erwies sich schon Anfang der 90er Jahre, vgl. Karl Kollmann: Neuorientierte Verbraucherpolitik, Wien 1993.

ansässigen Unternehmers. Betrug und Übervorteilung konnte der sich nicht leisten – wohl aber ein Händler in der großen Stadt, immerhin hatte der hunderttausende potentielle Kunden.

Natürlich ist es nicht ursächlich der lokale Markt, der zu verantwortungsvollem unternehmerischen Handeln treibt, sondern die gesellschaftliche Einbettung des wirtschaftlichen Aktivitätsraums.²² Inklusion fehlt nicht nur dem modernen bzw. postmodernen Menschen, sondern auch dem Unternehmen, um an die eingangs erwähnte Fragmentierungsdiskussion anzuschließen.

Eine Reihe von Unternehmern und Managern sind mit den multinationalisierten Bedingungen und dem Druck kurzfristiger Ertragszuwächse – also der Selbstreferentialität des wirtschaftlichen Systems - unzufrieden. Ihnen geht es um eine langfristige Stabilität des Unternehmens und um eine nachhaltige Unternehmensentwicklung, also um eine Optimierung des Unternehmenserfolgs in und mit dem sozialen und ökologischen Umfeld.

Dies betrifft eine Redimensionierung des Blicks auf das Humankapital des Betriebs. Der Markt ersetzt ja, sieht man länger hin, das Humankapital eines Unternehmens nur partiell: „Jedes Jahr ein neuer Filialleiter, das bedeutet langfristig eine Katastrophe für den Betrieb“²³ und, „nach der Customer-Orientierung müssen wir verstärkt auf die Mitarbeiterbindung setzen, die müssen sich wohlfühlen, gut behandelt fühlen, so wie eine Art Familie.“

Das scheinen nicht untypische Erfahrungen von Unternehmung zu sein. Auch in anderen Branchen wächst die Bereitschaft, nicht nur in das „Humankapital“ des eigenen Betriebs zu investieren, sondern auch in das Kapital eines wohlwollenden kommunalen oder regionalen Umfelds. Auch die europäischen Unternehmungen entdecken ja Community-Arbeit, Corporate Citizenship, Stakeholder Partnership²⁴, fördern also bspw. „Volunteer Service“ in der Arbeitszeit.

Was hier einerseits sicherlich wirklich anerkennenswert, andererseits allerdings in Wirklichkeit doch recht spät aufgenommen wird, ist die – bspw. verfassungsrechtlich angemerkte - Sozialverpflichtetheit des privaten Eigentums. Sie träfe dort besonders zu, wo privates Eigentum zu kommerziellen Zwecken, also zur Ertragsmehrung genützt wird.

Derartige „social responsibility“ ist an sich nicht neu und keine Erfindung der Gegenwart, sondern reicht in ihren Wurzeln zurück in den Industriekapitalismus des 19. Jahrhunderts und auch in frühere Wirtschaftsformen. Nur als ein Beispiel der Vermerk auf die aus Essen kommende Industriellenfamilie Krupp, die in Berndorf, der niederösterreichischen Fabrikationsstätte, über pures, kurzfristiges, monetäres Ertragsdenken hinaus, in das Humankapital des Unternehmens, also in die Mitarbeiter, investierte und das gesellschaftliche bzw. kom-

²² Vgl. zur Diskussion um diese Rahmenbedingungen: Bernard Barber: All Economies are "Embedded": The Career of a Concept and Beyond, in: Social Research, Vol 62, 2/1995, S 387-413.

²³ So ein Manager eines Lebensmitteleinzelhandelsbetriebs in einem persönlichen Gespräch, 2000.

²⁴ C. Marsden and A. Mohan: I whistle all the way to work and all the way home". Research on 500 Business Best Practices; <http://www.ebnsc.org/pubs.htm>

munale Umfeld entsprechend förderte. Preiswerte Wohnungen, Bildung (Theater), Kultur (Volkschule, Gymnasium), das waren, wie man heute sagen würde „Sponsoring-Themen“ für die paternalistischen Industriellen des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Dies natürlich mit dem Motiv, die Arbeiter an das Unternehmen zu binden, Loyalität herzustellen - was auf der anderen Seite der Medaille heißt, sie human und menschenwürdig zu behandeln, und den gemeinsam erwirtschafteten Ertrag auch zu einem Teil zu sozialisieren.

In den Vorbereitungsstadien zu diesem integrierten Unternehmens- und Warentest des VKI haben eine Reihe von Unternehmern und Managern mitgearbeitet – deren Haltung dabei war, zugeschräfft formuliert: es ist sinnvoll und notwendig, ein solches soziales (ethisches) und ökologisches Anforderungsprofil von Außen an die Unternehmen heranzutragen, es ihnen gleichsam abzuverlangen, denn nur so, als Reaktion auf neue Anforderungen, können sich heute die fortschrittlichen Kräfte in den Unternehmen durchsetzen.

8.8 Konvergenzen

Wenn wir die unterschiedlichen Ausgangslagen: Verbraucher, Arbeitnehmer, Unternehmer (und Manager), Bürger, auf eine Ebene der Alltagsinteressen und der Alltagssprache bringen und dabei die Frage stellen: Wie sehen jetzt eigentlich diese auf den ersten Blick einerseits unterschiedlichen, andererseits doch wieder ähnlichen Interessenslagen, in den Erfahrungen bzw. Wünschen der Betroffenen aus? - dann zeigt sich eigentlich ein überwiegend "überlappendes" und kein antagonistisches Bild.

Langfristige Verbraucherinteressen richten sich darauf, daß:

- Preis / Qualität der angebotenen Güter stimmen,
- dem Verbraucher sichere, problemlose Produkte angeboten werden,
- es ein verträgliches, angenehmes, entstressstes Konsum- und Lebensklima gibt,
- man es mit verantwortlichen Unternehmen zu tun hat, (was etwa die Frage der Produktsicherheit betrifft),
- es eine jenseits der individuellen finanziellen Möglichkeiten befindliche "Lebenskultur" statt einer bloßen "Geld-Herrschaft" gibt,
- eine angenehme, freundliche Umwelt/Lebenswelt vorhanden ist.

Langfristige Arbeitnehmerinteressen richten sich auf:

- gute, faire Entlohnung,
- sichere Arbeitsplätze,
- ein gutes Arbeitsklima, in dem der Einzelne seine Fähigkeiten entfalten kann.
- Partizipation / Mitwirkung möglich und gegeben ist,
- auch die lokale / regionale Integration ist Arbeitnehmern wichtig,

- mit der Erwerbsarbeit durch man seinen Lebensunterhalt verdient, sollen auch positive Beiträge zur Gesellschaft insgesamt verbunden sein,
- Unternehmenskultur soll vor eindimensionalen Shareholder-Value gehen,
- was heißt, daß eine Gesamtnutzenstiftung stattfinden soll, anstelle von Schäden (etwa an der Umwelt).

Unternehmerinteressen sehen hier auf den ersten Blick vermutlich etwas andere Gewichtungen, aber in der Tiefe zeigen sich wohl Ähnlichkeiten:

- gute Ertragsmöglichkeiten für das Unternehmen sind wichtig,
- aber eine langfristige Rentabilität wäre wünschenswert,
- dazu gehören vergleichsweise stabile, planbare Gegebenheiten im Umfeld des unternehmerischen Handelns,
- akzeptiert wird, daß auch positive Beiträge zur umgebenden Gesellschaft sinnvoll und wichtig sind, und erwartet werden,
- dies heißt, es ist eine lokale / regionale Akzeptanz / Integration herzustellen,
- dazu gehört wiederum eine gute, kohärente Unternehmenskultur,
- kommerzielle Aktivitäten stehen regelmäßig unter Kosten-Nutzen-Erwägungen, hier ist wohl auf das Prinzip der Schadenminimierung Rücksicht zu nehmen.

Was sind nun Bürgerinteressen? - Die kommunitaristisch inspirierte Perspektive stellt eher auf den zivilgesellschaftlichen Bürger ab, als auf Unternehmer-Arbeitnehmer-Verbraucher-Interessen. Allerdings bleiben diese im Alltag nicht abstrahiert von den wirtschaftsgesellschaftlichen Belangen. Der Mensch als Mitglied der Zivilgesellschaft, als Bürger möchte:

- "Community", also Beteiligung an der Gemeinschaft,
- eine gute Lebensqualität im lokalen Umfeld,
- aber dies insgesamt, persönliche Sicherheit für alle Mitbürger,
- Mitbestimmung jedenfalls auf der lokalen politischen Ebene,
- das Gefühl des Sich "Wohlfühlen"-Könnens im eigenen "Viertel",
- das "Ganze" ist mehr, als das Partikulare, aber beides bedingt einander,
- ein Mindestmaß an Wohlfahrt: sozusagen "niemand soll neben mir darben müssen"

Besieht man sich diese Sachverhalte in ihrer Tiefendimension, dann sind eigentlich alle diese Interessen, wenn sie umsichtig (und langfristig) orientiert sind, recht überlappend. Tatsächlich konvergieren sie in der Denktradition eines modernen Wohlfahrtsstaats europäischer Prägung. Hier gibt es, läßt man vorerst einmal aktuelle (globale) Finanzmarkterfordernisse, subjektive, situationale Präferenzen und partikulare Interessenslagen weg, eigentlich viele Gemeinsamkeiten.

8.9 Fazit

Paradox ist, daß in der Rhetorik der EU bspw., die Verbraucherrelevanz zusehends höher betont wird, das Selbstbewußtsein der verbraucherpolitischen Akteure aber oft nicht Schritt hält und längerfristige strukturelle, oder grundsätzliche Themen in einer Art von Selbstzensur – um „ernst genommen“ zu werden – vermieden werden bzw. abgeblendet bleiben²⁵.

Konsumentenschutzeinrichtungen haben Preisinformationen und Qualitätsanforderungen institutionalisiert, und dadurch einen ganz wesentlichen Beitrag zur Transparenz und Lebensqualität des Verbrauchers und der Sicherheit des modernen Menschen durchgesetzt. Unternehmungen treiben heute - destabilisiert durch Marktdruck, überzogenen Werbungswettbewerb und irrationale Finanzmarktbedingungen - einer oft recht ungewissen Zukunft entgegen.

Hier für mehr Stabilität durch eine bessere Beachtung der Gesamtheit unternehmerischen Tuns und seines Nutzens für die Bürger in einem umfassenden Maßstab einzubringen, ist eine Aufgabe für alle gesellschaftspolitischen Akteure. An beide Marktseiten ist hier die Frage zu stellen: Wie sozialverträglich produzierst Du? Wie sozialverträglich konsumierst Du? ²⁶

Wird der neue umfassende Waren- und Unternehmenstest von den Verbrauchern so akzeptiert wie das beim alten Warentest der Fall war, dann könnten sich hier die von Vielen – Verbrauchern, Arbeitnehmern und Unternehmern - erwünschten neuen Randbedingungen herausbilden, die dem harten, kalten und kriegerisch anmutenden Wirtschaftsbereich gesellschaftsfreundliche Züge zu geben imstande sind, und die einen Beitrag dazu leisten, die drohende Nord-Süd-Konfrontation abwenden zu helfen.²⁷

Und man sollte hier noch einen Schritt weitergehen. Die Testkriterien für diesen integrierten Waren- und Unternehmenstest können auch mühelos für Anlageentscheidungen herangezogen werden. Nicht nur für private Geldanlagen, sondern was viel spannender ist, für jene Fonds, bei denen gesellschaftspolitische Akteure mit langfristigen Interessen ein entscheidendes Wort mitzureden haben, etwa bei Pensionsfonds die Gewerkschaften. Hier wäre dann tatsächlich eine Hebelwirkung gegeben, die nicht nur einen Beitrag darstellen würde, Wirtschaft und Gesellschaft humaner zu machen, sondern tatsächlich eine umfassenden Schub dahin bewirken könnte.

²⁵ Der globale Dachverband CI (Consumers International) hat auf diese Dinge stets mehr Wert gelegt, vgl. bspw. Consumers International: Green guidance - How consumer organisations can give better advice on putting sustainable consumption into practice: An international study. London, July 1998; ISBN 1-902391-09-8

<http://193.128.6.150/consumers/campaigns/environment/green.html>

²⁶ Vgl. dazu bspw. Karl Kollmann: Verbraucherforschung - Quo Vadis ? in: Hauswirtschaft und Wissenschaft 3/1999, S 116-121.

²⁷ "Either we fight against poverty or we shall one day fight against the poor. There is a choice."
Susan George: According to Plan. <http://www.ines2000.org/Papers/george.html>

8.10 Anhang

<http://www.cepnyc.org>

CEP researchers analyze corporate social and environmental responsibility in the following areas:

Environment

Women's Advancement

Minority Advancement

Charitable Giving

Family Benefits

Workplace Issues

Disclosure

8.10.1 Testkriterien des VKI im Bereich Unternehmenstest

8.10.1.1 Was wird getestet?

Umweltverantwortung

Rücksichtnahme auf die Umwelt bei der Produktgestaltung, im Produktionsprozess, bei den Rohstoffen, beim Transport und bei der Auswahl der Lieferanten

Minimierung des Verbrauchs von Energie, Roh- und Hilfsstoffen, Verpackungsmaterialien usw.

Verminderung von Abfall sowie umweltbelastender Emission in Wasser, Luft und Boden

Soziale Verantwortung

Umgang mit Mitarbeitern

Betriebsklima

Entlohnung der Mitarbeiter

Arbeitszeitregelungen

Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen

Rücksichtnahme auf Problemgruppen

Weltweite Einhaltung von Sozialstandards

Informationsoffenheit

Information der Mitarbeiter, Kunden und der Öffentlichkeit

Umgang mit Kunden

Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten

Entgegenkommen bei Reklamationen

Servicemöglichkeiten

8.10.1.2 Der Unterschied zum Warentest

Kooperation mit Unternehmen ist erforderlich

Unternehmen müssen bereit sein, Fragebögen auszufüllen und Unterlagen zu senden

Nur dann kann ein Unternehmenstest durchgeführt werden

9. Persönliche Kompetenz als Aspekt der sozialen Dimension nachhaltiger Entwicklung

Martina Schuster¹

Umweltministerium

9.1 Zusammenfassung

Ausgehend vom beobachtbaren gesellschaftlichen Trend zur wachsenden Bedeutung von Individuen (als Teil der Zivilgesellschaft und in Unternehmen) beleuchtet dieses Referat drei Grundüberlegungen:

- Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen persönlichem Empowerment und der konkreten Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung in selbstorganisierten Prozessen.
- Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ist aufgrund seiner Komplexität erst an konkreten Projekten erfahrbar.
- Die Bewältigung dieser Komplexität verlangt Menschen, die in der Zusammenarbeit mit anderen bei diesen Projekten auch über hohe persönliche Kompetenz verfügen.

9.2 Einleitung

Im Bericht der Brundtland Kommission für Umwelt und Entwicklung „Unsere gemeinsame Zukunft“ (WCED, 1987) wird das Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ folgendermaßen definiert: nachhaltig ist eine Entwicklung,

„die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen. Die Forderung, diese Entwicklung ‚dauerhaft‘ zu gestalten, gilt für alle Länder und Menschen. Die Möglichkeiten kommender Generationen, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedi-

¹ Dr. Martina Schuster ist Ökonomin und Leiterin der Abteilung für Energie und Wirtschaftspolitik im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Arbeitsschwerpunkte: Erneuerbare Energie, Energieeffizienz, Beschäftigung und Umwelt, Regionalwirtschaft, ökonomische Instrumente.

gen, ist durch Umweltzerstörung ebenso gefährdet wie durch Umweltvernichtung durch Unterentwicklung in der Dritten Welt."

Was genau das heißt, ist Gegenstand mannigfacher Interpretationen.

Oft genug wird die Auffassung vertreten, damit würde v.a. auf die Vermeidung irreversibler Eingriffe in die Natur abgezielt. Diese Interpretation bezieht sich jedoch ausschließlich auf die natürlichen Ressourcen als Lebensgrundlagen der Menschen wogegen die Brundtland-Definition weit darüber hinaus geht.

Im Brundtlandbericht werden die engen Beziehungen zwischen ökologischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Entwicklung betont, es wird auf das Vorsorgeprinzip und die großräumige, ja globale Dimension von Umweltzielen und –strategien hingewiesen, die national, regional und lokal konkretisiert werden müssen. Die bei der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro verabschiedete Agenda 21 trägt diesem Gedanken (nicht nur im Kapitel 28, in dem die weltweite Implementierung von Lokalen Agenden 21 gefordert wird) Rechnung.

Nachhaltige Entwicklung setzt somit ein qualitativ neues Leitkonzept, einen tiefgreifenden Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft voraus. Und sie kann nicht „von oben“ verordnet werden, sondern basiert – wie seitdem oftmals festgehalten wurde² - auf dem Prinzip der Selbstorganisation. Die systemimmanente Entwicklungsdynamik von Natur, Gesellschaft und Wirtschaft soll gezielt genutzt werden. Nachhaltige Entwicklung kann somit auch nicht als Programm erstellt und umgesetzt, sondern nur als Prozess eingeleitet und verwirklicht werden.

Aufgabe der Politik ist nicht nur die Beachtung des Vorsorgeprinzips bei der Gestaltung von Rahmenbedingungen, sowie das Eingreifen und Gestalten in Einzelbereichen, sondern auch das Moderieren des Prozesses der Selbstorganisation.

In einem Prozess der Selbstorganisation gewinnt naturgemäß der einzelne Mensch wieder eine besondere Bedeutung. Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit ist bei der heutigen Veranstaltung bereits aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet worden. Ich möchte nun einen weiteren hinzufügen:

den Aspekt der Rolle des Individuums, der Persönlichkeit, im Rahmen des Prozesses der Selbstorganisation.

9.3 Widerstand gegen die Hegemonie des Ökonomischen

Wir sehen uns in den letzten Jahr/zehnt/en mit weltweiten Strukturen und (nicht nur technologischen) Entwicklungen konfrontiert, die sich immer weiter von den Menschen, für deren Leben sie die Rahmenbedingungen bilden, entfernen.

² etwa: UBA – Nachhaltiges Deutschland, 1997

Wie verletzlich diese Strukturen sind, haben uns einmal mehr – und diesmal schockierend deutlich – die Ereignisse vom 11. September und ihre Folgen vor Augen geführt.

Aber auch die Kritik an diesen Strukturen nimmt zu. In den Analysen der Ursachen für die Terrorattacken des 11. September – gleichwohl diese fanatisch-religiösen Fundamentalisten zugeschrieben werden – ist immer wieder auch die globale Monetarisierung und die ungerechte Verteilung der Güter und Reichtümer genannt worden.

Der öffentliche, v.a. auch zivile, Widerstand gegen die Hegemonie rein ökonomischer Strukturen begann mit den Protesten gegen das von der OECD 1997 initiierte MAI (Multilateral Agreement on Investments).

Diese Widerstandsbewegung, die nicht zuletzt auch durch das Internet möglich wurde, brachte die MAI-Verhandlungen, die auf soziale und ökologische Belange zu wenig Rücksicht genommen hatten, schließlich zum Abbruch.

Seit Seattle, als 1999 eine WTO Ministerkonferenz durch die mediale Wirkung großer Demonstrationen praktisch unabgeschlossen blieb, hat sich die weltweite Gegenbewegung gegen diese globale Hegemonie der Wirtschaft öffentliche Aufmerksamkeit verschafft.

9.4 Zunehmende Bedeutung der Individuen und des persönlichen Engagements

Die Beobachtung der gesellschaftlichen Entwicklung zeigt eine

- zunehmende Bedeutung der Rolle der Individuen - sei es als Teil einer Gruppe, oder als Teil der Zivilgesellschaft
- abnehmende Bedeutung hierarchischer Strukturen in Organisationen und Institutionen.

Beispiele

- In Unternehmen werden Hierarchien verflacht, die Rolle von Projektgruppen, Kompetenzzentren u.ä. betont.
- Führungskräfte- und MitarbeiterInnenschulungen setzen auf Persönlichkeitsentwicklung.
- In Unternehmen und Gebietskörperschaften wird die Notwendigkeit von Management und Leadership betont³.

³ Z.B.: A force for change. How leadership differs from management. John P. Kotter, 1990, Free Press

Aufstand des Individuums. Warum wir Führung komplett neu denken müssen.

Reinhard K. Sprenger, 2000, Campus Verlag

- Innovative Regionen setzen auf Bürgerbeteiligung und offene Prozesse zur Lösung von Problemen.
- Bürgerbeteiligungsverfahren werden gesetzlich verankert.
- Globale Netzwerke bilden sich für die unterschiedlichsten Anliegen: die Bewegung, die oft als „Globalisierungsgegner“ bezeichnet wird, (gleichwohl sie sich selber als globale Bewegung versteht, die sich gegen die weltweit wachsende soziale Ungleichheit, die Zerstörung der Lebensgrundlagen und gegen eine Globalisierung richtet, die nur an (mächtigen) Wirtschaftsinteressen orientiert ist) ist ebenso in Netzwerken „organisiert“ wie die Terroraktivisten, die dem Einfluss von Bin Laden zugeordnet werden.

In Institutionen und Organisationen wird die – auch wirtschaftliche – Bedeutung der „Social skills“ erkannt, geschult und eingesetzt. Das Potenzial von nicht-hierarchisch organisierten, bzw. selbst-organisierten Gruppen ist zunehmend wahrnehmbar.

Was hat das alles mit „Nachhaltigkeit“ bzw. der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit zu tun?

9.5 Mündige Menschen

Hier sollen Trends aufgezeigt werden, die auch bei der Umsetzung von nachhaltiger Entwicklung Bedeutung haben:

- Wir erwarten von den KonsumentInnen bewusste Kaufentscheidungen für ökologisch/ethische Produkte und Unternehmen (Karl Kollmann ging in seinem Referat näher darauf ein)
- Ein Vergleich der Börsenindices zeigt, dass ökologisch/ethisch/„grüne“ Unternehmen in den letzten Jahren die bessere wirtschaftliche Performance haben
- „Grüne Fonds“ sprießen aus dem Boden – in einigen EU-Ländern gibt es bereits gesetzlich verankerte Informationspflichten für Pensionsfonds, inwieweit sie bei der Veranlagung der ihnen anvertrauten Gelder ökologisch-ethische Kriterien berücksichtigen
- Das heißt, wir erwarten mündige Menschen, fähig, komplexen Zusammenhängen Rechnung zu tragen; wir erwarten Menschen, die bewusste Entscheidungen treffen, die daher Konsequenzen mit bedenken, die
 - längerfristige Wirkungen (Faktor Zeit) und
 - Wirkungen auf andere Individuen + Regionen (Faktor Raum)haben.

Es gilt somit – um Bernhard Mack, Begründer der CoreDynamik und einer der Vorreiter einer neuen Kultur der Organisations- und Persönlichkeitsentwicklung, zu zitieren – „den Menschen als Träger, Sinn und Zweck der Wirtschaft“ zu berücksichtigen.⁴

9.6 Komplexitätsbewusstsein

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ist außerordentlich komplex.

Selbst wenn man zunächst „nur“ die ökologische Dimension betrachtet – wozu ich mich als Vertreterin des Umweltministeriums noch am ehesten legitimiert fühle -, gibt es keine Rezepte und Patentlösungen zur Bewältigung von Umweltproblemen.

Vordergründige Erfolge v.a. durch nachsorgenden Umweltschutz haben in der Vergangenheit allzu oft zu kurz gegriffen, indem Schadstoffe

- von einem Medium (etwa Wasser) in ein anderes (z.B. Klärschlamm in den Boden)
- oder von einem Ort (z.B. Emissionen durch hohe Schloten) zu einem anderen verlagert wurden.
- Kurzfristige Lösungen führen oft zu langfristigen Umweltschädigungen.

Alles hängt irgendwie mit allem zusammen. Auf der ganzen Welt. In allen Umweltmedien. Konsequenzen wirken über extrem lange Zeithorizonte und haben soziale, ökonomische und ökologische Implikationen - weltweit. (Z.B.: die Halbwertszeiten radioaktiver Stoffe; Emissionen in die Luft haben Auswirkungen auf die Erdatmosphäre, das Weltklima, die Intensität der Sonneneinstrahlung auf den verschiedensten Orten der Erde; der Bau von Wasserkraftwerken in einem Land beeinflusst den Wasserhaushalt in einem anderen, usw. Ganz abgesehen von den Risiken von Großtechnologien wie der Atomkraft).

Daraus ist abzuleiten:

9.6.1 These 1

in einem Konzept der nachhaltigen Entwicklung kann man nicht nur einzelne Prozess-Schritte optimieren – dies erfolgt oft auf Kosten anderer Prozess-Schritte – was wiederum das Ganze zum Zusammenbruch bringen kann: erfolgreiche Unternehmen tragen dem Rechnung.

Die Systemtheorie hat dargelegt, dass die Konzentration auf die Optimierung von einzelnen Systemteilbereichen zu unerwünschten Effekten in anderen Teilbereichen führt, wodurch die nachträgliche Zusammenführung der einzelnen Optima zu keinem optimalen Ganzen führt.⁵

⁴ Bernhard Mack, Kontakt, Intuition & Kreativität, Junfermann, 1999

⁵ Die – in Österreich entstandene – Schule der systemischen Organisationsentwicklung basiert u.a. ebenfalls auf dieser Erkenntnis.

9.6.2 These 2

Für den einzelnen Menschen ist es unmöglich, die komplexen Konsequenzen einzelner Entscheidungen zu durchschauen und ihnen bewusst Rechnung zu tragen.

Selbst wenn er/sie dazu bereit wäre. Möglich ist nur eine Erhöhung des Komplexitätsbewusstseins bei ganz konkreten Entscheidungen.

9.6.3 These 3

Das komplexe Konzept der nachhaltigen Entwicklung ist nur an konkreten Projekten erfahrbar.

9.7 Regionale Nachhaltigkeitsprojekte

Das Umweltministerium hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von „Nachhaltigkeitsprojekten“ auf regionaler Ebene teils initiiert, teils mitfinanziert, teils dokumentiert.

In der sogenannten „Nachhaltigkeitstatabank“ etwa werden erfolgreiche österreichische Projekte dargestellt (www.municipia.at/taten).

Wir haben uns gefragt, was die sozio-ökonomischen Faktoren für einen dauerhaften Erfolg dieser Initiativen waren und eine entsprechende Analyse beauftragt.

Die Ergebnisse werden am 6. November 2001 in einem Workshop in der Kommunalkredit Austria vorgestellt werden. Sie sind vielfältig und differenziert zu sehen – und bei weitem nicht immer eindeutig. Also auch hier keine einfachen Rezepte und Antworten, obwohl die Versuchung groß ist.

Aus meiner persönlichen Beobachtung scheinen jedoch folgende Aspekte eine wesentliche Rolle zu spielen:

- Engagierten, oft charismatischen, Persönlichkeiten gelingt es,
- in einer Gruppe von Menschen ein „WIR“ – Gefühl zu erzeugen, indem ein konkretes gemeinsames Ziel definiert wird.
- Die Wege zur Zielerreichung sind nicht vorgegeben – es kommt zu offenen Prozessen, in denen laufend weitere Personen zur Mitwirkung akquiriert werden (Fast ist man versucht zu sagen, es werden „Räume geöffnet“).
- Die Entscheidung über die Art und den zeitlichen Umfang des Engagements liegt beim Einzelnen. Monetäre Entlohnung steht nicht im Vordergrund des Engagements.

- Vernetzungsarbeit steht im Mittelpunkt. Durch viele persönliche Gespräche und die Suche nach „win-win-Situationen“ entstehen innovative Ansätze und ökonomisch erfolgreiche – und damit beständige – Lösungen.
- Bewusstseinsbildungsarbeit bei wichtigen regionalen und lokalen AkteurInnen und in der Bevölkerung (z.B. Gemeinwesenarbeit) ist eine grundlegende Voraussetzung für erfolgreiche und breit getragene gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen.
- Die soziale Kompetenz, v.a. der Schlüsselpersonen, dürfte eine wesentliche Rolle spielen
- Die Ortsgebundenheit der Prozesse scheint wichtig zu sein – der Qualifizierung lokaler Akteure wird externen Experten bevorzugt
- Ganz wichtig ist der Faktor Zeit: Soziale Innovationen brauchen ihre Zeit. Diese Prozesse sind kaum zu beschleunigen

Steinbach / Steyr

Ein besonders eindrückliches Beispiel dafür, wie es einer Gemeinde (ca. 2000 EinwohnerInnen) gelang, die Spirale des ökonomischen und sozialen Niedergangs zu durchbrechen, ist Steinbach an der Steyr.

Von 1986 – 1997 wurden

- 124 neue nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze geschaffen (+288% !). Die Arbeitslosenrate sank von 9% auf 3%.
- Die Anzahl der Kleingewerbe- und Dienstleistungsbetriebe wurde von 27 auf 52 gesteigert

Dies hatte auch positive Umweltwirkungen:

den Bau eines Biomasse-Nahwärme-Kraftwerkes, Verringerung der Transportwege durch Nahversorgung und durch den Wegfall der Auspendler, u.ä.

Der Bürgermeister dieser Gemeinde, Karl Sieghartsleitner, („Es wurde uns klar, es ändert sich nichts, außer wir ändern uns selbst“) ist überzeugt, dass folgende Aspekte zu diesem Erfolg führten:

- Der offene Prozess der Identifikation der eigenen Ressourcen
- Das Ernstnehmen der Sorgen und Probleme der Menschen durch die GemeindevertreterInnen
- Ein Klima des Miteinanders
- Die Stärkung der sozialen Beziehung, vor allem auch durch die Revitalisierung des Ortskerns – nach Meinung des Bürgermeisters wird Lebensqualität dort erfahren,

wo es Kommunikation gibt: beim Straßenfest, beim Pizzaessen, in der Musikschule
...

- Befähigte Menschen als verantwortungsbewusste und aktive Träger der Entwicklung

9.8 Sozialkapital

Unterstützt wird die These von Bürgermeister Sieghartsleitner auch durch eine Reihe von wissenschaftlichen Befunden. Der Leiter des Büros für Zukunftsfragen in Vorarlberg, Dr. Manfred Hellrigl, zitierte kürzlich den amerikanischen Soziologen Robert D. Putnam⁶, dessen Untersuchungen in Italien und Amerika nahe legen, dass der Umgang der Menschen miteinander entscheidend zur Zukunftsfähigkeit einer Region beiträgt.

Laut Putnam ist weder die Aktivität einer Regionalregierung noch die ökonomische Modernität und die finanzielle Basis, sondern das Sozialkapital der entscheidende Faktor für die Entwicklungsfähigkeit einer Region.

Unter Sozialkapital versteht er Beziehungen im weitesten Sinn:

Ehe, Familie, Freundschaften, Nachbarschaft, Vereine und viele andere Gemeinschaften.

Putnam sieht eine positive Korrelation zwischen lebendigen, aktiven Gemeinschaften, d.h. hoher Qualität des Sozialkapitals, und

- einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung
- einem guten Gesundheitszustand der Bevölkerung
- höherer Bildung und
- einer niedrigen Kriminalitätsrate.

Eine Reihe von Faktoren, die Putnam für den Schwund des Sozialkapitals verantwortlich macht, haben teilweise auch negative Auswirkungen auf die Umwelt:

- Siedlungsentwicklung, Zersiedelung
- Gestiegener Transportbedarf
- Veränderung der Wirtschaftsstruktur (mangelnde Nahversorgung).

Somit hätte die Entwicklung des Sozialkapitals auch positive Umweltwirkungen.

Es gilt daher, neue Wege zu finden, wie in einer technologisch und gesellschaftlich veränderten Welt die Bedeutung des Sozialkapitals transparent zu machen und zu fördern ist. Michel Biart weist in seinen Ausführungen darauf hin, dass diese Frage auch in den Organisations-

⁶ Putnam, Robert D.: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy (Princeton 1992); Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. (New York 2000)

einheiten der Europäischen Kommission, die sich mit der Erarbeitung und Umsetzung der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie befasst, zunehmend erkannt wird.

Die Untersuchungen des amerikanischen Psychologen Prof. Mihaly Csikszentmihalyi, belegt durch mehrere Feldstudien, weisen ebenfalls auf die Bedeutung menschlicher Interaktionen hin, wie auch die Evolutionstheorien von Jürgen Habermas, einem Vertreter der Frankfurter Schule.

Keineswegs soll hier eine Lanze für eine neue Form des Ego-zentrischen Lebens gebrochen werden.

Die dargelegten Beispiele deuten auf das Gegenteil – Menschen erfahren ihren Sinn durch das Erleben der eigenen Besonderheit in der Interaktion mit anderen:

- Beitrag zum Gemeinwohl:

Sinn erleben, heißt, sich selber wahrnehmen und wahrgenommen werden: Mündige Menschen wollen sich in einer Gemeinschaft aufgehoben wissen und einen sinnvollen und anerkannten Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Selbst wenn die grundlegenden materiellen Bedürfnisse gedeckt sind, erleben Menschen, die von Transferzahlungen leben, die sie als „Almosen“ betrachten, diesen sinnvollen eigenen Beitrag nicht. Dies gilt für BezieherInnen von Arbeitslosengeld ebenso wie für Bauern, die von EU-Förderungen leben.

- Selbstorganisation:

Menschen sind fähig und willens, Verantwortung für die (Mit-)Gestaltung des eigenen Lebensraumes zu übernehmen. Feed-Back-Schleifen in der Gruppe scheinen erfolgreicher als hierarchische Kontrolle.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage zu stellen, ob das Scheitern des Modells des realen Sozialismus nicht u.a. auch auf den Versuch zurückzuführen ist, Menschen nicht nur „top down“ zu versorgen, sondern sie dabei auch zu kontrollieren und teilweise zu entmündigen (der obrigkeitliche Sozialstaat ist wohl an die Grenze der demokratisch legitimierbaren Steuerung und Kontrolle gestoßen).

9.9 Der /Die Lebensunternehmer /in

Manche Prognosen zur Zukunft der Arbeit deuten darauf hin, dass durch die steigende Produktivität des Kapitals durch immer weniger menschliche Arbeitsleistung mehr materielle Güter erzeugt werden können.

Der Anteil der „Freizeit“ an der Lebenszeit wächst daher. Offen bleiben die Fragen

- wie die Früchte der Produktivitätssteigerung national, aber auch weltweit verteilt werden – ohne dass dies als Verteilung von „Almosen“ erlebt wird
- wie die Menschen außerhalb der traditionellen Erwerbsarbeit Sinn erfahren können.

Darüber hinaus scheint das Ende der (lebens-)langfristig gesicherten Arbeitsplätze nahe: an ihre Stelle tritt ein Flickenteppich von Beschäftigungen – auch auf den Arbeitsmärkten sollen sich bald immer mehr mündige und eigenständige Leistungsanbieter begegnen. In einer Studie des Liberalen Institut Zürich im Auftrag der Vontobel Stiftung⁷ spricht man vom „Lebensunternehmer“, der seine Biographie als Patchwork denkt.

Jeder Lebensabschnitt soll ein Entwicklungsschritt zur persönlichen Reifung sein, auch jenseits bezahlter Arbeit.

Es wird zwischen „Lernzeit, Arbeitszeit, Sozialzeit, Ichzeit und Freizeit“ unterschieden. „Der/die LebensunternehmerIn führt sich selbst“.

Eckhart Hildebrandt geht in seinem Vortrag detailliert auf die Erosion der Normalarbeit („d.h. der Normalerwerbsbiographie, der Normalarbeitszeit usw. durch die Flexibilisierung in Ort, Zeit und Inhalt der Arbeit“) und die Folgen für Stabilität und Sicherheit der sozialen Existenz ein. Er weist auf die hohen Ansprüche an Flexibilität und persönliche Belastbarkeit der Beschäftigten und die Notwendigkeit eines erweiterten Arbeitsbegriffs hin⁸.

9.10 Empowerment – von Personen und Institutionen

In einer sich derart flexibilisierenden Gesellschaft müssen alle bestehenden Institutionen ihre bisherigen Aufgaben hinterfragen.

- Die traditionellen Arbeits- und Bildungsstrukturen scheinen überholt.
- „Empowerment“, d.h. die Entwicklung sozialer Fähigkeiten ist gefordert: z.B. Artikulationsfähigkeit, Konfliktfähigkeit, Entscheidungsfreudigkeit, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten.⁹

Der Prozess der nachhaltigen Entwicklung beruht – wie eingangs dargestellt – auf dem Prinzip der Selbstorganisation und nutzt gezielt die systemimmanenten gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Entwicklungsdynamiken.

Die beobachtbaren gesellschaftlichen Prozesse gehen ebenfalls in Richtung der Selbstverantwortung und Selbstorganisation – und der Notwendigkeit von Empowerment.

Wie Menschen mit ihrer Umwelt umgehen, ob sie fähig sind, als ArbeitgeberIn, wie als ArbeitnehmerIn oder KonsumentIn Komplexität wahrzunehmen, hängt ebenso von ihren (psycho-)sozialen Fähigkeiten ab¹⁰, wie die Fähigkeit zur Kommunikation und Interaktion mit anderen. Umweltbildung allein greift zu kurz.

⁷ „Arbeits- und Lebensformen in der Zukunft“

www.libinst.ch

⁸ In diesem Zusammenhang sei auch das Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“ der deutschen Hans Böchlerstiftung (1998/1999, DiW, WI, WZB) ebenso erwähnt, wie die Dokumentation „Towards a Sustainable Worklife – Building Social Capacity...“, Berlin, Sigma 2001.

⁹ Laut Putnam bildet Vertrauen eine der wesentlichen Grundlagen für die Stärkung des Sozialkapitals.

¹⁰ Materielle Voraussetzungen, Güter, sind notwendige Basis der Nachhaltigen Entwicklung – diese materielle Ebene zeigt auch einen Link

Die Fähigkeiten des Empowerment können sowohl auf persönlicher Ebene als auch für Institutionen von Bedeutung sein: z.B. welche Fähigkeiten hat jemand, seine oder ihre Ideen zu artikulieren, aber auch welche Möglichkeiten hat eine Institution – im Wege ihrer VertreterInnen –, ihre „Wünsche“ in der Öffentlichkeit einzubringen, in Verhandlungsprozesse zu treten etc.

Jede Institution und Organisation muss ihre eigenen Antworten und Lösungsbeiträge identifizieren, um der Erfüllung des Wunsches der Menschen nach Selbstorganisation, und der konkreten Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung, näher zu kommen, z.B.:

- Schaffung von Kommunikationsräumen
- Ausbildung / Empowerment ¹¹
- Coaching / Supervision
- Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Leben (z.B. auch der Frauen, durch geeignete Möglichkeiten, sich Kinderbetreuung zu organisieren: nicht staatl. Vorgabe, wie das zu erfolgen hat.)

Die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung (in deren Rahmen bei jeder Entscheidung ein hohes Komplexitätsbewusstsein gefordert ist) bedeutet durch ihren ganzheitlichen Ansatz sicher einen Qualitätssprung. Instrumente und Wege gibt es unzählige. Entscheidend scheint dabei, auf den ganzheitlichen Aspekt des Menschen Bedacht zu nehmen.

Der Zusammenhang zwischen der Erhöhung des Sozialkapitals, seinem Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung und dem ganzheitlichen, persönlichen Empowerment von Individuen bedarf freilich einer tieferen Analyse.

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung erfordert somit aus meiner Sicht:

- die Umsetzung in konkreten Projekten
- im Rahmen eines (selbstorganisierten) Prozesses und erfahrbarer/erlebbarer Systemgrenzen
- durch Menschen mit hohem Komplexitätsbewusstsein
- und hoher sozialer bzw. persönlicher Kompetenz

In welchem unterschiedlichen Systemzusammenhängen auf die Bedeutung des Human- und Sozialkapitals hingewiesen wird, zeigen die folgenden Zitate:

zwischen sozialer und wirtschaftlicher Dimension der Nachhaltigen Entwicklung auf. Allerdings sind, wie der indische Ökonom Amartya Sen betont, für Wohlergehen (einer Person oder auch Institution) nicht alleine die Güter, über welche sie verfügt, entscheidend, sondern vielmehr auch die „functionings“, d.h. die Umsetzungsfähigkeiten einer Person (oder Institution), die angeben, was diese in ihrem Umgang mit Gütern, bzw. deren Eigenschaften, erreichen kann. Zum Beispiel nützt der Besitz eines Fahrrades nur sehr begrenzt, solange eine Person nicht Radfahren kann, was dem „functioning“ entspricht.

Komplexere Functionings wären etwa, die notwendige Umsetzungsfähigkeit einer Person, um ihren Arbeitsinput (in den Produktionsprozess) einbringen zu können oder auch sogenannte soziale functionings einer Person (oder auch Institution), z.B. die Fähigkeit, sich ein soziales Umfeld zu schaffen oder sich artikulieren zu können.

¹¹ Auf die Bedeutung des Empowerments weist auch Beate Littig in ihrem Vortrag hin

- Umweltminister Molterer Anfang Oktober d.J. bei einer Tagung zur Entwicklung des Ländlichen Raums in Gmunden:

*„Nicht unterschätzen darf man bei allen strategischen Ansätzen die Bedeutung des Faktors Mensch. Von ihm hängt nämlich die Initiative und die Bereitschaft zu Veränderungen ab. Die Aufgabe der Politik und der Beratung liegt darin, Hilfestellung in Zeiten des schnellen Wandels anzubieten, Projekte zu ermöglichen und Entwicklungen zu begleiten.“*¹²

- Johan Galtung nach den Ereignissen vom 11. September 2001:

*„Was notwendig ist, so bald wie menschenmöglich, ist eine massive Friedensbewegung, diesmal Nord-Süd. Sie war schon das letzte Mal erfolgreich, Ost-West. Die Zukunft der Welt ist mehr denn je zuvor in den Händen der einzigen Quelle der Legitimität: den Menschen weltweit“ (d.h. in Gestalt der globalen Zivilgesellschaft).*¹³

Zum Abschluss noch ein Zitat, mit dem Pablo Picasso eine Ahnung davon vermittelt, was es heisst, sich einer Tätigkeit, bei der Sinn erlebt wird, mit ganzer Identität zu widmen.

„Ich entwickle mich nicht; Ich bin.“

¹² Presseaussendung des BMLFUW, 5.10.2001

¹³ Johan Galtung 18. September 2001, 110125.1244@compuserve.com

10. Das Reparatur- und Service-Zentrum R.U.S.Z, ein Praxisbeispiel für soziale Nachhaltigkeit

Sepp Eisenriegler¹

10.1 Das R.U.S.Z

Im Rahmen des EU-Gemeinschaftsinitiativenprojektes URBAN-Wien, Gürtel-Plus, wurde das Reparatur- und Service-Zentrum R.U.S.Z aufgebaut. Es hat mittlerweile eine dreieinhalbjährige Erfolgsbilanz vorzuweisen. Die erfolgreiche Strategie des sozialökonomischen Beschäftigungsbetriebes R.U.S.Z beruht in der Verknüpfung arbeitsmarktpolitischer und ökologischer Erfordernisse. Aufgrund der arbeitsmarktpolitischen Situation in Österreich, aber auch in anderen OECD-Ländern, sind ältere Langzeitarbeitslose praktisch chancenlos. Als Opfer struktureller Arbeitslosigkeit ist ihnen der Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt versperrt, sofern sie nicht wie beispielsweise im R.U.S.Z eine Unterstützung im Sinne von Reintegration, Qualifizierung und Bewerbungstraining erhalten. Gleichzeitig zeigt das Projekt eine Alternative zur Beseitigung der 100.000 Tonnen Elektroaltgeräte in Österreich auf, die jedes Jahr vorwiegend unbehandelt auf Deponien und in Müllverbrennungsanlagen gelangen. Die gängige Shredder-Vorbehandlung von Haushaltsgroßgeräten ist unter anderem wegen der fehlenden Schadstoffentfrachtung unbefriedigend.

Das R.U.S.Z ist als sozialökonomischer Betrieb mit 24 Transitarbeitsplätzen und acht Schlüsselkräften konzipiert. Im Rahmen des Förderprogramms „Jobtraining“ werden 12 PraktikantInnen in den Arbeitsprozess reintegriert und können danach mehrheitlich als Transitarbeitskraft im R.U.S.Z weiterqualifiziert werden. Träger dieses Projektes ist der Verband Wiener Volksbildung, der Dachverband der Wiener Volkshochschulen. Das Projekt wurde 1998 und 1999 im Auftrag des Arbeitsmarktservice Wien (AMS) durchgeführt und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert. Danach wechselten die Fördergeber (Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, BMAGS, Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungs-Fonds, WAFF und ESF). Seit 1. 7. 2001 wird das R.U.S.Z vom AMS beauftragt, die Investitionen werden zu 50% vom WAFF finanziert.

Im R.U.S.Z werden Elektroaltgeräte wie Waschmaschinen und Geschirrspüler, die von den Wiener Mistplätzen (Altstoffsammelzentren der Wiener Stadtverwaltung) und aus Privathaushalten angeliefert werden, repariert oder zerlegt und schadstoffentfrachtet. Darüber hin-

¹ Sepp Eisenriegler ist Geschäftsführer des Reparatur- und Service-Zentrums R.U.S.Z und Leiter des Kompetenzzentrums Abfallwirtschaft von „die umweltberatung“.

aus werden Einzelkomponenten der zerlegten Geräte wiederverwendet. Instandgesetzte Geräte werden günstig angeboten und danach, insbesondere während des Gewährleistungszeitraumes, vom R.U.S.Z betreut. Weiters werden Wasch- und Spül-Serviceverträge, insbesondere mit öffentlichen und halböffentlichen Institutionen abgeschlossen, die analog zu Copy-Serviceverträgen nicht die Geräte selbst, sondern die störungsfreie und kontinuierliche Nutzung der Geräte umfassen. In Zusammenarbeit mit den Wiener Volkshochschulen bietet das R.U.S.Z auch Reparaturkurse als Hilfe zur Selbsthilfe an.

Das R.U.S.Z verarbeitet im Durchschnitt 2.500 Elektroaltgeräte pro Jahr. Dabei handelt es sich zum größeren Teil um Reparaturen, das heißt Instandsetzungen von Elektroaltgeräten und Reparaturen an Kundengeräten, sowie um Demontagen, bei denen die Altgeräte zerlegt und von Schadstoffen entfrachtet sowie Ersatzteile gewonnen werden. Die Eigenerwirtschaftungsquote liegt derzeit bei 25 Prozent. Die Outplacementquote (anteilige Vermittlung von Transitarbeitskräften in Regelarbeitsjobs) beträgt derzeit 71 Prozent.

10.2 Strategische Optionen

Die Kundendienstabteilungen der Hersteller von Waschmaschinen und Geschirrspülern haben ein Monopol auf „Reparaturdienstleistungen“ an diesen Geräten. Im Zuge der Marktanalyse konnte eine subjektive Erfahrung objektiviert werden: Die Servicetechniker der technischen Kundendienste sind an Reparaturen nicht interessiert, sie fungieren als verlängerter Arm der Verkaufsabteilungen. Eine telefonische Umfrage ergab, daß über 60 Prozent der Befragten den Wunsch nach seriösen und günstigen Reparaturdienstleistungen an ihren Haushaltsgeräten äußerten, über 30 Prozent wollten Hilfe zur Selbsthilfe.

Aufgrund der Problemstellung und der Marktanalyse entwickelte die R.U.S.Z-Geschäftsführung die Strategie der „Produktnutzungsdauerverlängerung durch Langzeitarbeitslose“: Langzeitarbeitslose, die älter als 45 Jahre sind, sollen in einem zukunftssträchtigen, arbeitsintensiven Dienstleistungssektor dazu beitragen, dass abfallrelevante Elektroaltgerätegruppen länger genutzt werden. Dies trägt nicht nur zur Vermeidung von problematischen Abfällen bei, sondern auch zu Ressourcenschonung und Schaffung von Arbeitsplätzen für benachteiligte soziale Gruppen. Hierbei handelt es sich somit um ein "Triple Dividend"-Projekt, das die Kriterien der Nachhaltigkeit erfüllt.

10.3 Ausbaustufe Reparaturnetzwerk Wien

Die zunehmende Nachfrage nach immer differenzierteren Reparaturdienstleistungen im R.U.S.Z war die Grundlage für die Implementierung des „ReparaturNetzWerks Wien“. Das „ReparaturNetzWerk Wien“ ist ein Qualitätsverbund von gewerblichen Reparaturbetrieben, die immer schon an seriösen Reparaturdienstleistungen interessiert waren, aber aufgrund fehlenden Bekanntheitsgrades um das wirtschaftliche Überleben kämpfen mussten. Das R.U.S.Z hat in Zusammenarbeit mit „die umweltberatung“ Wien eine Servicestelle für die Reparatur-Dienstleister und eine Hotline für interessierte Verbraucher gegründet und sorgt

erfolgreich für PR-Maßnahmen. Dies hebt die Umsätze der Mitgliedsbetriebe und wirkt in der Folge beschäftigungswirksam für R.U.S.Z-Transitarbeitskräfte.

Ein weiterer Vorteil ist die größere Bandbreite an Reparaturdienstleistungen, die jetzt angeboten werden kann: Die 23 Mitgliedsbetriebe der ersten Ausbaustufe reparieren alles vom Regenschirm bis zur professionellen Tonstudio-Anlage, vom Videorecorder bis zur Badewannen-Neubeschichtung.

10.4 Allgemeine Akzeptanz

Innerhalb der ersten drei Jahre wurde das R.U.S.Z mit mehreren Preisen ausgezeichnet. Hierzu zählen ein zweiter Preis beim international ausgeschriebenen Eco-Design Wettbewerb, ein erster Preis in der Kategorie Umwelt(aus)bildung beim ÖGUT-Umweltpreis, der von der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik verliehen wird, ein weiterer erster Preis beim Mistvermeidungswettbewerb der Stadt Wien und die Teilnahme am Programm ÖkoBusinessPlan, mit dem das R.U.S.Z eine Auszeichnung als Klimabündnisbetrieb erhielt.

Eine wesentliche Erfolgsgrundlage ist auch die Zusammenarbeit mit der Verwaltung der Stadt Wien. Die Magistratsabteilung 48, zuständig für Abfallwirtschaft und Fuhrpark, stand von Anbeginn hinter dem R.U.S.Z und unterstützte es mit Material und Fahrzeugen. Politisch wird das R.U.S.Z nicht nur von der Stadt Wien, sondern auch von der Gewerkschaft der Privatangestellten, einer großen und nach wie vor mächtigen Gewerkschaft unterstützt.

Eine durchaus positive Entwicklung von der Konfrontation zur Kooperation gelang gegenüber den Interessensvertretern der Wirtschaft: Durch die Implementierung des "ReparaturNetzwerks Wien" konnten anfängliche Ressentiments gegen einen "unlauteren Konkurrenten" zu gegenseitigem Respekt umgewandelt werden. Derzeit laufen Gespräche mit dem Geschäftsführer der Innung der Wiener Mechatroniker über eine gemeinsame Durchsetzung eines neuen Berufsbildes "Reparatur- und Servicetechniker". Eine entsprechende Anerkennung würde den Mitgliedsbetrieben der Innung, genauso wie dem R.U.S.Z, die Beschäftigung von Lehrlingen ermöglichen.

10.5 Arbeitsmarktpolitische und sozialpädagogische Erfolge

71 Prozent vermittelte Transitarbeitskräfte (Outplacementquote) bestätigen die Richtigkeit des strategischen Ansatzes. Das Kerngeschäft, die Instandsetzung bereits als Abfall definierter Waschmaschinen und Geschirrspüler, die Reparatur von Kundengeräten und die Schadstoffentfrachtung und Demontage nicht zu rettender Altgeräte mit Ersatzteilgewinnung und Aufbereitung für stoffliches Recycling sind Tätigkeiten, die keine bestehenden Arbeitsplätze gefährden, sondern zusätzliche Leistungen erbringen, die unter anderem dem Gemeinwohl dienen.

Auch die Ergebnisse einer Befragung unter Transitarbeitskräften im Zuge der Evaluierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahme im R.U.S.Z durch das IHS aus dem Jahr 2001 be-

weisen die Wirksamkeit der gewählten Ansätze und Vorgangsweisen. Fast 60% der Befragten verinnerlichen die Chance, wieder im ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können, in dem sie das R.U.S.Z als Sprungbrett für den Wiedereinstieg definieren. Dabei gilt das Unternehmen nicht als eine Art „Beschäftigungstherapie“. Über die Hälfte der Befragten sieht darin eine reale Verbesserung ihrer persönlichen Qualifikationen und meint „etwas dazu lernen zu können“.

Ein sozialökonomischer Betrieb hat selbstverständlich auch die Verpflichtung zur Verbesserung des Wohlbefindens seiner Mitarbeiter beizutragen. Auch diese Aufgabe scheint zufriedenstellend erfüllt, schätzt doch über ein Drittel spontan die gute Arbeitsatmosphäre bzw. den Umstand, etwas Sinnvolles tun zu können. Dies, sowie die Tatsache, dass über die Hälfte der Befragten die Möglichkeit wieder regelmäßig arbeiten gehen zu können als positive Erfahrung einschätzt, tragen mit dazu bei, sich wieder ernstgenommen und „wichtig“ zu fühlen.

Dass die angeführten Befunde als Erfolge angesehen werden können, verdeutlichen sowohl die Ergebnisse in der Gesamtbeurteilung des R.U.S.Z, als auch die Beantwortung der Frage nach der etwaigen Weiterempfehlung des Unternehmens. Fast die Hälfte der Befragten spricht dem R.U.S.Z eine sehr gute Gesamtbeurteilung aus, ein weiteres starkes Drittel bewertet das Projekt mit „eher gut“. Noch beeindruckender ist der Umstand, dass fast drei Viertel der Transitarbeitskräfte das R.U.S.Z ganz sicher weiterempfehlen werden und nur eine einzige Person dies eher nicht tun wird.

10.6 Nachhaltigkeit erfüllt: das R.U.S.Z als Triple Dividend Betrieb

Das R.U.S.Z hat eine massive Nachfrage nach Reparaturdienstleistungen ausgelöst. Dieser Erfolg ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß viele Menschen mit den Konsequenzen der Wegwerfgesellschaft unzufrieden sind und nunmehr eine Möglichkeit haben, liebgewonnene Gebrauchsgüter länger zu nutzen. Viele sehen auch wieder einen Sinn darin, qualitativ hochwertige Produkte zu kaufen, die reparierbar sind. Diese Entwicklung ist Ausdruck einer neuen ökologischen Gesinnung, die durch die Nachhaltigkeitsdiskussion (Agenda 21) ins Bewusstsein gerückt wurde.

Der Kundenkreis des R.U.S.Z war zu Beginn der Aktivitäten mehrheitlich armen oder armutsgefährdeten Haushalten zuzuordnen. Nach dreieinhalb Jahren und mit zunehmendem Bekanntheitsgrad des R.U.S.Z ist der Anteil der ökologisch motivierten Kundinnen und Kunden auf über 60 Prozent gestiegen.

Die Abfallvermeidungsleistung des R.U.S.Z mit dem Mitte 1999 gegründeten Reparatur-Netzwerk Wien liegt bei 2.000 Tonnen pro Jahr. Davon sind 1.500 Tonnen Elektroaltgeräte.

Das R.U.S.Z hat die Abfallvermeidung in die Praxis umgesetzt, die als abfallwirtschaftliche Theorie auch in der Bundes- und Landesgesetzgebung oberste Priorität genießt. Geräte, die länger genutzt werden, werden später zu Abfall. Die Verlängerung der Produktnutzungsdauer reduziert den Bedarf an Neugeräten, was zur Ressourcenschonung beiträgt. Wenn dann

noch die soziale Komponente hinzukommt, das heißt die Beschäftigung von praktisch unvermittelbaren Langzeitarbeitslosen und deren erfolgreiche Vermittlung und ein Angebot, das sich vorzugsweise an sozial Benachteiligte richtet, dann kann man zu recht von einem Nachhaltigkeitsprojekt sprechen.

10.7 Andere erreichte Effekte

Wie aus dem Endbericht an die Fördergeber hervorgeht, wurden alle im Unternehmenskonzept formulierten Ziele (über-)erfüllt: Es konnten nicht nur die vereinbarten Eigenerwirtschaftungs- und Outplacementquoten über die vorgesehenen Quoten hinaus erfüllt werden, es wurden auch Ziele erreicht, die nicht im Unternehmenskonzept erwähnt sind. Die massive Nachfrage konnte und kann durch das Angebot des R.U.S.Z nicht abgedeckt werden. Weder die qualitative Ausweitung des Geschäftsfeldes auf Unterhaltungselektronik und EDV zu Beginn der Jahre 2000 und 2001, noch die Erhöhung der Transitarbeitsplätze von ursprünglich 12 auf 24 Stellen und die Gründung des ReparaturNetzWerks Wien konnten die Nachfrage nach Reparaturdienstleistungen bewältigen.

Andere österreichische Großstädte sind an der Gründung von R.U.S.Z-ReparaturNetzwerk-Verbundprojekten interessiert; das Umweltministerium möchte diese in allen Bundesländern implementieren. Als Erfolg zu bezeichnen ist auch der Schulteranschlag für eine "Reparaturgesellschaft", zu dem es zwischen Non-Profit-Organisationen (NPO), einer starken Gewerkschaft, der Interessensvertretung der Wirtschaft, gewerblichen Reparateuren, sozialökonomischen Betrieben, dem Umweltministerium, mehreren österreichischen Städten und der Scientific Community gekommen ist.

Im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung Wiener Abfallwirtschaftsplan, einem zweijährigen Prozess zur langfristigen, strategischen Entwicklung der Wiener Abfallwirtschaft, an dem der Geschäftsführer in seiner Funktion als Leiter des Kompetenzzentrums Abfallwirtschaft von „die umweltberatung“ Wien teilnahm, wurde beschlossen, dass für Vermeidungsprojekte zusätzliche ATS 70 Mio. seitens der Stadt Wien zur Verfügung gestellt werden. Das R.U.S.Z landete bei der Bewertung der eingereichten Vermeidungsprojekte auf Platz zwei. Somit gibt es gute Chancen über Zusatzfinanzierungen der Stadt Wien zusätzliche Beschäftigungseffekte durch Handy-Recycling und Vorbehandlung der gesamten Elektro- und Elektronikaltgeräte der Stadt Wien zu erzielen.

10.8 Internationale Vernetzung

Aufgrund vorhersehbarer ordnungspolitischer Maßnahmen wie der "Waste from Electric and Electronic Equipment Directive" (WEEE-Directive) der EU, war es notwendig, den starken Wirtschaftslobbies in Brüssel etwas entgegenzusetzen. Es bestand die Gefahr, daß der Abfallstrom der Elektroaltgeräte über Vereinbarungen der industriellen Hersteller mit den großen Entsorgern, die häufig auch als internationale Energieversorgungsunternehmen auftreten, an den sozialökonomischen Betrieben vorbei geleitet wird. Allerdings wäre eine Stel-

lungnahme eines einzelnen sozialökonomischen Betriebs mit insgesamt knapp 50 Beschäftigten wirkungslos. Es konnte das EU-weite Netzwerk sozialwirtschaftlicher Betriebe im Wiederverwendungs- und Recyclingsektor „RREUSE“ mit insgesamt weit über 40.000 Beschäftigten geschaffen werden, deren Geschäftsführer kürzlich eine gemeinsame Stellungnahme entwickelt und eine gemeinsame Vorgangsweise beschlossen haben. Erfolgreiches Lobbyieren bei der Kommission hatte ein sogenanntes Non-Paper zur Folge, das ein Bekenntnis zur Wiederverwendung ganzer (Elektro- und Elektronikalt-) Geräte zur Folge hatte. Am 16. Mai 2000 wurden Abgeordnete des Europaparlaments über die Befürchtungen der Mitgliedsunternehmen des Netzwerkes aus bislang acht EU-Mitgliedstaaten in Kenntnis gesetzt. Die Parlamentarier sicherten dem Netzwerk Unterstützung zu. Diese Absichtserklärung wurde in der ersten Lesung des WEEE-Directive Entwurfs im Europäischen Parlament eingehalten: Er wurde wesentlich verschärft. Im operativen Bereich arbeiten die Mitgliedsunternehmen derzeit an der Etablierung eines EU-weiten Ersatzteilnetzwerks. Am 28. 6. 2001 fand ein RREUSE-Netzwerktreffen in Wien statt: Höhepunkt war die internationale Pressekonferenz, die der offiziellen Vorstellung des RREUSE-Netzwerkes als mittlerweile eingetragener Verein und der Geburt von Recycle-IT! Austria (RITA) diente. RITA ist vorerst die EDV-Abteilung des R.U.S.Z und soll zu einer Europäischen Wirtschaftlichen Interessensvereinigung ausgebaut werden, die die Beschaffung von guten Altcomputern, deren europaweite Vermarktung und gemeinsames Marketing von sozialwirtschaftlichen Betrieben, die an der Aufrüstung und der Wiederverwendung von Computern Interesse haben. Ziel dieser Maßnahme ist jedenfalls die Schließung der digitalen Kluft und die Bekämpfung des elektronischen Analphabetismus.

10.9 Übertragbarkeit des Modells

Das R.U.S.Z ist in alle Staaten der westlichen Welt übertragbar: In Verbindung mit einem ReparaturNetzWerk ist es ein interessantes Modell für die Bekämpfung von Ressourcenverschwendung und Abfallproblemen. Im Hinblick auf die Zielgruppe der Käufer sind Einzugsbereiche von über 100.000 Einwohnern für die Implementierung dieses Verbundprojektes von Vorteil, denn nicht jedes Altstoffsammelzentrum in kleinen Gemeinden kann einen Reparaturbetrieb mit 24 Transitarbeitskräften einrichten.

Die Reparaturwerkstatt kann dezentral gelegen sein, wesentlich sind aber Anlaufstellen in guter Lage, die als Schau- und Verkaufsräume eingerichtet sind und auch die Funktion von Reparaturannahmestellen übernehmen sollen. Wesentlich ist die ausreichende Versorgung mit Material, also Elektroaltgeräten von diversen Sammelstellen. Es ist jedenfalls vor Beginn einer derartigen Maßnahme das Einvernehmen mit den abfallwirtschaftlichen Akteuren herzustellen.